

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Wochentrends

Die erste Januarwoche in Russland war innenpolitisch bestimmt durch den beginnenden Präsidentschaftswahlkampf. Der von Putin nominierte Nachfolgekandidat Dmitrij Medwedew muss bei der russischen Wählerschaft populär gemacht werden. Deshalb unternahm er eine Tour durch Russland. Der 42-jährige Medwedew – Putin war mit 42 Jahren erst Erster Stellvertretender Oberbürgermeister von St. Petersburg – soll laut der PR-Strategie des Kreml das Image eines entschlossenen Modernisierers bekommen, denn er gilt eigentlich als eher reaktiv denn aktiv und initiativereich. Vielleicht hat ihn gerade deshalb Putin als Präsidentschaftskandidaten ausgewählt, unter dem er bereit ist, Premierminister zu sein. Der andere mögliche Präsidentschaftskandidat des Kreml, der Erste Stellvertretende Regierungschef, Sergej Iwanow als moderater Vertreter der Silowiki wäre für Putin eine zu selbständige Person gewesen, die sich nicht instrumentalisieren ließe.

Die Silowiki unter der Führung von Putins Kanzleichef und Stellvertretendem Leiter der Präsidentialadministration, Igor Setschin, hätten statt Medwedew, der den liberalen Zentristen zugerechnet wird, lieber einen der ihren an Spitze des Staates gesehen und sind bis zuletzt in diesem Sinne tätig gewesen. Setschin ist zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der staatlichen Ölgesellschaft ROSNEFT, die 2005 JUKOS schluckte. Durch die Nominierung von Medwedew hat sich die Gaslobby durchgesetzt und nicht die Öllobby, denn Medwedew ist nicht nur einer der beiden Ersten Stellvertretenden Regierungschefs, sondern auch Vorsitzender des Aufsichtsrats von GASPROM. Wenn die Silowiki schon ihren Kandidaten nicht durchsetzen konnten, werden sie versuchen, einen Präsidenten Medwedew später auf ihre Seite zu ziehen.

Die Silowiki gaben nicht auf und erreichten, dass die Inhaftierung des Stellvertretenden Finanzministers Sergej Stortschak, dem Unterschlagung von Staatsgeldern vorgeworfen wird, verlängert wird. Damit wird das Ziel verfolgt, die Reputation von Stortschaks Chef, Finanzminister Aleksej Kudrin, der seit verganginem Herbst zugleich einer der fünf stellvertretenden Regierungschefs ist, zu beschädigen, denn er hatte ersucht, Stortschak unter Zahlung einer Kautions aus der Untersuchungshaft frei zu bekommen. Auf der anderen Seite ist der vom silowikifreundlichen föderalen Steuerdienst geförderte Versuch, die Öl- und Gasindustrie Baschkiriens unter staatliche Kontrolle zu bekommen, inzwischen gestoppt.

Nach wie vor ist nicht absolut sicher, ob Putin nach dem Ende seiner zweiten Amtszeit tatsächlich das Amt des Regierungschefs übernehmen wird. In der Staatsduma wurde Ende Dezember ein Gesetz über den Status des Sicherheitsrats eingebracht. Daraus könnte der Schluss gezogen werden, dass Putin die Leitung des Sicherheitsrats übernehmen möchte. Vorsitzender des Sicherheitsrats ist bisher der Präsident. Hauptamtlich ist an diesem Koordinierungsorgan nur der Sekretär tätig. Von ihm hängt es weitgehend ab, ob der Sicherheitsrat eine größere politische Rolle spielt oder nicht. Frühere Sicherheitsratssekretäre waren u.a. Putin und Sergej Iwanow. Der Sicherheitsrat hat keine eigenen Kompetenzen, sondern nur Beratungsfunktion für den Präsidenten, der diesen Empfehlungen nicht nachkommen muss. Der Sicherheitsrat ist auf der Grundlage eines erweiterten Sicherheitsbegriffs tätig, der nicht nur die militärische Sicherheit umfasst, sondern auch die wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische sowie die Informationssicherheit. Ständige Sicherheitsratsmitglieder sind der Regierungschef und seine beiden Ersten Stellvertreter, die Vorsitzenden der beiden

Parlamenteskammern, die Minister des Äußeren, der Verteidigung und des Innern, der Leiter der Präsidentialadministration sowie die Chefs des Inlandsgeheimdienstes und des Auslandsnachrichtendienstes. Hinzu kommen dann noch weitere, nicht-ständige Mitglieder wie der Generalstabschef, die Minister für Finanzen, Justiz und Zivilverteidigung, die sieben Generalgouverneure und der Präsident der Akademie der Wissenschaften. Es ist allerdings auch nicht ausgeschlossen, dass Igor Setschin FSB-Chef wird und der jetzige Leiter des Inlandsgeheimdienstes, Nikolaj Patruschew, Sekretär des Sicherheitsrats.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Konstituierende Sitzung der neugewählten Staatsduma			Erörterung von 600 Gesetzen während der Frühjahrssitzungsperiode
Boris Nemzow tritt von seiner Kandidatur für das Präsidentenamt zurück	Michail Kassjanow		Kassjanow wird die für die Registrierung erforderlichen 2 Mio. Unterschriften sammeln
Untersuchungshaft des Stellv. Finanzministers Sergej Stortschak wird verlängert	Silowiki	Aleksej Kudrin	Wahrscheinlich wird Stortschak freigelassen und andere Verdächtige werden angeklagt
Das 9. Arbitragegericht hob einen Beschluss von vieren auf, welche das Einfrieren der Öl- und Gasvermögenswerte Baschkiriens betreffen		Silowiki des Kreml, der Föderale Steuereinsatz	Die endgültige Entscheidung ist nach dem Mai 2008 zu erwarten
Dmitrij Rogosin wird neuer russischer Botschafter bei der NATO in Brüssel	Dmitrij Rogosin	Radikale nationalistische Kreise	Die moderaten Führer der nationalistischen Gruppierungen werden dem Kreml gegenüber loyaler sein
Veröffentlichung eines Interviews mit Aleksandr Woloschin (bis Okt. 2003 Leiter Präsidentialadministration) in der russischen Presse	Aleksandr Woloschin		Die informelle Kampagne zielt auf die Rückkehr von Woloschin in die große Politik
Gesetz über den Status des Sicherheitsrats wird in die Staatsduma eingebracht	Sergej Mironow, Silowiki		Die Diskussion des Gesetzes wird verschoben
Ehemaliger Gesundheits- und Sozialminister (bis September 2007) Michail Sarubow wird Berater Putins	Michail Sarubow	Rentner, Sozialhilfeempfänger, Veteranen usw., die Anfang 2005 gegen Sarubow demonstrierten, weil er die kostenlose Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel usw. monetarisierte	Ausarbeitung von notwendigen, aber unpopulären Sozialreformen

Langsamer Start des Präsidentenwahlkampfes

Die Frist für das Sammeln der für eine Registrierung als Präsidentschaftskandidat erforderlichen 2 Millionen Unterschriften geht zu Ende. Nachdem der von der „Union rechter Kräfte“ nominierte Kandidat Boris Nemzow seine beabsichtigte Kandidatur für die Präsidentschaftswahl zurückgezogen hat, verbleiben als mögliche alternative

Kandidaten der ehemalige Premier Michail Kassjanow und der Vorsitzende einer der ältesten alternativen Parteien Russlands, der „Demokratischen Partei Russlands“. Im Zentrum der Kandidatur steht Dmitrij Medwedew, der von der Partei „Einiges Russland“ (ER) aufgestellt wurde. Konkurrenten aus den in der Staatsduma vertretenen Parteien sind Gennadij Sjuganow für die KPRF und Wladimir Shirinowskij für die LDPR. Weil ihre Parteien in der Staatsduma Fraktionen haben, brauchen sie für ihre Registrierung keine Unterschriften zu sammeln.

Kassjanow erklärte am 8. Januar, dass er schon 1,7 Millionen Unterschriften gesammelt habe und bis zum 16. Januar 2,4 Millionen zusammenhaben werde. Es empfiehlt sich immer, mehr als 2 Millionen zu sammeln, weil die für die Registrierung zuständige Zentrale Wahlkommission in den Unterschriften Formfehler finden kann oder will und dann die Unterschrift nicht anerkennt. Z.B. moniert sie die Straße oder Hausnummer als falsch oder die fehlende Inlandspassnummer oder sie kritisiert, dass die Eintragung von mehreren Personen in derselben Handschrift gemacht wurde oder dass die Unterschrift fehlt. Der im vergangenen Frühjahr abgelöste damalige Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission und neue russische Botschafter in Lettland, Aleksandr Weschnjakow, kritisierte dies damals, weil auf diese Weise politisch unliebsame Kandidaten von zentralen oder regionalen Parlamentswahlen von Wahlkommissionen ausgeschlossen wurden.

Die Silowiki wollten lieber Premier Wiktor Subkow als Präsidentschaftskandidaten, der gute Verbindungen zu diesen Kreisen hat. Sein Schwiegersohn ist Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow. Außerdem hat Subkow beste Beziehungen zum Kaderchef des Kreml, FSB-Generalleutnant Wiktor Iwanow. In ihrem Kampf gegen die Liberalen haben sich die Silowiki den stellvertretenden Premier und Finanzminister Aleksej Kudrin ausgesucht. Der abschlägige Bescheid auf Kudrins Bitte, seinen Stellvertreter Sergej Stortschak unter Kautionshaftung zu entlassen, sondern diese bis April zu verlängern, kam nicht vom kürzlich geschaffenen Untersuchungsausschuss unter Aleksandr Bastrykin, das eng mit den Silowiki verbunden ist, sondern von der Generalstaatsanwaltschaft unter Jurij Tschajka, die in Konflikt mit dem Untersuchungsausschuss steht.

Die Nominierung von Medwedew führt zu einem Wechsel in der Ausrichtung von Regierungskräften. Der Leiter der Abteilung für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrorismus im Innenministeriums, Sergej Meschtscherjakow, der bisher ein Protégé der Kreml-Silowiki war, beginnt, Generalstaatsanwalt Tschajka zu unterstützen. Der Grund dafür ist die fehlende Bereitschaft der Silowiki, die Ambitionen von Meschtscherjakow zu unterstützen, Innenminister Rashid Nurgalijew abzulösen. Tschajka und sein Bundesgenosse in der Präsidentschaftsadministration, sein Freund Nadir Chapsirokow, unterstützen nun die Ernennung von Meschtscherjakow zum Leiter der Hauptverwaltung für Kontrolle der Präsidentschaftsadministration.

Medwedew beginnt die Medien mehr zu dominieren als Putin. An der feierlichen Mitternachtsmesse am russischen Heiligen Abend, am 6. Januar in der Christus-Erlöser-Kathedrale in Moskau, die Patriarch Aleksej II. zelebrierte, nahm Medwedew teil, nicht Putin. In den nächsten Monaten muss Medwedew zwei Tests bestehen. Anfang Januar besuchte Medwedew die vom Wählerverhalten problematischen Gebiete Murmansk und Kaliningrad (ehemals Königsberg). Später wird er noch weitere wahlproblematische Regionen aufsuchen. Wenn die Umfragen in diesen Regionen dann bessere Resultate aufweisen als die Zustimmungsraten zu ER bei der letzten Staatsdumawahl, dann kann Medwedew als ein selbständiger Kandidat mit einem breiten Elektorat betrachtet werden. Wenn das Umfrageergebnis für ihn schlecht ist, dann kann angenommen werden, dass er als ein „technischer“ Kandidat einzuschätzen ist, der nur die Rolle eines Platzhalters für Putin spielt.

Der zweite Test betrifft die Legitimation Medwedews in der Elite. Medwedew muss als Präsident Putin ersetzen als Garant für das Fortbestehen der bestehenden Machtbalance. Sollten Medwedews Aktionen bei einem wichtigen Teil des russischen Establishments auf große Unzufriedenheit stoßen, wird sich Putin darum kümmern müssen.

Medwedew kündigte an, dass er sein Wahlprogramm bald verkünden werde. Er bekräftigte seine Reputation als „moderater Liberaler“, der die wichtigsten Zweige der Wirtschaft modernisieren möchte. Vor allem sei es notwendig, das notleidende Rentensystem zu modernisieren. Unmittelbar nach seiner Inauguration und der Bildung einer neuen Regierung und der Präsidialadministration werden wir vielleicht eine neue Welle von Reformen erleben, die zweideutige Konsequenzen für die Stabilität der russischen Politik haben könnten. Medwedew versucht klar zu machen, dass eines seiner Hauptziele als Präsident sein wird, Russland einen Modernisierungsimpuls zu geben, nachdem in den letzten Jahren alle Reformen eingefroren worden waren, nicht zuletzt mit Blick auf die Wahlen. Wenn die weltwirtschaftlichen Bedingungen für Russland (hohe Energiepreise bei steigender Nachfrage) weiterhin so günstig bleiben, dürfte dieser Kurs Zustimmung bei der Bevölkerung finden und im Großen und Ganzen erfolgreich sein.

Es kann wohl davon ausgegangen werden, dass Medwedew schon beim ersten Wahlgang mehr als 50 % der Stimmen bekommen wird, so dass eine Stichwahl am 23. März zwischen den beiden am besten platzierten Kandidaten nicht nötig sein wird. Für Putin wäre es natürlich wichtig, dass Medwedew deutlich mehr als 50 % der Stimmen erhält, am besten in der Nähe von Putins letztem Wahlergebnis von 2004 in Höhe von 71,2 %. Denn sonst könnte man denken, dass Putins Kandidat doch keine sehr gute Wahl war, was sich negativ auf das Image Putins auswirken würde.

Prognose: Der Politikkampf zwischen den verschiedenen Elitengruppen wird beim Heranrücken des Wahltermins zunehmen. Die Machtclans teilen sich in zwei Gruppen: die Befürworter und die Gegner Medwedews. Nach seiner Vereidigung als neuer Präsident, die für den 8. Mai geplant ist, werden diese beiden Clans wieder in verschiedene kleinere Gruppierungen zerfallen, so dass wir wieder das polyzentrische Machtfeld haben wie vor den Wahlen, denn die Erwartungen vieler Unterstützer Medwedews an den neuen Präsidenten und die Befürchtungen seiner Gegner werden gegenüber der Realität keinen Bestand haben.

In den nächsten Wochen werden die nationalen Projekte (Gesundheit, Wohnung, Bildung, Landwirtschaft), die Medwedew leitet, wiederbelebt werden. Ihre positiven Ergebnisse werden als seine persönlichen Erfolge interpretiert werden. Medwedews moderat-liberale Rhetorik wird fortgesetzt werden und er wird seine Versprechen wiederholen, als Präsident am „Putin-Programm“ festzuhalten und steigende Sozialinvestitionen der Regierung vorzunehmen. Die unpopulären Reformen werden nicht vor 2009 beginnen, damit sie nicht mit den Berichten über die hohen Inflationsraten zeitlich zusammenfallen. Dies wird die ärgerlichen Reaktionen der Bevölkerung verringern, die psychologisch für das Ende der „sieben fetten Jahre“ bereit ist.

Die neue Staatsduma

Am 24. Dezember 2007 trat die am 2. Dezember gewählte Staatsduma zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen, etwa drei Wochen früher als sonst, weil Putin das so wollte. Die nach dem neuen Wahlgesetz gewählte erste Parlamentsskammer wurde nur noch nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Die Fraktionsstärken haben sich gegenüber der letzten Wahl in 2003 trotzdem kaum verändert. Die größte Fraktion mit 315 Abgeordneten (70,00 %) stellt die Machtpartei „Einiges Russland“ (ER), gefolgt von der einzigen Oppositionspartei in der Staatsduma, die aber inzwischen auch eine

Systempartei geworden ist, der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ (KPRF) mit 57 Abgeordneten (12,67 %), der nationalistisch-populistischen „Liberal-Demokratischen Partei Russlands“ (LDPR) mit ihrer oppositionellen Rhetorik, die aber bei wichtigen Abstimmungen immer im Sinne des Kreml votiert, mit 40 Abgeordneten (8,89 %) und der neuen zweiten Machtpartei „Gerechtes Russland“ (GR) mit 38 Abgeordneten (8,44 %).

Boris Gryslow wurde als Parlamentspräsident wiedergewählt, und er leitet weiterhin die Fraktion von „Einiges Russland“. Eigenartig diese Personalunion. Sein Erster Stellvertreter Oleg Morosow ist ebenfalls ER-Mitglied. Die neun übrigen Stellvertreterpositionen wurden unter den Parteien aufgeteilt, wobei die ER mit sechs dominiert, so dass für die drei anderen Parteien jeweils einer übrig blieb: für den stellvertretenden KPRF-Vorsitzenden Iwan Melnikow, für den LDPR-Vorsitzenden Wladimir Shirinowskij und für den GR-Vertreter Aleksandr Babakow.

Die Leitung der 32 Komitees, bei uns Ausschüsse, der Staatsduma, wurde nicht mehr so brutal wie bei dem letzten Parlament nur an die ER-Mitglieder vergeben, sondern die anderen Fraktionen durften auch einige übernehmen, und zwar je zwei. So leiten die Kommunisten die Komitees für Industrie und Nationalitätenfragen, die LDPR das GUS- und das Jugendkomitee und GR das Wissenschaftskomitee sowie das Komitee für Frauen, Familien und Kinder. Bei einigen Komitees wurde die Zahl der Mitarbeiter reduziert. So hat das Komitee für Haushalt und Steuern nur 50 statt wie bisher fast 100 Mitarbeiter. Im Gegensatz zu früher, als das Komitee zusammen mit dem Finanzministerium in einem längeren Prozess den Haushalt aufstellte, reduziert sich die Rolle des Komitees nur noch auf eine technische, weil der Haushaltsaufstellungsprozess von der Exekutive allein durchgeführt wird.

8,9 % oder 40 Abgeordnete sind aktive oder ehemalige Offiziere bzw. Mitarbeiter des Militärs oder der Geheimdienste. Diese Gruppe wird mit dem Sicherheits- und mit dem Verteidigungskomitee zusammenarbeiten, um ihre Interessen zu lobbyieren.

Auf seiner ersten Arbeitssitzung am 11. Januar 2008 kündigte Gryslow an, dass die Staatsduma 600 Gesetzentwürfe in der Frühjahrssitzungsperiode behandeln will, 37 von ihnen vorrangig. 28 von diesen wurden von der Regierung eingebracht und zwei von der Präsidentialadministration. Acht Gesetzentwürfe betreffen die Staats- und die Verfassungsstruktur, acht Wirtschaftsfragen, weitere acht Haushaltsfragen und nochmals acht Verteidigungs- und Sicherheitsprobleme. Ferner plant die Staatsduma, eine „Regierungsstunde“ einzuführen, in der Regierungsvertreter Fragen der Abgeordneten beantworten.

Die ER-Fraktion will den Schwerpunkt ihrer parlamentarischen Arbeit auf die sozio-ökonomischen Fragen legen. Es sollen die Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, wie wir es ausdrücken würden, sowie die Renten erhöht werden.

Prognose: Die verschiedenen Lobbygruppen werden versuchen, auf wichtige Komitees Einfluss zu nehmen, um so möglichst früh den Gesetzgebungsprozess in ihrem Sinne zu steuern.

Verantwortlich für den Inhalt: Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Impressum

Chefredaktion
Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Claudia Dressler
Steubstrasse 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448
cd@partners-for-public-affairs.com

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Geschehnisse und Prognosen der Woche vom 14.-20.01.2008

Die russische Presse stellte die Notwendigkeit von Sozialreformen heraus. Dabei gibt es drei Brennpunkte: das Rentensystem, das Gesundheitswesen und das Wohnungsproblem. Die letzten beiden Bereiche gehören neben Bildung und Landwirtschaft zu den vier „nationalen Projekten“ deren Leitung Putin schon vor einem Jahr Medwedew übertragen hatte.

Der Präsidentschaftskandidat Dmitrij Medwedew betonte, dass es nötig sei, das Rentensystem zu verbessern, denn es sei verwirrend und ineffektiv, ohne dass er Einzelheiten dazu nannte. Eine Reihe von Gasexplosionen in Wohnhäusern verdeutlichte die Notwendigkeit, auch das Wohnungswesen zu modernisieren.

Die Reform des Rentensystems und des Gesundheitswesens sowie die Lösung des Wohnungsproblems werden den Menschen Opfer abverlangen. Es wird das Wort „Reform“ vermieden, stattdessen von „Modernisierung“ oder gelegentlich von „Renovierung“ gesprochen. Es ist möglich, dass der Kreml das Business zur Finanzierung der Reformen angehen wird im Sinne einer Partnerschaft von Staat und Privatwirtschaft.

Nachdem die Spitzenpositionen in der neugewählten Staatsduma verteilt waren, begann der Kampf um die Posten der Ersten Stellvertreter der Komiteevorsitzenden. Da die Vorsitzenden der Komitees, bei uns der Ausschüsse, oft verreist sind, ist der Posten des Ersten Stellvertreters durchaus einflussreich.

Der Erste Stellvertretende Premier Sergej Iwanow – bis Anfang vergangenem Dezember Konkurrent von Dmitrij Medwedew als Kreml-Kandidat für die Putin-Nachfolge - kehrt nach längerer Unterbrechung mit seinem Aufruf, am 2. März zur Wahl zu gehen, wieder in die Meldungen zurück. Iwanow, zuständig für die Kontrolle von Industrie/Hochtechnologie und Militär/Rüstung, will offensichtlich deutlich machen, dass er kein „technischer“ Apparatschik, sondern ein Politiker ist. Aber er musste hinnehmen, dass das Regierungstreffen zur Nanotechnologie ohne Hinweis auf seine Person stattfand, aber unter Leitung von Regierungschef Wiktor Subkow.

Der Machtkampf zwischen der Generalstaatsanwaltschaft unter Jurij Tschajka und dem vom Putin im vergangenen Herbst geschaffenen und vom FSB durchgesetzten neuen Ermittlungskomitee unter Aleksandr Bastrykin soll durch eine Reform der zentralen Ermittlungsbehörden entschärft werden. Der Generalstaatsanwalt wird dann rund 60 % der Ermittlungen kontrollieren können. Aber die Diskussion des Gesetzentwurfs, wenn er denn in die Staatsduma eingebracht wird, dürfte sich hinziehen.

Dass es die beiden bekannten demokratischen Oppositionellen und Menschenrechtler Ljudmila Aleksejewa und Georgij Satarow abgelehnt haben, den Ko-Vorsitz des von ihnen mit Garry Kasparow gegründeten Nationalen Bürgerkongresses weiter wahrzunehmen, ist ein schwerer Rückschlag für die alternativen oppositionellen Kräfte. Es zeigt sich wiederholt, dass es die oppositionellen Kräfte nicht schaffen, sich unter der Führung von Kasparow zu vereinigen.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Putin und Dmitrij Medwedew treffen mit Föderationsratsmitgliedern zusammen	Dmitrij Medwedew		Propagierung der Notwendigkeit, Sozialreformen durchzuführen
Beauftragung des Mitglieds der Zentralen Wahlkommission, Leonid Iwlew, mit der Kontrolle der für „Einiges Russland“ problematischen Regionen	Politischer Teil der Präsidentialadministration		Wenn Medwedew in diesen Regionen mehr Stimmen bekommt als „Einiges Russland“ bei der Staatsdumawahl am 2.12., Beförderung von Iwlew in der Zentralen Wahlkommission oder zur Präsidentialadministration
Menschrechtler sammeln in Ingsuschetien weiterhin Unterschriften von Personen, die am 2.12. nicht zur Staatsdumawahl gegangen waren (bisher 53,6 % der Wahlberechtigten), obwohl offiziell eine Wahlbeteiligung von 98,35 % verkündet wurde mit 99 % der Stimmen für „Einiges Russland“		Gouverneur Murat Sjasikow (früher für den FSB tätig)	Unterschriftensammlung (Wahlberechtigte können unbehelligt befragt werden, keine Verhaftungen) wäre nicht möglich ohne die Unterstützung eines Teils der regionalen Elite, der mit dem Clan des Gouverneurs unzufrieden ist, der sich in der Republik aufführt, als wäre sie sein Eigentum. Die Position Sjasikows ist gefährdet.
Gasexplosionen in verschiedenen russischen Gebieten		Rostechnadzor	Wenn sich weitere Explosionen ereignen, wird Rostechnadzor-Chef Konstantin Pulikowskij dafür persönlich verantwortlich gemacht werden
Erster Vizepremier Sergej Iwanow ruft dazu auf, am Präsidentenwahltag zur Wahl zu gehen	Sergej Iwanow		Aufruf ist nicht der Beginn einer großangelegten Kampagne, Iwanow eine Machtbasis aufzubauen
Regierungstreffen zur Nanotechnologie, in deren Erforschung und Entwicklung die Regierung 10 Mrd. \$ investieren will	Wiktor Subkow	Sergej Iwanow	Es ist möglich, dass in nächster Zeit Iwanow nicht mehr für die Nanotechnologie zuständig ist
Dmitrij Pankin, Abteilungsleiter im Finanzministerium, soll den in Untersuchungshaft befindlichen Stellvertretenden Finanzminister Sergej Stortschak ablösen	Kreml-Silowiki	Aleksej Kudrin	Stortschaks Untersuchungshaft kann noch mehrere Monate dauern
Andrej Bogdanow und Michail Kassjanow reichen die für die Registrierung als Präsidentschaftskandidat erforderlichen Unterschriftenlisten bei der Zentralen Wahlkommission ein	Michail Kassjanow, Andrej Bogdanow		Kassjanow wird möglicherweise die Registrierung verweigert, wenn die Zentrale Wahlkommission 15 % der Unterschriften nicht anerkennt (7,5 % der Unterschriften wurden bereits nicht anerkannt).

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Putin billigt das Projekt der Generalstaatsanwaltschaft einer Reform der Ermittlungsbehörden für wirtschaftliche Entwicklung und Handel bekommt die Kontrolle über die staatlichen Übersee-Immobilien	Jurij Tschajka Elwira Nabiullina	Aleksandr Bastrykin, Kreml- Silowiki	Durch die Reform wird die Generalstaatsanwaltschaft wieder zur Hauptermittlungsbehörde Ministerium bekommt einen Teil der Kompetenzen zurück, die es vor einiger Zeit abgeben mußte

Postenschacher in der Staatsduma

In der Staatsduma wurde die Zahl der Mitarbeiter von 230-240 auf 190-200 reduziert. Das ist ein Ergebnis des spärlichen Abschneidens der Opposition, verglichen mit der Parlamentswahl 2003. Da die Komiteevorsitzenden oft auf Dienstreise sind, sind die Posten des Ersten Stellvertretenden Komiteevorsitzenden interessant, weil sie das gleiche Lobbypotential haben wie die Komiteevorsitzenden. Von den 35 Posten eines Ersten Stellvertreters der Komitees wurden nur vier nicht von Mitgliedern der Fraktion „Einiges Russland“ besetzt: im Komitee für internationale Beziehungen je einer von einem Kommunisten und einem Mitglied der Schirinowskij-Fraktion, im Agrarkomitee einer von einem Kommunisten und im Kulturkomitee von einem Mitglied der Fraktion „Gerechtes Russland“. Auf der darunter liegenden Ebene der Stellvertretenden Vorsitzenden konnte die Opposition ein Drittel der Posten (36) erhalten. Der Status mancher Komitees wurde auch geändert. So wurde das Budgetkomitee von 100 auf 48 Mitglieder verkleinert. Das Drei-Jahres-Budget wird von der Regierung und der Präsidentialadministration aufgestellt. Wozu dann noch so viele Komiteemitglieder?!

Prognose: Die internen Machtkämpfe in der Staatsduma können dazu führen, dass sich die Gruppen der Komiteevorsitzenden, der Ersten Stellvertretenden Komiteevorsitzenden und der normalen Stellvertretenden Komiteevorsitzenden bilden. Es ist möglich, dass die Ersten Stellvertretenden Komiteevorsitzenden versuchen, die Komiteevorsitzenden zu kontrollieren. Es kann dadurch vielleicht auch geschehen, dass ein Erster Komiteevorsitzender, der nicht „Einiges Russland“ angehört, einen Komiteevorsitzenden kontrolliert, der „Einiges Russland“ angehört und damit die gesamte Komiteearbeit kontrolliert.

Reform der Ermittlungsbehörden

In den vergangenen fünf Jahren war in Russland die Idee diskutiert worden, das gesamte Ermittlungssystem zu reformieren und eine einzige große Behörde zu schaffen, ähnlich dem FBI. Aus diesem Grund wurde im vergangenen Herbst das Ermittlungskomitee als unabhängiger Dienst gebildet, der aber formal der Generalstaatsanwaltschaft untersteht. Sein Leiter wurde auf Vorschlag des Präsidenten vom Föderationsrat berufen. Da diese Regelung auch für den Generalstaatsanwalt gilt, leitete der Leiter des Ermittlungskomitees daraus die Gleichstellung mit diesem ab.

Das Ermittlungskomitee wird von Putins Studienfreund auf der Juristischen Fakultät der Leningrader Staatlichen Universität, dem vormaligen Stellvertretenden Generalstaatsanwalt Aleksandr Bastrykin, geleitet und zählt 18.000 Mitarbeiter. Das neue Ermittlungskomitee mit weitreichenden Vollmachten darf selbstständig Strafverfahren einleiten und auch gegen Personen mit besonderem Status, wie Parlamentsabgeordnete sowie Kandidaten für die Staatsduma und das Präsidentenamt, ermitteln.

Als das Ermittlungskomitee im vergangenen September seine Tätigkeit aufnahm, verlor die Generalstaatsanwaltschaft einen großen Teil ihrer Autorität. Bis dahin war sie eine der mächtigsten Rechtdurchsetzungsbehörden. Die Macht der

Generalstaatsanwaltschaft bestand in ihren beiden Funktionen: der Überwachung der Einhaltung der Gesetze und dem Recht, Kriminalfälle zu ermitteln und Verfahren einzuleiten.

Die Bildung des Ermittlungskomitees führte dazu, dass die Funktion der Ermittlung Bastrykin übertragen wurde mit der Folge, dass die Generalstaatsanwaltschaft eine ihrer wichtigsten administrativen Funktionen aufgeben musste. Die Generalstaatsanwaltschaft hat keine Möglichkeit, die Tätigkeit des Ermittlungskomitees zu kontrollieren. Wenn ein Beamter der Generalstaatsanwaltschaft in einem Kriminalfall ermitteln wollte, musste er vorher an das Investigationskomitee ein Ersuchen richten.

Nachdem die Silowiki des Kreml durch die Ablösung von Generalstaatsanwalt Wiktor Ustinow im Juni 2006 ihren Mann an der Spitze der wichtigsten Ermittlungsbehörde verloren hatten (Ustinows Sohn ist mit Setschins Tochter verheiratet), gelang es dem FSB, als Stellvertretende Leiter des Ermittlungskomitees lauter ehemalige FSB-Offiziere zu plazieren und unter den Mitarbeitern 50 weitere FSB-Leute.

Bastrykin entwickelte den Ehrgeiz, ein unabhängiger Player zu werden. Und Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka, der von Putin vom Justizministerium an die Spitze der Generalstaatsanwalt gestellt worden war, während Ustinow neuer Justizminister wurde, begann bald gegen das neue Ermittlungskomitee zu opponieren.

Die Benennung von Dmitrij Medwedew durch Putin als Kandidaten für seine Nachfolge im Präsidentenamt schwächte den Status der Silowiki des Kreml und damit die Möglichkeit, das Ermittlungskomitee kontrollieren zu können. Die Generalstaatsanwaltschaft entwickelte einen Plan, das Ermittlungskomitee zu überprüfen, vor allem die Tätigkeit der FSB-Offiziere. Die Anordnung wurde vom Stellvertretenden Generalstaatsanwalt Wiktor Grin unterzeichnet. Der Prüfungsbericht ist dem Beaufsichtigenden Staatsanwalt Wiktor Nasedkin vorzulegen, der im vergangenen Herbst Betrugsfälle bearbeitete, in die FSB-Offiziere verwickelt sind. Die Silowiki des Kreml werden noch im Frühjahr einen Gegenangriff versuchen, dessen Resultate wir in nächster Zeit erleben dürften.

Im Rahmen der Reform der Ermittlungsbehörden wird die Generalstaatsanwaltschaft 60 % der Fälle untersuchen.

Prognose: Die Unterstützung der Reform durch Putin bedeutet nicht, dass das Szenario von Generalstaatsanwalt Tschajka sofort umgesetzt wird. Wenn das Gesetz in die Staatsduma eingebracht wird, wird sich die Diskussion wohl hinziehen. Im Mai/Juni dürfte es zu neuen Konflikten zwischen der Generalstaatsanwaltschaft und dem Ermittlungskomitee kommen. Doch beide Seiten hängen davon ab, wie die neue Regierung zusammengesetzt sein wird, welche Schlüsselfiguren in der Präsidentialadministration tätig sein werden und wer der neue Generalstaatsanwalt sein wird.

Politischer Verfall der alternativen Opposition

Am 17. Januar erklärten Ljudmila Aleksejewa, Vorsitzender der Moskauer Helsinki-Gruppe, und Georgij Satarow, Präsident des Think tanks INDEM, der sich durch seine Untersuchungen der horrenden Korruption in Russland einen Namen gemacht hat, dass sie für den Ko-Vorsitz des von ihnen mit Garry Kasparow gegründeten Nationalen Bürgerkongresses nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Konflikt zwischen Kasparow und russischen Bürgerrechtlern begann, als es um die Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten für die Präsidentenwahl ging. Michail Kassjanow, der nach seiner Entlassung als Regierungschef durch Putin im März 2004 keine neue Funktion fand, wollte ihr Führer sein, der vorhatte, die alternativen oppositionellen Strömungen zu einigen. Zur gleichen Zeit trat ein anderer Oppositionsführer hervor, Garry Kasparow,

der – im Gegensatz zu Kassjanow – Charisma besitzt, im Westen populär ist und über ein Protestprogramm verfügt.

Die moderaten aktiven Menschenrechtler begannen sich allmählich immer mehr von Kasparow und dessen „Anderem Russland“ mit dem Führer der National-Bolschewiken, Eduard Limonow, zu distanzieren aus zwei Gründen: Erstens machte der hohe Sieg von „Einiges Russland“, auch wenn ein gewisser Teil der durch Wahlfälschung und Wahlmanipulation erreichten Stimmen abzuziehen sind, deutlich, dass Putins Politik bei der Bevölkerung populär ist, auch weil das „Andere Russland“ gegen Putins Politik total opponiert. Zweitens zeigte der Kreml seine Bereitschaft, mit Menschenrechtlern zusammenzuarbeiten und ihnen die Möglichkeit zu geben, tätig zu werden. So ernannte Putin im vergangenen September die bekannten Menschenrechtler Aleksandr Brod und Alla Herber zu Mitgliedern der „Gesellschaftlichen Kammer“. Außerdem erhielt die Moskauer Helsinki-Gruppe ein Stipendium für seine Arbeit in Russland.

Prognose: Kasparow wird zwei andere Kandidaten für den Ko-Voisitz des Nationalen Bürgerkongresses suchen. Diejenigen, die er ins Auge gefasst hat (Aleksandr Ausun, Maria Gaidar und Lev Ponomarjow) haben abgesagt bzw. sind nicht geeignet, die alternativen oppositionellen Kräfte zu einigen.

Personalia

Aleksej Bogdantschikow, Sohn des Vorstandsvorsitzenden von „Rosneft“ Sergej Bogdantschikow, ist Stellvertretender Leiter der Abteilung für Investorbeziehungen des staatlichen Ölgiganten. Sergej Matwijenko, Sohn der Oberbürgermeisterin von St. Petersburg, ist Direktor der von der staatlichen Außenhandelsbank kontrollierten VTB-Kapital. Sergej Iwanow, Sohn des Ersten Stellvertretenden Regierungschefs Sergej Iwanow, ist Vizepräsident der vom Staat kontrollierten Gazprombank, und sein Bruder Aleksandr Iwanow ist in der staatlichen Außenhandelsbank tätig. Ilja Woloschin, Sohn des früheren Leiters der Präsidentialadministration und jetzigen Aufsichtsratsvorsitzenden des Strommonopolisten JeE Rossii, Aleksandr Woloschin, ist Vizepräsident der Konversbank. Pjotr Fradkow, Sohn des ehemaligen Premiers und jetzigen Chefs des Auslandsnachrichtendienstes Michail Fradkow arbeitet in der Außenhandelsbank. Wladimir Kirijenko, Sohn des Rosatom-Chefs Sergej Kirijenko, ist Aufsichtsratsvorsitzender der Sarowbisesbank, einer Privatbank, welche die Garantia-Bank übernommen hat, die 1996 Sergej Kirijenko gegründet hatte. Wladimir Kirijenko ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der Nishnyj Nowgoroder Telekomgesellschaft „Wolga“, die Sergej Kirijenkos Partner, dem LUKoil-Vizepräsidenten Wadim Worobjow gehört.

Ausblick

Dmitrij Medwedew stellte seine Wahlplattform während des Zweiten Allrussischen Bürgerforums am 22. Januar – das erste fand im November 2001 statt – vor. Das Allrussische Bürgerforum fand unter den Auspizien der „Gesellschaftlichen Kammer“ statt. Im nächsten Bericht über die Woche vom 21. bis 27. Januar wird darauf eingegangen.

Am 26. Januar wird die Zentrale Wahlkommission die Liste der registrierten Präsidentschaftskandidaten veröffentlichen. Bis jetzt sind es der Erste Stellvertretende Premier Dmitrij Medwedew, der Kommunistenführer Gennadij Sjuganow und der Vorsitzende der „Liberal-Demokratischen Partei Russlands“ sowie der Stellvertretende Staatsdumavorsitzende Wladimir Shirinowskij. Der Wahlkampf beginnt am 2. Februar. Der erste Wahlgang der Präsidentschaftswahl findet am 2. März statt. Eine Stichwahl zwischen den beiden am besten platzierten Kandidaten am 23. März dürfte – wie es jetzt aussieht - nicht nötig sein, da Medwedew mehr als die Hälfte der Wählerstimmen bekommen wird.

Für den 29. Januar ist geplant, dass Medwedew seine Wahlthesen auf dem Kongress der Russischen Juristenvereinigung vorstellt. Dem Präsidium dieser Vereinigung gehören u.a. Putin, Sobjanin, Innenminister Rashid Nurgalijew, Generalstaatsanwalt

Jurij Tschajka, FSB-Chef Nikolaj Patruschew und der Leiter der Anti-Drogen-Behörde Wiktor Tscherkessow an.

Der Wahlkampfstab von Dmitrij Medwedew, der vom Chef der Präsidentialadministration Sergej Sobjanin geleitet wird, plant in Moskau ein Treffen mit 170 Regionalvertretern, darunter auch vielen Gouverneuren, um mit ihnen die Leitung von Medwedews Wahlkampagne in ihren Regionen zu besprechen. Sie haben vom Kreml die Order bekommen, dafür zu sorgen, dass Medwedew mehr als 64,3 % der Stimmen bekommt, die am 2. Dezember „Einiges Russland“ erhalten hatte.

Die zweite Machtpartei „Gerechtes Russland“ plant, auf ihrem nächsten Parteikongreß ihren Namen zu ändern. Sie soll dann „Russische Sozialistische Partei ‚Ein gerechtes Russland‘“ heißen. Der Grund für die Namensänderung ist die Absicht der Partei, der Sozialistischen Internationale beizutreten, der 160 sozialistische und sozialdemokratische Parteien aus 130 Ländern angehören.

Verantwortlich für den Inhalt: Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Impressum

Chefredaktion
Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse

Claudia Dressler
Steubstrasse 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448

cd@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service

Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com

Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.

Versand via e-mail.

Erhältlich vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.

3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.

6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.

12 Monate (48 Ausgaben) € 984,-- inkl. MwSt.

Bei Bestellungen bis zum 31. März 2008 gewähren wir 10% Einführungsrabatt auf alle Ausgaben bis einschließlich 31.12.2008.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber

Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
USt-IdNr: DE253901394 HRB 2292- Wiesbaden

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 21.-27.01.2008

Das innenpolitische Hauptthema der vergangenen Woche war der Präsidentenwahlkampf, den Dmitrij Medwedew dominierte. Dabei können Unterschiede zu Putins erstem Wahlkampf im Frühjahr 2000 festgestellt werden. Vor dem Hintergrund des Chaos der Jelzin-Zeit trat damals Putin als der harte und kompromisslose Führer auf, der Russland vor dem Zusammenbruch retten wollte. Medwedew positioniert sich als der Verfechter der „Modernisierung“ und als „Sozialrevolutionär“, der den Dialog mit der Zivilgesellschaft führen will. Dies zeigt sich auch in der unterschiedlichen Einschätzung der 90er Jahre. Während Putin im vergangenen November diese Zeit scharf kritisierte, beurteilte Medwedew diese Periode im Großen und Ganzen positiv, allerdings unter Hinweis auf die hohen Transformationskosten. Ferner erhob er den Kampf gegen die Korruption zu einem nationalen Projekt. Wenn das nicht nur Wahlkampfrhetorik ist, dann könnte der Kampf gegen die Korruption die Begründung für die Rotation der Eliten nach der Vereidigung Medwedews am 8. Mai sein.

In der vergangenen Woche wurde der stellvertretende Regierungschef und Finanzminister Aleksej Kudrin, der in den letzten Jahren immer wieder ins Gespräch gebracht worden war, für den Posten des Finanzministers, zum Leiter der zwischenbehördlichen Kommission zur Inflationsbekämpfung ernannt. Seine Stellvertreter sind die Ministerin für Wirtschaft und Handel, Elwira Nabiullina, und der Landwirtschaftsminister Aleksej Gordejew. Regierungschef Wiktor Subkow sucht offensichtlich schon bei Zeiten Schuldige für die steigende Inflation, die für 2007 11,9 % betrug, der höchste Wert seit 2003. Subkow will die Schuldigen im liberalen Lager finden, besonders bei denjenigen, die zu ihm in Opposition stehen.

Das Mitglied der Zentralen Wahlkommission, Gennadij Raikow, teilte am 24. Januar mit, dass 13,38 % der mehr als zwei Millionen Unterschriften, die Michail Kassjanow sammeln lassen musste, um sich als Kandidat für die Präsidentschaftswahl registrieren zu lassen, gefälscht seien. Man kann davon ausgehen, dass auch Andrej Bogdanow ein „vereinfachtes Verfahren“ angewandt hat, um in der relativ kurzen Zeit die erforderlichen Unterschriften zusammenzubekommen. Es ist übliche Praxis, Namenslisten für diese Unterschriftenlisten vorher zu erstellen, wobei die verschiedenen Namen mit derselben Handschrift geschrieben worden sind. Der Unterzeichner muss dann nur noch unterschreiben. Wenn mit kriminalistischen Methoden die Unterschriften untersucht werden, findet man die auf diese Weise zusammengestellten Namenslisten. Dass danach akribisch gesucht wird, ist eine politische Entscheidung. Der im vergangenen Frühjahr zurückgetretene Leiter der Zentralen Wahlkommission, Aleksandr Weschnjakow, hatte diese Praxis öffentlich kritisiert, die nur dazu diene, unliebsame Kandidaten von einer Kandidatur auszuschließen.

KPRF-Chef Gennadij Sjuganow forderte Dmitrij Medwedew zu einem Fernsehduell heraus. Wenn er seinen Appell ignoriere oder das Streitgespräch ablehne, wolle er seine Partei ersuchen, seine Kandidatur zurückzuziehen. Sjuganow kann nur mit einem Votum von 5% bis 7 % bei der Präsidentenwahl rechnen. Der kommunistische Kandidat Nikolaj Charitonow, der im März 2004 gegen Putin antrat – Sjuganow wollte damals nicht kandidieren - erhielt bei der letzten Präsidentenwahl immerhin 13,7 %. Wenn sich die KPRF entschließen könnte, den politisch verbrauchten und wenig Charisma ausstrahlenden Vorsitzenden auszuwechseln, könnte sie ein größeres,

sozialdemokratisch orientiertes Elektorat erreichen, das manche auf insgesamt 25 % schätzen. Es ist auch denkbar, dass die Parteiführung bewusst Sjuganow als Kandidaten aufgestellt hat, um dann nach seinem voraussehbaren deutlichen Scheitern leichter den Parteivorsitz auszuwechseln zu können.

In Moskau wurde der der organisierten Kriminalität beschuldigte Semen Mogilewitsch verhaftet. Er lebte bisher unbehelligt im Hotel „Ukraine“. Der gebürtige Ukrainer, der von den ukrainischen und den amerikanischen Sicherheitsbehörden wegen Geldwäsche gesucht wird, ist mit der in der Schweiz registrierten dubiosen Firma RosUkrEnergio verbunden, die zur Hälfte Gazprom und zur anderen Hälfte ukrainischen Geschäftsleuten gehört. Dass Mogilewitsch jetzt verhaftet wurde, hängt mit dem Kampf verschiedener Kremlclans angesichts des Endes von Putins Amtszeit und der Nominierung des Gazprom-Aufsichtsratsvorsitzenden Medwedew als Präsidentschaftskandidat zusammen. Mogilewitsch ist einer der einflussreichsten Gashändler im post-sowjetischen Raum. Die Verhaftung wurde nicht vom FSB und nicht vom Ermittlungskomitee vorgenommen, sondern von der Abteilung für Wirtschaftssicherheit des Innenministeriums, die von Jewgenij Schkolow geleitet wird, der zusammen mit Putin in Dresden für den KGB tätig war. Mogilewitsch soll einfach aus dem Verkehr gezogen, damit er nicht an den Moskauer Bars Dinge ausplaudert, die in der sensiblen Zeit des Machtwechsels die Reputation von Medwedew und Putins beschädigen könnten. Vorstandsvorsitzender von RosUkrEnergio ist Konstantin Tschuitschenko, der auch Mitglied des Vorstands und Leiter der Rechtsabteilung des Gasmonopolisten Gazprom und zudem ein Klassenkamerad von Medwedew ist.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Dmitrij Medwedew hält eine Rede auf dem Bürgerforum	Dmitrij Medwedew		Medwedew versucht in seiner Wahlkampagne die Balance zu halten zwischen sozialer Rhetorik und notwendiger Modernisierung
KPRF-Chef Gennadij Sjuganow fordert Medwedew in einem Schreiben zu einer Fernsehdebatte auf	Gennadij Sjuganow	Dmitrij Medwedew	Medwedew wird diese Debatte ablehnen
Die Zentrale Wahlkommission registriert nicht Michail Kassjanow als Kandidaten für die Präsidentschaftswahl wegen des zu hohen Prozentsatzes an den mehr als 2 Mio.gesammelten Unterschriften		Michail Kassjanow	Die alternative Oppositionsbewegung zerfällt weiter
Der Vorsitzende der „Demokratischen Partei Russlands“, Andrej Bogdanow ist von der Zentralen Wahlkommission als Präsidentschaftskandidat registriert werden	Andrej Bogdanow	Michail Kassjanow	Bogdanow kandidiert im Auftrag des Kreml, um die alternative Opposition zu schwächen und wird nach der Wahl wieder in der politischen Versenkung verschwinden
Patriarch Aleksej II. lehnt die Einladung von Papst Benedikt XVII. nach Rom zu einem Gespräch ab		Papst Benedikt XVII.	Die Bemühungen des Vatikans um eine Annäherung der Katholischen und der Russisch-Orthodoxen Kirche werden wohl unter Patriarch Aleksej II. keinen Erfolg haben

Ereignis	Vorteilhaft für	Nachteilig für	Erwartung
Am 2. März finden in 11 Föderationssubjekten neben der Präsidentenwahl auch Wahlen zu den regionalen Parlamenten statt. Der Kreml ordnete an, dass „Einiges Russland“ im Regionalwahlkampf nicht das Image von Putin oder Medwedew nutzt, sondern diese Wahl nur in Verbindung bringt mit dem regionalen Gouverneur	KPRF, „Gerechtes Russland“	Regionale Organisationen von „Einiges Russland“	Es wird nicht möglich sein, im regionalen Wahlkampf völlig von der Verbindung von „Einiges Russland“ mit Putin und Medwedew zu abstrahieren und sich nur auf die Gouverneure zu konzentrieren, die nicht mehr gewählt, sondern von Putin ernannt werden
Der Kreml lässt die von ihm im vergangenen Jahr geschaffenen Jugendorganisationen „Naschi“, „Junge Garde“ und „Junges Russland“, die „Einiges Russland“ nahestanden, politisch fallen		Mitglieder dieser Organisationen, die sich Karrierechancen erhofft hatten	Vielleicht werden die Organisationen zu einer neuen Organisation zusammengefasst, die sich am sowjetischen „Komsomol“ orientiert
Dmitrij Medwedew teilt mit, dass die Gründung eines staatlichen Organs zur ökologischen Kontrolle notwendig sei	Wladimir Kirillow, Oleg Miwol	Konstantin Pulikowskij	Im Falle der Gründung einer solchen Behörde wird es einen Machtkampf zwischen Mitwol und Kirillow um die Leitung der Behörde geben.
Gründung einer zwischenbehördlichen Arbeitsgruppe in der Regierung zur Inflationsbekämpfung	Wiktor Subkow	Aleksej Kudrin, Elwira Nabiullina, Aleksej Gordejew	Mit hoher Wahrscheinlichkeit dürfte Subkow bis zum Mai versuchen, der Leitung dieser Arbeitstruppe die Verantwortung für die Inflation zuzuschieben
Kritik Sergej Iwanows an der russischen Raumfahrtagentur Roskosmos wegen Mängel bei der Errichtung des russischen Navigationssystems Glonass		Roskosmos	Das russische Navigationssystem Glonass ist noch nicht marktfähig
Russische Regierung plant die Bildung eines Nationalen Informationszentrums, um das Image im Ausland zu verbessern	Als Leiter ist der Staatsdumaabgeordneter Wassilij Schestakow („Gerechtes Russland“) vorgesehen		Vorgesehen ist die Schaffung eines speziellen Pools von Journalisten, die regelmäßig Briefings geben und Zugang zu hohen Regierungsbeamten haben
Verhaftung den Unternehmers Semen Mogilewitsch	Dmitrij Medwedew		Es dürften keine Ermittlungsergebnisse bekannt werden
Mitteilung von Boris Nemzow, eine allrussische gesellschaftliche Bewegung zu gründen	Boris Nemzow		In nächster Zeit dürfte diese Initiative nicht realisiert werden, aber thematisch lange in den Medien gehalten werden

Medwedews Wahlrede

Obwohl der Präsidentenwahlkampf offiziell erst am 2. Februar beginnt, kann die Rede von Dmitrij Medwedew auf dem zweiten Bürgerforum am 22. Januar als Wahlkampfauftakt gewertet werden, nachdem er am Vortrag von der Zentralen Wahlkommission als Kandidat registriert worden war. Das erste Bürgerforum fand im Herbst 2001 statt, als noch große Erwartungen an den Reformier Putin bestanden. Mit der Präsentation seines Wahlprogramms auf dem Bürgerforum, das er zu diesem Zweck nach mehr als sechs Jahren wieder einberufen ließ, wollte Medwedew sein Images unterstreichen als liberaler Politiker, der die Meinung der NGOs berücksichtigt.

Der Chef von Medwedews Wahlkampfstab, der Leiter der Präsidentialadministration Sergej Sobjanin, möchte nicht, dass sich „Einiges Russland“ in die Wahlkampagne einmischt, sondern er möchte sie von der Partei fernhalten. Auf diese Weise kann sich Medwedew von der Parteiideologie distanzieren, die in letzter Zeit immer konservativer wurde. Das ist auch nötig, wenn sich Medwedew einigermaßen glaubwürdig als Liberaler geben will. Natürlich kann Medwedew dabei nicht in offenen Gegensatz zum bisherigen Kurs Putins treten.

Medwedew möchte, dass Russland ein offenes Land wird. Die Welt fürchte sich vor Russland, weil unklar sei, wohin sich das Land bewege und was es in Zukunft vorhabe. „Wir müssen offen und deutlich unser Vorgehen in der Wirtschaft, im Sozialbereich, in der Politik erläutern. Wir müssen immer mehr Verbündete bei der Lösung aktueller internationaler Probleme finden.“

Medwedew plädierte für ein Entwicklungsmodell für Russland, das auf einem Gesellschaftsvertrag zwischen der Staatsmacht und der Gesellschaft basiert. Dieser Vertrag sollte die gegenseitigen Pflichten formulieren und bewirken, dass die Staatsmacht gegenüber „ihrem Volk“ voll verantwortlich ist. Möchte Medwedew damit an den „Original compact“ von John Locke und den „Contrat social“ von Jean-Jacques Rousseau anknüpfen? In deren Vorschlägen zu einem Gesellschaftsvertrag kommen die Menschen darin überein, sich zu einer Gemeinschaft zu vereinigen und einen „politischen Körper“ zu bilden. Dies wäre, wenn es denn so gemeint wäre, ein neues Verständnis von Staat durch den Kreml, das – zu Ende gedacht - auch Konsequenzen für den Umgang des Staates mit seinen Bürgern hätte.

Beim Aufbau einer solchen Staatsgewalt spiele – weiter nach Medwedew - die Kontrolle die entscheidende Rolle. In dieser Kontrolle hätten die nicht-staatlichen Organisationen (NGOs) ihren Platz. Medwedew möchte einen „gerechten Staat und die Entwicklung einer starken Zivilgesellschaft“. Weiter führte er aus: „Ein moderner blühender Staat (kann) heute nur in einem freien Informationsfluss existieren, dessen untrennbarer Bestandteil einflussreiche und unabhängige Medien sind - und zwar föderale und regionale.“ Wenn dieser Satz ernst gemeint ist, müsste er zur Abschaffung der faktischen Zensur der landesweit zu empfangenden Fernsehprogramme führen.

Der Jurist Medwedew betonte, dass Russland ein Land des Rechtsnihilismus sei, ein „großes und ernstes globales Problem“. „Leider kann sich kein anderes europäisches Land mit einem solchen Ausmaß von Rechtsmissachtung rühmen“ Für ihn ist ein Rechtsstaat, „wenn die Staatsmacht und die Gesellschaft die Gesetze gut kennen und sie respektieren und das Rechtsbewusstsein der Menschen so hoch ist, dass es ermöglicht, die Beamten von der Gesellschaft effektiv kontrollieren zu lassen.“ Wenn Russland ein zivilisierter Staat sein wolle, müsse es vor allem ein „Rechtsstaat“ sein. Ein wahres Wort! Wird es mehr als nur Wahlkampfrhetorik sein?

Eine Form des Rechtsnihilismus ist nach Medwedew die Korruption, die in den Machtorganen gewaltige Ausmaße angenommen habe. Deshalb will er den Kampf gegen Korruption zu einem nationalen Programm machen, zu seinem, im Unterschied

zu den ihm von Putin übertragenen nationalen Projekten Bildung, Gesundheit, Wohnungswesen und Landwirtschaft. Die Korruption ist laut Forschung der von Georgij Satarow auf Korruptionsforschung spezialisierten Stiftung INDEM in Russland mit 240 Mrd. \$ größer als der gesamte Staatshaushalt. Die Korruptionsbekämpfung wird die Begründung für die Rotation der Eliten liefern, die nach der Vereidigung von Medwedew, die für den 8. Mai vorgesehen ist, beginnen dürfte.

Prognose: In allernächster Zeit wird Medwedew weitere Wahlprogrammthesen vorstellen. Über die Rede Medwedews auf dem Kongress der Russischen Juristenvereinigung am 29. Januar wird in der nächsten Ausgabe von „Russland Intern Aktuell“ eingegangen. In der ersten Februar-Hälfte wird Medwedew auf ein bis zwei öffentlichen Veranstaltungen auftreten und neue Elemente seines Programms vortragen. Zwischen beiden Auftritten wird eine Zeitspanne von fünf bis sieben Tagen liegen, die nötig sind, damit seine Ideen die Zielgruppen erreichen.

Lobbyierungsverlust der Staatsduma

Die neue Staatsduma hat 50 % ihrer Bedeutung als Lobbyierungsinstrument verloren. Nur noch sieben Staatsdumakomitees sind für Lobbyisten wichtig: das Komitee für Haushalt und Steuern, das Komitee für Naturressourcen, Naturnutzung und Ökologie, das Komitee für Energetik, das Komitee für Wirtschaftspolitik und Unternehmertum, das Komitee für den Finanzmarkt, das Komitee für Zivilrechts-, Strafrechts-, Arbitrage- und Prozessgesetzgebung sowie das Komitee für die Verfassungsgesetzgebung und den Staatsaufbau.

Die Interessen von Gazprom werden durch das Komitee für Naturressourcen und das Energetikkomitee vertreten. Das Komitee für Naturressourcen leitet – wie auch in der vorangegangenen Staatsduma - Natalja Komarowa. Sie war vorher Stellvertretende Gouverneurin im Autonomen Bezirk der Jamalo-Nenzen, der verwaltungsmäßig zum gas- und ölfreie Gebiet Tjumen gehört. 1999 war im Direktwahlkreis der Jamalo-Nenzen Wiktor Tschernomyrdin in die Staatsduma gewählt worden, der er bis zu seiner Entsendung als russischer Botschafter nach Kiew bis 2001 angehörte. Natalja Komarowa ist Mitglied der Fraktion von „Einiges Russland“, wie auch ihr Erster Stellvertreter Jewgenij Tugolukow, was den Vorteil hat, dass in ihrer Abwesenheit die Komiteearbeit weiterhin von der Machtpartei gesteuert wird. Das Energetikkomitee leitet Jurij Lipatow („Einiges Russland“), der von 1999 bis 2003 Stellvertretender Vorsitzender dieses Komitees war.

Das Wirtschaftskomitee unter Jewgenij Fjodorow („Einiges Russland“) - wie schon seit 2006 - verliert etwas an Bedeutung, weil es nicht mehr für die Reform der technischen Regulierungen zuständig ist. Das Finanzkomitee wird wiederum von Wladislaw Resnik („Einiges Russland“) geleitet. Angesichts der Aufstellung eines Drei-Jahres-Haushalts hat das Budgetkomitee, dem Jurij Wassiljew („Einiges Russland“) vorsitzt, an Bedeutung verloren. Das Gesetzgebungskomitee leitet wieder Pawel Krascheninnikow („Einiges Russland“), der 1998/1999 Justizminister war und dies in der im Mai zu bildenden neuen Regierung wieder werden dürfte. Es ist höchste Zeit, dass der jetzige Justizminister und ehemalige Generalstaatsanwalt Wladimir Ustinow, der den Silowiki zuzurechnen ist, von der politischen Bühne verschwindet. Das im Falle einer Verfassungsänderung wichtige Verfassungskomitee leitet der ehemalige Rechtsanwalt Aleksander Sobtschaks Wladimir Pligin („Einiges Russland“).

Von diesen Ausnahmen der Beibehaltung des Komiteevorsitzes verfolgt die Präsidialadministration die Linie, den Vorsitz in den Komitees, den „Einiges Russland“ innehat – und das sind 26 von 32 – zu wechseln, so dass die Abgeordneten anderen Komitees zugeteilt werden, mit denen sie thematisch bisher nichts zu tun hatten. Auf diese Weise sollen lobbyistische Kontakte, die in den letzten Jahren aufgebaut wurden, abgeschnitten werden. Außerdem wird überlegt, den Komitees die Experten

wegzunehmen und sie in einem großen Pool zusammenzufassen. Das stößt auf großen Widerstand vieler Komiteevorsitzender, die nun neue Komitees leiten sollen, mit denen sie bisher fachlich nichts zu tun hatten, und denen jetzt auch noch die eingearbeiteten Experten weggenommen werden sollen, wo sie grade auf diese Experten angewiesen sind.

Prognose: Die Leiter von für sie thematisch neuen Komitees werden sich einarbeiten, und die Lobbyisten werden auch zu ihnen Beziehungen aufnehmen. Dazu haben sie vier Jahre Zeit.

Protest der Admirale

In einem Offenen Brief sprach sich eine Reihe bekannter Admirale gegen die Verlegung des Hauptstabes der Kriegsmarine von Moskau nach St. Petersburg aus. Der Brief ist u.a. unterzeichnet von den Admiralen Wladimir Tschernawin, Wiktor Krawtschenko, Igor Kassatonow und Wjatscheslaw Popow. Die Kosten der Verlegung betragen von 40 bis 50 Mrd. Rubel. Wenn die Kosten für die gesicherten Systeme der Marineführung hinzugenommen werden, belaufen sich die Kosten auf mehr als eine Trillion Rubel.

Die Befürworter der Verlegung des Marinehauptstabs sind der Staatsdumavorsitzende Boris Gryslow, dessen Initiative von der Oberbürgermeisterin von St. Petersburg, Walentina Matwijenko, unterstützt wird. Die Verlegung war inoffiziell im vergangenen Sommer von Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow angeordnet worden. Danach begannen sofort die Vorbereitungen. Bis zum 31. Dezember 2009 soll die erste Gruppe der 800 Admirale – an der Spitze der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine – und Offiziere nach St. Petersburg verlegt worden sein.

Die Argumente der Gegner der Verlegung sind durchdacht und die Kosten wohl begründet. Die Verlegung des Marinehauptstabes in die „nördliche Hauptstadt“ löst nicht die Hauptprobleme des zentralen Apparats des Verteidigungsministeriums, nämlich den Mangel an Wohnungen, weil das Mietpreisniveau in den beiden Städten vergleichbar ist, wenn auch in St. Petersburg vielleicht etwas niedriger als in Moskau. Der Mangel an Wohnraum ist der Grund dafür, warum für die Tätigkeit von Offizieren unteren und mittleren Ranges im Generalstab nur Offiziere genommen werden, die eine Wohnung in Moskau haben, was sich negativ auf die Qualität der Besetzung der vakanten Stellen auswirkt. Um das Wohnungsproblem zu lösen, wäre es logischer, den Marinehauptstab in die ländlichen Gebiete um Moskau zu verlegen.

Auf der Jahrestagung der Akademie für Militärwissenschaften erklärte Generalstabschef Jurij Balujewskij, dass der Umzug nach St. Petersburg nicht notwendig sei. Ein politischer Grund für den Protest der Admirale besteht darin, dass die drei oben genannten Befürworter des Umzugs nach St. Petersburg mit den Silowiki verbunden sind. Durch die Nominierung von Medwedew ist deren Position geschwächt.

Hinzu kommt, dass Serdjukow nach seinem Amtsantritt einen viel umfangreicheren Personalaustausch vornahm als damals Sergej Iwanow, als dieser Verteidigungsminister wurde. Die Nachfolger wurden in der Regel aus den Stellvertretern der bisherigen Amtsinhaber ausgewählt und konnten dann einen Karrieresprung von einem oder zwei Dienstgraden machen. Serdjukow wollte in den militärischen Führungspositionen keine Infiltration von außen und die Finanzströme in seinem Ministerium weiter kontrollieren.

Prognose: Serdjukow, der bis Februar 2007 den Föderalen Steuerdienst geleitet hatte, soll unauffällig das Finanzgebaren der anderen Ministerien prüfen und den Bericht Putin schicken.

Rückblick

Putin hatte Mitte vergangenen Jahres vor, aus der Politik auszusteigen und sich eine Wirtschaftsposition zu suchen, z.B. bei Nord-Stream. Der Kampf der Geheimdienste untereinander, der im vergangenen Herbst mit der Verhaftung führender Offiziere des einen durch den anderen eskalierte, veranlasste Putin, seine Meinung zu ändern und sich ein neues politisches Spitzenamt zu suchen. Er befürchtete, dass seine Nachfolgekandidaten – wenn er die Politik verliesse - nicht die allgemeine Akzeptanz finden, sondern bekämpft werden würden: Medwedew von den Silowiki, Sergej Iwanow von den Wirtschaftsliberalen und Wladimir Jakunin von den Öl-Oligarchen.

Ausblick

Neben dem Amt des Premiers käme für Putin auch die Leitung des nach dem Vorbild der chinesischen Zentralen Militärkommission aufgewerteten Sicherheitsrats in Frage. Wie Deng Xiaoping könnte Putin dann von dieser Position aus eine lange Zeit das gesamte Staatsgeschehen überwachen und nötigenfalls eingreifen.

Der Föderationsratsvorsitzende Sergej Mironow plädierte in einem Interview mit der Zeitung „Moskowskij komsomolez“ am 21. Januar dafür, dass Putin im Jahr 2012 in das Präsidentenamt zurückkehrt, dann allerdings mit einer Amtszeit von fünf oder sieben Jahren. Im Jahr 2026 könnte dann wieder Medwedew in den Kreml als Präsident einziehen.

Verantwortlich für den Inhalt: Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Impressum

Chefredaktion
Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Claudia Dressler
Steubstrasse 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448
cd@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service
Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,- inkl. MwSt.
12 Monate (48 Ausgaben) € 984,- inkl. MwSt.

Bei Bestellungen bis zum 31. März 2008 gewähren wir 10% Einführungsrabatt auf alle Ausgaben bis einschließlich 31.12.2008.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 28.01.-03.02.2008

Die letzte Woche war geprägt durch die Auftritte von Präsidentschaftskandidat Dmitrij Medwedew vor verschiedenen Zielgruppen, denn einen offenen Wahlkampf konnte er noch nicht führen, wenn er das Wahlgesetz nicht verletzen wollte. Offiziell begann der Wahlkampf am 2. Februar. Doch dieser Wahlkampf ist eigentlich ein virtueller Wahlkampf, denn Medwedew hat keine wirklichen politischen Gegner. Medwedew mit seinem ruhigen Wahlkampfstil redete vor der russischen Juristenvereinigung, dem Unternehmer- und Industriellenverband und führenden Gewerkschaftsfunktionären. Vor jedem Publikum sprach er deren Themen an und machte konkrete Vorschläge. Als Tenor zieht sich durch seine Reden die Klage darüber, dass Russland kein Rechtsstaat und seine Gesetzgebung ungenügend ist.

Das Problem Medwedews besteht darin, dass er sich nur sehr vorsichtig von Putins Kurs absetzen kann, denn er ist von Putin als sein Erbe eingesetzt worden. Vielleicht lässt sich daraus eine Ahnung darüber ableiten, ob und welche verdeckten oder gar offenen politischen Konflikte es ab Mai zwischen einem Präsidenten Medwedew und einem Premier Putin geben könnte.

In Russland erhebt immer mehr ein Wirtschaftsführer sein Haupt, der mit Putin Ende der 80er Jahre in Dresden zusammengearbeitet hat: Sergej Tschemesow. Er versucht mit Erfolg, immer mehr Schlüsselindustrien unter das Dach seiner staatlichen Holding zu bekommen: zuerst unter Rosoboroneksport, die allein das Recht zum Rüstungsexport hat, und jetzt unter Rostechologii, deren Aufgabe die Entwicklung, die Produktion und der Export von militärischer und ziviler Technologie ist. Sie ist die zweitgrößte Firma nach Gazprom. Doch Tschemesow hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch politische Ziele wie beispielsweise ein Spitzenamt in der im Mai zu bildenden neuen Regierung.

Der Konflikt zwischen dem Leiter des Ermittlungskomitees Aleksandr Bastrykin und Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka spitzte sich in der vergangenen Woche zu. Bastrykin kritisierte auf der nationalen Konferenz der Ermittlungsorgane die Vorschläge Tschajkas zur Änderung der Ermittlungsordnung in Kriminalfällen. Ähnliche Macht- und Richtungskämpfe finden innerhalb des Justizministeriums zwischen Justizminister Wladimir Ustinow und dem ihm formal unterstellten Leiter des Föderalen Dienstes der Gerichtsvollzieher Nikolaj Winnitschenko statt. Streitpunkte sind ihre Kompetenzen bei der Änderung von Gesetzen. Dabei geht es nicht um die Stärkung der Machtvertikale des Justizministeriums, sondern um die Vertretung der Interessen verschiedene Machtclans. Da Justizminister Ustinow nicht mehr der neuen Regierung angehören dürfte, kann eine gewisse Beruhigung des Konflikts erwartet werden.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Rede Dmitrij Medwedews auf der außerordentlichen Sitzung der „Vereinigung der Juristen Russlands“	Dmitrij Medwedew		In der zweiten Februarhälfte wird Medwedew sein Wahlprogramm einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen.

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Rede Medwedew auf dem nationalen Forum der Industriellen und Unternehmer	Dmitrij Medwedew		Medwedew wird sich weiterhin als Anhänger der Privatinitiative und als gemäßiger Gegner des Staatskapitalismus präsentieren
Teilnahme Medwedews an der Sitzung des Generalrats der „Föderation Unabhängiger Gewerkschaften Russlands“ (FNPR).	Dmitrij Medwedew		Medwedew empfiehlt sich weiterhin als Sozialreformer
Erklärung Medwedews auf der Sitzung des Sicherheitsrats über die notwendige Beseitigung von Doppelfunktionen im Bereich der Umweltkontrolle	Wladimir Kirillow, Oleg Mitwol	Konstantin Pulikowskij	In nächster Zukunft ist die Schaffung einer einzigen Umweltbehörde auf der Grundlage von Rospirod und Rostechndsor zu erwarten.
Medwedew lehnt sein Teilnahme an einem Fernsehstreitgespräch der Präsidentschaftskandidaten ab	Dmitrij Medwedew, Wladimir Shirinowskij	Gennadij Sjuganow	Wladimir Shirinowskij wird sich als der redigewandtere Kandidat präsentieren, was seine Popularität bei den Wählern steigern dürfte
Verlängerung des Einfrierens der Nahrungsmittelpreise	Aleksej Gordejew		Das Einfrieren der Preise dürfte ein Grund dafür sein, dass Landwirtschaftsminister Gordejew auch der neuen Regierung angehört
Rede von Aleksandr Bastrykin auf dem nationalen Forum der Ermittler	Aleksandr Bastrykin	Jurij Taschajka	Der Konflikt zwischen den beiden Behörden wird so lange andauern, so lange die jetzige Regierung besteht
Die Zentrale Wahlkommission verbietet eine Reihe von Zeitschriften der KPRF		Gennadij Sjuganow	Die Zentrale Wahlkommission wird der KPRF Zugeständnisse machen und das Verbot lockern
Die „Jabloko“-Spitze sagt die Durchführung der ersten Etappe des Parteitags im Februar ab	Grigorij Jawlinskij	Michail Amossow, Ilja Jaschin	Die Parteiführung versucht in den kommenden Monaten, „Jabloko“ von illoyalen Elementen zu säubern
Diskussion des Gesetzesprojekts über die Regulierung des Internets	Sergej Mironow		Das Gesetzesprojekt wird abgelehnt oder entscheidend geändert werden
Das Regionalparlament des Gebiets Tschita bestätigte den Gouverneur des Gebiets, Rail Geniatulin, als Gouverneur des neuen Gebiets Transbaikal, das zum 1. März aus der Vereinigung des Gebietes Tschita und des Nationalen Bezirks der Aginer Burjaten entstehen wird	Rawil Geniatulin		Die Verringerung der Anzahl der Föderationssubjekte durch die Vereinigung der Nationalen Bezirke mit denjenigen Gebieten, auf deren Territorien sie liegen, wird andauern.
Das Regionalparlament von Magadan bestätigte einstimmig für die nächsten fünf Jahre den Gouverneur des Gebiets, Nikolaj Dudow	Nikolaj Dudow		Die Regionalparlamente dürften weiterhin diejenigen Personen als Gouverneure im Amt bestätigen oder wählen, die der Präsident ihnen vorschlägt.

Medwedews Wahlkampf

In seiner Rede vor dem außerordentlichen Kongress der „Vereinigung der Juristen Russlands“ drückte der Jurist Dmitrij Medwedew am 29. Januar seine Achtung vor der Verfassung aus und forderte eine Reform der Prozeduren, die vor der Eröffnung eines Gerichtsverfahrens liegen. Er beklagte das Fehlen von juristischen Normen, die zum sparsamen Umgang mit den Naturressourcen, mit Energie, mit der Umwelt anhalten. Ferner kritisierte er, dass die Gesetzgebung bezüglich der Kleinunternehmer nur deklamatorischen Charakter habe und nicht oder nur wenig zur Verbesserung des Unternehmerklimas im Russland beigetragen und den Kleinunternehmern nicht geholfen habe. Außerdem leide die russische Gesetzgebung unter ihrer fehlenden Homogenität. Gemeint ist nicht nur die Nicht-Übereinstimmung der neuen mit der alten Gesetzgebung, sondern in einem bedeutenden Teil die Inhomogenität des erst vor kurzem verabschiedeten normativen Materials selbst.

Medwedew möchte einen eigenen Fernsehkanal, der sich Rechtsfragen widmet. Er soll „Gesetz-TV“ heißen und über den Kanal NTV laufen, der zur Mediengesellschaft Gazprom-Media von Gazprom gehört. Dieser erste Rechtskanal soll der Rechtsaufklärung dienen und für alle Bürger Russlands interessant sein.

Vor den Spitzengewerkschaftern forderte Medwedew ebenfalls am 29. Januar die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Deshalb sei es notwendig, demnächst neue Entlohnungssysteme einzuführen, den Beschäftigungsgrad zu erhöhen, die Arbeitsmigration zu regulieren und die Arbeitsbedingungen qualitativ zu verbessern. Es ist erforderlich, das Durchschnittsniveau der Sozialhilfe auf das Niveau des Existenzminimums zu erhöhen. Medwedew plant, in den nächsten Jahren die Renten zu verdoppeln. Außerdem sollen die Gehälter erhöht werden.

Am 30. Januar sprach Medwedew auf der Sitzung des Sicherheitsrats. Normalerweise wird nicht berichtet, welche Reden dort gehalten werden. Er forderte die Schaffung einer einzigen Behörde, die für alle Umweltfragen zuständig ist und die Beendigung von Doppelarbeit verschiedener Behörden auf diesem Gebiet.

Und am 30. Januar begleitete Medwedew Putin zum letzten Treffen des amtierenden Präsidenten mit dem FSB. Putin betonte, dass Russland als souveräner Staat es nicht erlauben werde, wenn von außen versucht würde, sich bei der Präsidentenwahl in die inneren Angelegenheiten Russlands einzumischen.

Auf dem Forum der russischen Industriellen und Unternehmer am 31. Januar in Krasnojarsk forderte Medwedew die Unternehmer auf, dem Beispiel Chinas zu folgen und weltweit Firmen einzukaufen, was die Wirtschaft und die technologische Entwicklung Russlands fördern würde. Der Kreml könne beim Suchen solcher Firmen behilflich sein.

Das Problem Medwedews im Wahlkampf besteht darin, dass er zwar auf der einen Seite etwas andere Akzente als Putin setzen möchte, sich aber auf der anderen Seite nicht von Putins politischem Kurs zu deutlich distanzieren darf. Laut Umfragen von Ende Januar durch das Moskauer Meinungsforschungsinstitut VZIOM wird Medwedew am 2. März 75 % der Stimmen bekommen, Sjuganow 13 %, Shirinowskinj 12 % und Bogdanow 1 %. Die Menschen erwarten von Medwedew eine starke wirtschaftliche Entwicklung, ein besseres Leben und die Rückkehr zur Sozialpolitik.

Die Absage der Teilnahme Medwedews an der Fernsehdebatte der Präsidentschaftskandidaten dürfte dazu führen, dass Shirinowskij diese Debatte rhetorisch beherrscht, was ihm einige Wählerstimmen bringen könnte. Die Absage Medwedews hat den Status von Sjuganow in der Präsidentschaftswahlkampagne gemindert.

Prognose: Nach dem offiziellen Beginn des Wahlkampfs am 2. Februar wird Medwedew die Berichterstattung in den Massenmedien dominieren. Nach der Präsidentschaftswahl am 2. März wird Putin wieder die Schlagzeilen beherrschen.

Einflusszuwachs von Sergej Tschemesow

Sergej Tschemesow war Generaldirektor der 2004 von Putin geschaffenen Staatsfirma Rosoboroneksport, die das Monopol für den Rüstungsexport hat. Vorher hatten verschiedene große Werke, z. B. Flugzeugwerke, das Recht, selbständig ihre Waffensysteme auf dem Weltmarkt anzubieten. Diese dürfen heute ausländischen Firmen nur noch Ersatzteile und Wartungsdienste anbieten. Zu Rosoboroneksport gehören alle Segmente der Schwerindustrie wie die Automobilindustrie (nach der Übernahme der Kontrolle von AvtoVAZ), die Titan-Industrie (VSPMO-Avisma als strategischer Zulieferer für Airbus und Boeing), Spezialfirmen (Russpezstal) und Motorenwerke (Offene AG „Saturn“).

Tschemesow war von 1983 bis 1988 Vertreter der russischen Firma „Lutsch“ in Dresden. In dieser Zeit lernte er in Dresden Putin kennen und arbeitete mit ihm dort zusammen.

Tschemesow machte Rosoboroneksport zur zweitgrößten russischen Firma nach Gazprom. Nach der wirtschaftlichen Expansion ist Tschemesow nun an Publicity interessiert. Am 2. Dezember 2006 lies er sich in das Büro des Höchsten Rats von „Einiges Russland“ wählen, dem Führungsorgan der Machtpartei, und im April 2007 wurde er Vorsitzender der kürzlich gebildeten „Union der Maschinenbauer Russlands“. Inzwischen baut Tschemesow regionale Vereinigungen dieser Organisation auf, die eines Tages nicht nur wirtschaftlichen Zwecken dienen dürften, sondern der Unterfütterung politischer Ambitionen z.B. auf das Präsidentenamt. Eine ähnliche Rolle spielen für Wladimir Jakunin die Russischen Eisenbahnen, deren Vorstandsvorsitzender er ist. Doch realistischerweise kann Tschemesow nach dem 2. März nur das Amt eines für die Industrie zuständigen Vizepremiers anstreben.

Tschemesow soll Putin nahegelegt haben, im vergangenen Herbst die Regierung Fradkow zu entlassen. Der Kaderchef Putins in der Präsidentschaftsadministration, Wiktor Iwanow, befürchtete, dass der wirtschaftliche Expansionsdrang Tschemesows eines Tages auch die Diamantenfirma Almaz-Antei erfassen könnte, deren Aufsichtsratsvorsitzender Iwanow ist. Iwanow versuchte Fradkow zu stützen, der sich kurz vor seiner Entlassung gegen die Bildung der Staatsholding Rostechologii ausgesprochen hatte.

Gleich nach der Entlassung von Fradkow brachte Putin das Gesetz über die Bildung der staatlichen Holding Rostechologii in die Staatsduma ein. Das Gesetz wurde sofort verabschiedet. Generaldirektor von Rostechologii wurde Tschemesow. Seinen bisherigen Posten als Generaldirektor von Rosoboroneksport gab er an seinen Stellvertreter Anatolij Isajkin ab.

Putin machte überraschenderweise Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow zum Aufsichtsratsvorsitzenden von Rostechologii. Das war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Tschemesow und Premier Subkow. Anfang Oktober 2007 hatte Tschemesow an Subkow einen Brief geschrieben, in dem er vorschlug, Rosoboroneksport anstelle der in Schwierigkeiten geratenen Agentur für Waffenlieferungen das Recht zu geben, für die russische Armee Waffen zu kaufen. Subkow empfahl Tschemesow einen Kompromiss: Tschemesow überlässt Serdjukow, dem Schwiegersohn von Subkow, seinen Posten als Generaldirektor von Rostechologii und wird dafür Verteidigungsminister. Da Tschemesow das „Angebot“ von Subkow nicht rundweg ablehnen konnte, stimmte er zu, dass Serdjukow Aufsichtsratsvorsitzender von Rostechologii wird.

In letzter Zeit versucht Tschemsow, die Firma für Sicherheitstechnologie FGUP NTC Atlas, die für das Einheitliche Staatliche Automatisierte Informationssystem (EGAIS) zuständig ist, in Rostechologii einzufügen. Außerdem streckt Tschemesow seine Fühler nach der staatlichen Firma Technopromeksport aus. Diese baut Kraftwerke und ist mit der Föderalen Atomagentur (Rosatom) verbunden. Tschemsow interessiert sich für alle Schlüsselindustrien, unabhängig davon, ob sie zu seinen anfänglichen Interessen passen.

Prognose: Tschemesow wird versuchen, bis Mai 2008 weitere Schlüsselindustrien unter seine Kontrolle zu bekommen.

Auflösung des Stabilisierungsfonds

Am 1. Februar wurde der Stabilisierungsfonds aufgelöst, der Anfang 2004 von Finanzminister Aleksej Kudrin, dem damaligen Wirtschafts- und Handelsminister German Gref und dem ehemaligen Wirtschaftsberater des Präsidenten, der später bei Putin in Ungnade fiel, Andrej Illarionow geschaffen worden war. In diesen Fonds flossen die Zölle aus dem Erdöllexport und die Steuern auf die Erdölförderung, solange der Erdölpreis einen festgelegten Schwellenwert überstieg. Seit 2006 beträgt dieser Schwellenwert 27 \$ pro Barrel Erdöl der Sorte Ural. Im Jahr 2007 befanden sich in diesem Fonds 130 Mrd. \$, obwohl ihm insgesamt 23 Mrd. \$ entnommen worden waren: 3 Mrd. \$ zur Zurückzahlung von Schulden an den Internationalen Währungsfonds, 15 Mrd. \$ zur Schuldentilgung beim Pariser Club, 4 Mrd. \$ zur Zahlung an die Außenhandelsbank und 1 Mrd. \$ zur Zahlung an den staatlichen Pensionsfonds. In diesem Jahr erhält der Stabilisierungsfonds eine zweite Einnahmequelle, die Einnahmen aus der Besteuerung des Gasexports, weswegen er in „Erdöl- und Erdgasfonds“ umbenannt wird.

Nun wird der „Erdöl- und Erdgasfonds“ in einen Reservefonds und in einen Nationalen Wohlfahrtsfonds aufgeteilt. Der Reservefonds wird einen Umfang von 10 % des BIP von 2006 haben und dürfte im Jahr 2008 ein Volumen 125 Mrd. \$ erreichen. Der Nationale Wohlfahrtsfonds dürfte sich in diesem Jahr 32 Mrd. \$ umfassen. Der Reservefonds soll - statt wie bisher der Stabilisierungsfonds - die finanzielle Stabilität des russischen Staatsbudgets im unwahrscheinlichen Fall eines rapiden Absinkens des Ölpreises gewährleisten und ist in ausländischen Staatsobligationen angelegt. Der Nationale Wohlfahrtsfonds soll nationale Projekte finanzieren wie Straßenbau, Bildung, Forschung, alternative Energie, Nanotechnologie u.ä. Der Föderationsratsvorsitzende Sergej Mironow schlug vor wenigen Tagen vor, die Fondsmittel für den Bau von neuen U-Bahnlinien in Regionalstädten auszugeben.

Prognose: Es wird ein Kampf um die Verteilung der Mittel des Nationalen Wohlfahrtsfonds entbrennen. Der konkrete Einsatz der Mittel dürfte vorsichtig erfolgen, um die Inflation nicht anzuzukochen.

Personalien

In der neuen Staatsduma erhielten die zehn Mitglieder der Parlamentsführung – sieben von „Einiges Russland“ (ER) und je einer von der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ (KPRD), der „Liberal-demokratischen Partei Russlands“ (LDPR) und „Gerechtes Russland“ (GR) - verschiedene Zuständigkeitsbereiche. Der Staatsdumavorsitzende *Boris Gryslow*, der zugleich ER-Vorsitzender und Chef der ER-Fraktion ist, hat die Leitung des gesamten Parlaments und seines Apparats inne. Zugleich unterstellte er sich die Komitees (Ausschüsse) für Verteidigung, für Sicherheit, für internationale Beziehungen, für Wissenschaft und Technologie sowie für Mandats- und ethische Fragen.

Der einzige Erste Stellvertretende Vorsitzende *Oleg Morosow* (ER) ist verantwortlich für die Planung der gesetzgeberischen Tätigkeit. Er muss deshalb die Verbindung zur

Präsidialadministration, zur Regierung, zum Föderationsrat und zu den regionalen Gesetzgebungsorganen halten. Seiner unmittelbaren Kontrolle unterstehen die Komitees für Budget und Steuern sowie für den Finanzmarkt. Außerdem ist er für den Föderalen Bezirk Wolga zuständig. Auf der internationaler Ebene ist er der Kontaktmann der Staatsduma zur PACE (Parlamentarische Versammlung des Europarats) und dem Europäischen Parlament sowie zu den Parlamenten einiger europäischer Länder sowie des Iran.

Die bisherige Erste Stellvertretende Vorsitzende und jetzt nur noch einfache Stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma, *Ljubow Sliska* (ER), hat mit dem Föderationsrat und dem Verfassungsgericht zusammenzuarbeiten. In ihren Verantwortungsbereich gehört ferner der Föderale Bezirk Nord-West. Doch das ist mehr eine Ehrenverantwortlichkeit, denn die Oberbürgermeisterin von St. Petersburg, Walentina Matwijenjko, regelt alle anstehenden Fragen direkt mit Putin. Ferner hat Sliska die Aufsicht über die Komitees für Eigentum, für die GUS, für die gesellschaftlichen Vereinigungen und für Nationalitätenfragen.

Die Kontakte zu den anderen obersten Gerichten und zur Generalstaatsanwaltschaft sowie zur Akademie der Wissenschaften obliegen *Wjatscheslaw Wolodin* (ER). Er ist zugleich Mitglied der Kommission beim Präsidenten für die Berufung der Bundesrichter. Zugeordnet sind ihm die Komitees für Verfassungsgesetzgebung und für die übrige Gesetzgebung. Er gehört als Sekretär des Präsidiums des Generalrats zu den Spitzenfunktionären von ER und ist zugleich Erster Stellvertretender ER-Fraktionsvorsitzender.

Jurij Wolkow (ER) hält die Verbindung zur Geschäftsführenden Verwaltung des Präsidenten, zum Föderalen Schutzdienst und anderen staatlichen Organen, die für die Gewährleistung der Tätigkeit der Staatsduma zuständig sind. In seinen Zuständigkeitsbereich gehören der Zentrale Föderale Bezirk und sechs nicht ganz so wichtige Komitees wie beispielsweise für Wirtschaftspolitik und für Naturressourcen.

Der Gazprom-Lobbyist an der Spitze der Staatsduma ist ihr Stellvertretender Vorsitzender *Walerij Jasew* (ER). Er hält die Verbindung zur Präsidialadministration und ist sozusagen der politische Vizesprecher des Parlaments. Ferner ist er zuständig für die Föderalen Bezirke Ural und Fernost sowie für die Komitees für Industrie, für Energetik, für Transport und für Informationspolitik. Außerdem muss er die Kontakte zu den Silowiki halten, vor allem zum Verteidigungsministerium und zum Zivilschutzministerium.

Vom Zivilschutzministerium stammt auch dessen ehemalige Stellvertretende Leiterin *Nadeshda Gerassimowa* (ER). Zu ihrem Kontaktbereich gehören der Föderale Bezirk Sibirien, die internationalen Finanzorganisationen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und die OECD sowie die Komitees für Arbeit und Sozialpolitik und für Agrarfragen.

Swetlana Shurowa (ER) obliegen die Komitees für Bildung, für Sport und für Jugendfragen. Ferner ist sie für die Verbindungen zu einer Reihe von Ländern/Ländergruppen wie USA, Südamerika, Australien und Neuseeland, Griechenland, Mongolei und Georgien zuständig.

Die drei übrigen Stellvertretenden Vorsitzenden, die nicht der Machtpartei angehören, erhielten weniger Zuständigkeiten. *Wladimir Shirinowskij* (LDPR) hat sich um die Fragen der internationalen humanitären Zusammenarbeit zu kümmern sowie um die Parlamente einer Reihe nah- und mittelöstlicher Staaten, darunter Israels und Palästinas, aber auch Zyperns und Maltas. *Iwan Melnikow* (KPRF) soll sich – neben Jasew – um den Föderalen Bezirk Fernost kümmern und *Aleksandr Babakow* (GR) –

neben Morosow – um den Föderalen Bezirk Wolga. Er muss zudem Verbindung zum Bevollmächtigten für Menschenrechte der Russischen Föderation halten.

Rückblick

Es fiel im vergangenen Jahr auf, dass sich die russische Westpolitik verschärfte. Diese Entwicklung wurde durch die Rede Putins auf der Münchner Sicherheitskonferenz am 10. Februar eingeleitet. Am 15. Februar 2007 ernannte er Sergej Iwanow zum Ersten Stellvertretenden Regierungschef und entband ihn vom Amt des Verteidigungsministers. Durch diese Beförderung erhielt Sergej Iwanow denselben Rang wie Dmitrij Medwedew. Die Töne gegenüber den USA und dem Westen insgesamt wurden bis Mitte des vergangenen Jahres immer schriller. Daraus kann geschlossen werden, dass offensichtlich ursprünglich Iwanow als Puntin-Nachfolger vorgesehen war und nicht Medwedew, der ab Mitte vergangenen Jahres selbst schon nicht mehr damit rechnete, vom Putin für das Amt des Präsidenten vorgeschlagen zu werden.

Ausblick

Wenn Dmitrij Medwedew zum Präsidenten gewählt ist, muss er seinen Aufsichtsratsvorsitz bei Gazprom abgeben. Nachfolger in dieser Funktion könnte der jetzige Premier Wiktor Subkow werden. Da die Regierung nicht an die Legislaturperiode der Staatsduma, sondern an die Amtszeit des Präsidenten gebunden ist, legt sie vor dem neu gewählten Präsidenten ihre Vollmachten nieder. Da für das Amt des Regierungschefs von Präsident Medwedew Putin vorgesehen wurde, muss für Subkow eine neue Funktion gefunden werden, und diese könnte der Aufsichtsratsvorsitz bei Gazprom sein. Für den Vorsitz des zehn Mitglieder umfassenden Aufsichtsrats wurden 19 Kandidaten nominiert. Subkow wäre insofern eine gute Wahl, da er kaum Verbindungen zur Wirtschaft besitzt und Putin gegenüber loyal ist. Das ist wichtig in dieser Funktion, denn wenn es ein Thema gibt, das Putin wirklich persönlich interessiert, dann ist es Gas und Öl - in dieser Reihenfolge. Deshalb wurde auch spekuliert, ob nicht Putin selbst den Vorsitz in Personalunion mit seinem Amt als Regierungschef, was nicht verboten wäre, übernimmt.

Auf der Kandidatenliste steht ferner der Name von Elwira Nabiullina, der Ministerin für Wirtschaft und Handel. Ihr Ministerium soll in der neuen Regierung nicht mehr vertreten sein. Putin will als Regierungschef selbst die Außenwirtschaft übernehmen, um auch so international präsent sein zu können. Die übrigen Funktionen des Ministeriums sollen der Finanzminister Aleksej Kudrin und der Regionalentwicklungsminister Dmitrij Kosak erhalten. Weitere Namen auf der Kandidatenliste sind Andrej Dementew, Stellvertretender Minister für Industrie und Energie, und Jewgenij Jasin, Rektor der staatlichen Hochschule für Ökonomie in Moskau. Am 27. Juni werden die Aktionäre über ihren Vorsitz entscheiden.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Impressum

Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse

Claudia Dressler
Steubstrasse 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448

cd@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service

Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com

Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.

Versand via e-mail.

Erhältlich vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.

3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.

6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.

12 Monate (48 Ausgaben) € 984,-- inkl. MwSt.

Bei Bestellungen bis zum 31. März 2008 gewähren wir 10% Einführungsrabatt auf alle Ausgaben bis einschließlich 31.12.2008.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber

Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 04.02.-10.02.2008

Das wichtigste politische Ereignis der vergangenen Woche war die Rede Putins vor dem Staatsrat über die Entwicklungsstrategie Russlands für die nächsten zwölf Jahre bis zum Jahr 2020. In dieser Rede machte Putin einige Zielvorgaben, eine Strategie im eigentlichen Sinne legte er nicht dar. Allerdings hielt eine der liberalsten Reden der letzten Zeit, wenn auch konservativer Prägung. Offensichtlich passt er sich schon etwas an Medwedew an und will möglichst keine Divergenzen zum ihm sichtbar werden lassen.

Es ist aber praktisch schon psychologisch unmöglich, dass es zwischen beiden keine Unterschiede gibt. Der eine mit einer schweren Kindheit, der Anerkennung im KGB suchte, wo er strenge Selbstkontrolle – das ganze Gegenteil zu Jelzin - lernte, die er als Präsident nur einige wenige Male in seinen Äußerungen vergaß. Der andere in der wohlhabenden Elitefamilie eines Professors aufgewachsen - ohne Komplexe. Es spricht für Putin, dass er sich für Medwedew als seinen Nachfolger entschieden hat. Medwedew tritt zum einen als Erbe und – im neuen Gespann – als der Partner Putins auf, zweitens als der moderne Manager, drittens als Sozialreformer und viertens – immer gemessen an den russischen Verhältnissen - als Wirtschaftsliberaler.

Die Russen erwarten von ihrem neuen Präsidenten laut einer Ende Januar vom Moskauer Lawada-Zentrum durchgeführten Umfrage primär, dass er Russland wieder zu einer großen respektierten Macht verhilft (51%), gefolgt vom Wunsch nach Stärkung von Gesetz und Ordnung (45 %) und der Garantie einer ehrlichen Einkommensverteilung in Interesse der einfachen Leute (41 %). Der neue Präsident soll vor allem Verstand und Intellekt haben (67 %), an zweiter Stelle ehrlich und anständig sein (60 %) und drittens über politische Erfahrung verfügen (55 %). Nach einer anderen Umfrage des Moskauer Meinungsforschungsinstituts VCIOM fällt bei Medwedew bei einer Skala von 0 („gar nicht“) bis 10 („hundertprozentig“) am meisten dessen Jugend auf (7,23), dann dessen Aktivität (6,87), obwohl ihm diese Eigenschaft Experten gerade nicht nachsagen, und schließlich dessen Zielstrebigkeit (6,84).

Nach seiner Wahl wird der Präsident eine neue Regierung berufen. Einige neue Konstellationen bei den Ministerien, die direkt dem Präsidenten unterstehen, bei den Wirtschafts- und Finanzressorts sowie im Sozialbereich kündigen sich an. Ein Wechsel in der Leitung des Justizministeriums ist zu erwarten, vielleicht auch des Außenministeriums. Verschiedene Geheimdienste und Rechtsschutzorgane könnten zu einer Art russischem FBI zusammengelegt werden. Auch bei nachgeordneten wichtigen föderalen Aufsichtsbehörden sind strukturelle Veränderungen zu erwarten. Dazu gehört der Plan, eine nationale Umweltagentur zu schaffen. Diese könnte von verschiedenen Lobbygruppen dazu benutzt werden, bei Ausschreibungen unter Berufung auf Umweltauflagen bestimmte ausländische Anbieter von Russland als Konkurrenten fernzuhalten.

Der frühere Jukos-Vizepräsident Wassilij Aleksanjan wurde vom Gefängnis in eine Moskauer zivile Spezialklinik verlegt, damit seine Krankheiten Aids, eine Lymphkrankheit und eine mögliche Tuberkulose behandelt werden können. Michail Chodorkowskij war vorher in einen Hungerstreik getreten, um so auf die Behörden Druck auszuüben, ihre Verweigerung der medizinischen Hilfe für Aleksjan aufzugeben. Aleksanjan war nicht behandelt worden, weil die Behörden ihn auf diese Weise zwingen wollten, gegen Chodorkowskij auszusagen. Chodorkowskij beschuldigte Setschin, Urheber dieses Plans gewesen zu sein. Vielleicht ist diese neue Entwicklung ein kleines Anzeichen dafür, dass sich das Verhältnis des Kreml zu Chodorkowskij unter einem neuen Präsidenten ganz langsam verbessert, denn es ist nicht durch

persönliche Momente belastet wie bei Putin. Der Fall Chodorkowskij/Jukos, der von Anfang an von Setschin ausging, mit dem Medwedew seit Jahren in einem Konfliktverhältnis steht, belastet das Image von Medwedew. Eine endgültige Lösung des Falls wird aber nur möglich sein, wenn die Personen, die für ihn verantwortlich sind, keine wichtigen politischen Ämter mehr innehaben.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Putin stellt vor dem Staatsrat die Entwicklungsstrategie Russlands bis zum Jahr 2020 vor			Interessant wird der Vergleich dieser Rede mit der Rede Medwedews in Krasnojarsk in dieser Woche sein
Putin spricht auf der erweiterten Sitzung des Kollegiums des Innenministeriums	Dmitrij Medwedew	Igor Setschin	Das Thema Korruption dient als Hebel für die Kaderrotation
Militärstaatsanwalt Sergej Fridinskij, der zugleich Stellvertretender Generalstaatsanwalt ist, kündigt die Bildung einer Sonderabteilung zur Bekämpfung der Korruption in der Armee im Rahmen der Militärstaatsanwaltschaft an	Wladimir Putin, Dmitrij Medwedew		Die Bekämpfung der Korruption in der Armee kann ebenfalls als Vorwand für das Auswechseln von Offizieren benutzt werden
Einbringung der gesetzlichen Änderungen beim Ermittlungsverfahren in die Staatsduma	Alexander Bastrykin, der Silowiki-Flügel der Präsidentialadministration	Jurij Tschajka	Bis zum Mai 2008 werden diese Änderungen von der Staatsduma nicht verabschiedet werden
Bestätigung der Kandidatur von Wiktor Subkow und Elwira Nabiullina für den Aufsichtsrat von Gazprom	Wiktor Subkow, Elwira Nabiullina		Diese Aufsichtsratsposten sind ein Ausgleich für ihr zu erwartendes Ausscheiden aus der Regierung
Bildung eines Experten- und Konsultativrats bei der Staatsduma-Fraktion „Einiges Russland“	Boris Gyslow, Wladimir Pechtin		Diese neue Struktur verstärkt die Kontrolle der Fraktion durch den Fraktionsvorsitzenden Boris Gyslow
Unterzeichnung einer Vereinbarung zwischen über Zusammenarbeit im Bereich der ökologischen Kontrolle zwischen dem „Föderalen Dienst für ökologische, technische und Atomaufsicht“ (Rostechnadzor) und dem „Russischen Verband der Industriellen und Unternehmer“	Konstantin Pulikowskij (Chef von Rostechnadzor)		Diese Vereinbarung gibt Pulikowskij die Möglichkeit, die Gründung eines einheitlichen staatlichen Organs für die ökologische Kontrolle zu blockieren
Fehlen des Generalstabschefs Jurij Balujewskij auf der Liste der Kandidaten für Aufsichtsratsposten in einer Reihe von Rüstungsunternehmen	Anatolij Serdjukow	Jurij Balujewskij	Die Entlassung von Balujewskij wird nicht vor Frühjahr kommenden Jahres erfolgen

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Bestätigung der Ablehnung der Registrierung von Michail Kassjanow durch die Zentrale Wahlkommission als Präsidentschaftskandidat durch das Oberste Gericht	Michail Kassjanow		Kassjanow wird fortfahren, die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission den internationalen gerichtlichen Instanzen vorzutragen
Veröffentlichung darüber, dass Sergej Tschemesow Putin gebeten hat, „Rostechologii“ staatliche Aktienpakete an Fluggesellschaften zu überschreiben	Sergej Tschemesow	Wiktor Iwanow	Die mögliche Attacke von Tschemesow auf „Aeroflot“ (Aufsichtsratsvorsitzender ist Wiktor Iwanow) wird abgewehrt

Putins Rede vor dem Staatsrat

Am 8. Februar legte Putin vor dem Staatsrat die „Entwicklungsstrategie Russlands bis zum Jahr 2020“ dar. Der Staatsrat war am 1. September 2000 von Putin per Erlass gebildet worden, dem neben dem russischen Präsidenten als Vorsitzenden alle Präsidenten und Gouverneure der Föderationssubjekte von Amts wegen angehören. Er stellt für die Gouverneure Ersatz für den von ihnen von Putin 2000 abverlangten Verzicht auf ihren Sitz im Föderationsrat dar, doch er wiegt die Entmachtung des Föderationsrats bei weitem nicht auf. Der Staatsrat gibt dem Präsidenten und Gouverneuren die Möglichkeit, sich mindestens einmal im Vierteljahr in Moskau zu Beratungen zu treffen. Der Staatsrat soll zur "Realisierung der Vollmachten des Staatsoberhauptes zu Fragen des koordinierten Funktionierens und des Zusammenwirkens der Staatsorgane" beitragen. Da der Staatsrat nur beratende Funktion hat, war eine Änderung der Verfassung, die das neue Organ nicht kennt, nicht erforderlich.

Vorsitzender des Staatsrats ist der Präsident, der ein halbjährlich rotierendes siebenköpfiges Präsidium als operatives Arbeitsorgan beruft, das mindestens einmal im Monat zusammentritt. Zurzeit gehören ihm die Oberhäupter der Republiken Tywa (Scholban Kara-ool als Vorsitzender der Regierung) und Nordossetien-Alanija (Tajmuras Mamsurow) sowie die Gouverneure der Gebiete Samara (Wladimir Artajow), Twer (Dmitrij Selenin), Nowgorod (Sergej Mitin), Tscheljabinsk (Peter Sumin) und Sachalin (Alexander Choroschawin) an. Der Staatsrat hat ein Sekretariat, das vom Stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration geleitet wird.

Im Vordergrund der Staatsratsagenda steht das Verhältnis der Zentralregierung zu den Regionen. Ferner kann der Staatsrat über Gesetzes- und Erlassprojekte des Präsidenten, über den föderalen Haushalt, über Fragen der Personalpolitik und über weitere wichtige Fragen von allgemeinstaatlicher Bedeutung beraten.

Da Putin wegen des Auslaufens seiner Amtszeit nicht mehr seinen jährlichen Bericht zur Lage der Nationen den beiden Parlamentskammern vortragen konnte, hatte seine 50-minütige Rede am vergangenen Freitag praktisch diese Funktion. Da es zugleich die letzte derartige Rede Putins als Präsident war, blickte er auf seine achtjährige Präsidentschaft zurück. Das Land, das er übernahm – so Putin –war ein „Flickenteppich“ und stand kurz vor dem Auseinanderfallen. Die Armee war „faktisch demoralisiert und kampfunfähig“. Die staatliche Macht war wenig effektiv. Wesentliche Teile der Wirtschaft waren in Oligarchenhand oder offen unter der Kontrolle krimineller Strukturen. Russland war finanziell praktisch vollkommen von ausländischen Krediten abhängig. Die Inflationsrate betrug 1999 36,5 %. In den Betrieben waren die Lohnrückstände für zwei Jahre aufgelaufen.

Vor diesem Hintergrund stricht Putin seine politischen und wirtschaftlichen Erfolge heraus, durch die nicht nur die oben skizzierten negativen Prozesse aufgehalten wurden, sondern positive Entwicklungen eingeleitet wurden. Die Stärkung der Zentrale

auf Kosten der Regionen und der vertikalen Demokratie, konnte durch entsprechenden Einsatz der staatlichen Macht erreicht werden. Aber die hohen Wirtschaftswachstumsraten, die Haushaltsüberschüsse und der Abbau der Auslandsschulden war nur möglich aufgrund des rapide angestiegenen Öl- und des damit verbundenen Gaspreises, den der Kreml nicht planen konnte.

Putin forderte für Russland den Übergang von der extensiven zur intensiven Entwicklung und betonte die Notwendigkeit der Entwicklung des „human capital“. Russland soll den Weg der „qualitativen Entwicklung“ seiner Wirtschaft und der sozialen Sphäre beschreiten. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik sollen folgende drei Schlüsselprobleme lösen: erstens die Schaffung gleicher Möglichkeiten für die Menschen, zweitens die Motivierung zu innovativem Verhalten und die radikale Steigerung der Effektivität der Wirtschaft, besonders durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Russland soll eines Tages zu den technologisch führenden Ländern der Welt gehören.

Zu den „unbedingten Prioritäten“ gehört die „Formierung des modernen, weltbesten Energiesektors, die Schaffung hochtechnologischer Raffinerien“. Der übermäßige Druck des Staates soll von der Wirtschaft genommen werden. Inzwischen erkannte Putin, dass eines der Hauptprobleme Russlands die übermäßige Zentralisierung ist. Wenn der Kreml bisher immer mehr Kompetenzen an sich gerissen hat, kommt eines Tages der Punkt, an dem er sie nicht mehr alle wahrnehmen kann und sich diese Zentralisierung negativ auswirkt.

Das Privatkapital soll stärker vom staatlichen Sektor herangezogen werden, sei es für industrielle oder soziale Aufgaben. Die Formierung einer unabhängigen und hocheffektiven Justiz als notwendiger Garant für den Schutz der Unternehmen vor der Willkür der Beamten soll fortgesetzt werden, man könnte hinzufügen auch vor der politischen Willkür des Kreml, wenn an den Fall Chodorkowskij gedacht wird.

Schon in den nächsten Jahren soll eine neue Etappe der Regionalpolitik eingeleitet werden, die nicht nur auf die formale, sondern tatsächliche Gleichberechtigung der Föderationssubjekte ausgerichtet ist. Jede Region soll über die „notwendigen und ausreichenden Ressourcen zur Gewährleistung würdiger Lebensbedingungen der Bürger, der Entwicklung und der Diversifizierung der Wirtschaft der Territorien“ verfügen.

Putin machte für die kommenden 12 Jahre einige Zielvorgaben. Doch diese rechtfertigen nicht die Bezeichnung einer Strategie, denn diese hätte ausführlicher ausfallen dürfen, vor allem unter Darlegung der Mittel und Methoden, mit denen diese strategischen Ziele erreicht werden können. In seiner Rede machte Putin auch keinerlei Aussagen über seine mögliche zukünftige Funktion als Premierminister.

Prognose: In dieser Woche wird Medwedew in Krasnojarsk auftreten. Interessant wird sein, in welchem Maß seine Rede auf die Vorgaben Putins eingeht. Daraus kann vielleicht abgeleitet werden, inwieweit sich ab Mai vielleicht zwei politischen Zentren herausbilden könnten.

Mögliche Konfiguration in der nächsten Regierung

Veränderungen in der Konfiguration der neuen Regierung sind in folgenden Schlüsselbereichen vorstellbar: im *sozialen*, im *ökonomisch-finanziellen* sowie im *direkt dem Präsidenten unterstehenden Machtbereich*. Im Bereich dieser dem Präsidenten zugeordneten Ministerien wurde bereits im vergangenen September Anatolij Serdjukow als neuer Verteidigungsminister eingesetzt, so dass nicht mit einem Wechsel zu rechnen ist. Allerdings steht die Reform des Ermittlungswesens an. Ein entsprechendes Gesetz wird im Föderationsrat vorbereitet. In der Diskussion ist nach wie vor die Schaffung eines – ähnlich dem FBI - Föderalen Nachforschungsdienstes, in

den dann das Ermittlungskomitee bei der Generalstaatsanwaltschaft, der FSB, das Innenministerium und das Staatskomitee für Drogenkontrolle eingehen würden.

Es kann sein, dass Medwedew auch einen neuen Außenminister ernennt, denn der Präsident bestimmt laut Verfassung nicht nur die Hauptrichtungen der Innen- und Außenpolitik (Art.80), sondern leitet auch die Außenpolitik (Art. 86). Zudem untersteht der Außenminister auch direkt dem Präsidenten. Der jetzige Außenminister Sergej Lawrow war von Putin nach der letzten Präsidentenwahl im März 2004 ernannt worden und war vorher Ständiger Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen in New York. Nach dem Beginn des Irak-Kriegs im März 2003 brauchte Putin an der Spitze des Außenministeriums einen UN- und USA-Spezialisten. In diesem Jahr dürften die überfälligen Verhandlungen über ein neues Partnerschafts- und Kooperationsabkommen zwischen Russland und der Europäischen Union beginnen. Mit der EU wickelt Russland 52 % seines Außenhandels ab, und in die EU verkauft Russland 80 % seines Exportgases. Deshalb wäre es sicher nützlich, wenn an der Spitze des russischen Außenministeriums ein Europa-Spezialist stünde, z.B. Putins derzeitiger EU-Berater Sergej Jastrzhemskij (seit 2004). 1953 in Moskau geboren, war er von 1992 bis 1996 Botschafter in der Slowakei und anschließend – nach einem zweijährigen „Ausflug“ zur Moskauer Stadtregierung als deren Stellvertretender Leiter - Pressesekretär des Präsidenten.

Dem Präsidenten ist ebenfalls das Justizministerium zugeordnet. Wahrscheinlich wird Medwedew dessen jetzigen Amtsinhaber Wladimir Ustinow entlassen. Er gehört zum Setschin-Clan. Ustinows Sohn Dmitrij ist mit Setschins Tochter Inga verheiratet.

Der *Wirtschafts- und Finanzblock* könnte eine grundlegende Reorganisation erhalten, in welchem dem Ministerium für Regionalentwicklung eine Schlüsselrolle zukommt, nicht zuletzt, weil es die Mittel des Regionalprogramms Investfonds zu verteilen hat. Sein Minister Dmitrij Kosak hat den Ruf, nur schwer zu Kompromissen zu bewegen zu sein. Ab Mai 2008 könnte es zum Konflikt zwischen Kosak und Finanzminister Aleksej Kudrin im Rang eines Stellvertretenden Premiers kommen. Kudrin gilt als erfahrener Apparatschik, der permanent nach der Ausweitung seiner Kompetenzen strebt. Ein erstes Ziel bei deren Umverteilung in der neuen Regierung könnte sein, die Zuständigkeit für den Investfonds zu bekommen.

Eine weitere Veränderung betrifft das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel. Seine Ministerin Elwira Nabiullina ist eine Wirtschaftsliberale, die früher scharf gegen das Abbremsen des Reformprozesses protestierte. Ihr jetziges Gewicht bei den Apparaten ist niedriger als bei ihrem Vorgänger German Gref. Im Rahmen der Regierungsbildung könnte dieses Ministeriums in ein „Zentrum für strategische Ausarbeitungen“ im Range eines Ministeriums umgewandelt werden. Oder der neue Minister wird eher ein Wirtschaftswissenschaftler als ein Beamter sein, was vom geringen lobbyistischen Wert des Ministeriums zeugen würde. Oder das Ministerium geht im Finanzministerium auf oder es wird in ein analytisches Zentrum bei der Regierung unter der Leitung von Nabiullina umgewandelt. Wohin kommt dann die Zuständigkeit für das russische Auslandsvermögen, die erst kürzlich das Wirtschaftsministerium von der Geschäftsführenden Verwaltung des Präsidenten erhalten hat? Käme sie zum Finanzministerium, würde das die Position von Kudrin stärken. Das widerspräche aber dem Grundprinzip, Gegengewichte zu schaffen, das Putin während seiner gesamten Amtszeit beachtet hatte.

Offen ist die Zukunft wichtiger Behörden, die zwar nicht unmittelbar über die Machtressourcen verfügen, die aber einen wesentlichen Einfluss auf den Prozess der Verteilung von Eigentum in Russland haben. Zu diesen gehören der Föderale Dienst für Naturnutzung (Rosprirodnadsor), die Föderale Agentur für Bodenschätze (Rosnedrach) sowie der Föderale Dienst für ökologische, technische und Atomaufsicht (Rostekhnadsor), auf deren Grundlage ein einziges Organ der staatlichen ökologischen

Kontrolle geschaffen werden soll. Es ist möglich, dass Rospirodnadsor und Rostechnadsor zusammengelegt werden, aber Rosnedrach selbständig bleibt.

Zum *sozialen Bereich* gehört das Ministerium für Gesundheitswesen und soziale Entwicklung mit den ihm untergeordneten Strukturen. Die politischen Apparate schätzten in letzter Zeit die Tätigkeit dieses Ministerium nicht besonders hoch ein. Doch die von Medwedew angekündigten Sozialmaßnahmen, besonders die Rentenerhöhung, dürften zu einem größeren Ansehen des Ministeriums führen und höheren Mittelzuweisungen. Es ist möglich, dass das Ministerium in ein Gesundheits- und ein Sozialministerium geteilt wird.

Prognose: In den nächsten drei Monaten dürften kaum noch Informationen über die Struktur und die personelle Zusammensetzung der nächsten Regierung durchsickern. Deren Bildung wird ein Schauplatz des Kampfes um Einfluss zwischen den großen Machtgruppen sein. Sicher dürfte nur sein, dass Wiktor Subkow das Amt des Regierungschefs verlieren wird.

Aufsichtsratsposten von Politikern

Am 5. Februar wurde die Liste der Kandidaten für Aufsichtsratsposten in 22 staatlichen Konzernen veröffentlicht. Die Listen für die Aufsichtsratsposten in 30 weiteren mehr oder weniger staatlichen Firmen werden folgen. Laut Gesetz müssen die Aufsichtsratsmitglieder bis zum 30. Juni dieses Jahres gewählt sein.

Die Mitgliedschaft in einem Aufsichtsrat ist ein Indikator dafür, wie hoch der Beamte in der Nomenklatur steht und wie weit sein Einfluss reicht. Aus dem Vorsitz in einem Aufsichtsrat kann geschlossen werden, wie politisch einflussreich auf der anderen Seite der Staatskonzern ist. Der Wegfall eines Aufsichtsratsmandats bedeutet nicht automatisch auch den Verlust der administrativen Apparateposition. Aber die Verlängerung eines Aufsichtsratsmandats wird als positives Zeichen gedeutet und kann zur Verlängerung der Amtszeit des Beamten im Apparat beitragen.

Im vergangenen Jahr hielt der Staat nach Auskunft der Trojka-Dialog-Bank Aktien im Wert von 318 Mrd. €. Auf diese Weise kontrollierte er 40 % der russischen Wirtschaft. Besonders wichtig für den Kreml ist die Kontrolle der strategischen Wirtschaftszweige wie Gas, Öl, Rüstung und Transport, aber auch der Medien.

Die Silowiki in der Präsidialadministration haben folgende „Pfründen“ für den Aufsichtsratsvorsitz: Rosneft (Igor Setschin) sowie Aeroflot und Almas-Antej (Wiktor Iwanow). Neu sind die Vereinigte Flugzeugbaugesellschaft [OAK] (Sergej Iwanow), deren Aktionär die Außenwirtschaftsbank (Wladimir Dmitrijew) ist, und Rostechologii (Generaldirektor Sergej Tschemesow). Der Außenpolitik-Berater Putins tritt – wie bisher – in den Aufsichtsrat von „Technitscheskie wojennoe woorushenie“ („Technische Militärrüstung“) und zusätzlich in den Aufsichtsrat des Militärflugzeugwerks „Suchoj“ ein. Der ehemalige Leiter der Präsidialadministration Alexander Woloschin bleibt im Aufsichtsrat von „JeES Rossii“, das allerdings am 1. Juli aufhört zu existieren, weil der Strommonopolist aufgeteilt wird.

Eine Reihe von Veränderungen in der Zusammensetzung von Aufsichtsräten spiegelt den personellen Wechsel in der Regierung wider, vor allem nach dem Ausscheiden von Gref als Wirtschaftsminister. Seine Posten in den Aufsichtsräten von Gazprom und „JeES Rossii“ übernahm seine Nachfolgerin Elwira Nabiullina. Der bisherige Stellvertreter Grefs, Andrej Scharonow, verlor seine Sitze in den Aufsichtsräten von Transneft, Aeroflot und „JeES Rossii“ und kandidiert nur noch für den Aufsichtsrat der „Russischen Eisenbahnen“. Zugleich übernahm er die Funktionen des Aufsichtsratsvorsitzenden und Geschäftsführenden Direktors der Trojka-Dialog-Bank, welche die Aktien der „Russischen Eisenbahnen“ verwaltet.

Den Aufsichtsrat des Schifffahrtskonzerns Sowkomflot soll Igor Schuwalow bleiben, Leiter der Expertenverwaltung in der Präsidialadministration. Industrie- und

Energetikminister Wiktor Christenko soll Mitglied der Aufsichtsräte von Gazprom, „JeSS Rossi“ und Transneft bleiben. Und der Stellvertretende Premier und Leiter des Regierungsapparats, Sergej Naryschkin, soll weiterhin dem Aufsichtsrat des Ersten Fernsehkanals vorsitzen.

Ob Wladimir Subkow nach seinem Ausscheiden als Premierminister – wie von vielen angenommen - in der Nachfolge von Dmitrij Medwedew – den Posten des Aufsichtsratsvorsitzenden von Gazprom übernehmen wird, ist nicht so ganz sicher, denn Subkow ist Igor Setschin, dem Anführer der Silowiki im Kreml, zuzuordnen. Auf diese Weise würde der jetzige Kanzleichef Putins und Aufsichtsratsvorsitzender der weitgehend staatlichen Ölfirma Rosneft eine Stärkung seiner Position durch den mittelbaren Zugriff auf Gazprom über Subkow erfahren. Schon einmal versuchte Setschin vor zwei Jahren, Rosneft Gazprom einzuverleiben, was aber damals an seinem damaligen Chef in der Präsidentialadministration und Gazprom-Aufsichtsratsvorsitzenden Dmitrij Medwedew scheiterte.

Prognose: In der Präsidentialadministration und in anderen Strukturen werden nach der Präsidentenwahl ein halbes Jahr lang noch die jetzigen Amtsinhaber ihre Funktionen ausüben können. Dann wird Medwedew damit beginnen, mit seinen Leuten, die von Gazprom kommen und Personen, die jetzt schon seine Nominierung als Präsidentschaftskandidat unterstützen, die Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft neu zu besetzen. Lediglich die neue Regierung muss früher gebildet werden, da die alte Regierung laut Verfassung jeweils vor dem neu gewählten Präsidenten ihre Vollmachten niederlegen muss (Art. 116).

Kampf gegen die Korruption

Der Kampf gegen die Korruption ist in Russland das Thema Nummer 1, das auch den Präsidentschaftswahlkampf überleben wird. Im Februar 2007 wurde die Kommission zur Ausarbeitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption gebildet, die vom Kaderchef des Präsidenten, FSB-Generalleutnant Wiktor Iwanow, geleitet wird. Er schlägt vor, bis Anfang Oktober ein Anti-Korruptionsorgan zu bilden, das entweder ganz neu oder auf der Grundlage einer bestehenden Rechtsschutzbehörde geschaffen werden soll.

Der Kampf gegen die Korruption – so Medwedew in seiner Rede auf dem nationalen Bürgerforum – soll zu einem nationalen Programm gemacht werden. Am 6. Februar erklärte Putin in seiner Rede vor dem erweiterten Kollegium des Innenministeriums den Kampf gegen die Korruption in den staatlichen Strukturen zur Priorität der Tätigkeit der Rechtsschutzorgane. So ähnlich auch in seiner Rede vor dem Staatsrat.

Der Kampf gegen die Korruption ist ein wirksamer Hebel für eine stufenweise Rotation der Eliten, die unausweichlich nach der Vereidigung des neuen Präsidenten beginnen wird. In korrupten Zusammenhängen befinden sich viele einflussreiche Mitglieder des Establishments - und nicht nur des staatlichen. Ihr Machtmissbrauch kann als hervorragende Begründung für ihre Entlassung dienen. Der Silowiki-Zweig der Präsidentialadministration denkt bereits über entsprechende Gegenmaßnahmen nach. So bereitet das Sicherheitskomitee der Staatsduma, in dem die Lobbyisten der Silowiki dominieren, ein Paket von Antikorruptionsgesetzen vor, die praktisch den Rechtsschutzstrukturen eine Reihe von Möglichkeiten für die Aufdeckung von Korruptionsfällen entziehen.

Prognose: Unter einem Premier Putin ist eine Reihe von Maßnahmen zur Schwächung der Rechtsschutzorgane zu erwarten, die dem Präsidenten direkt unterstehen.

Ausblick

Auf Medwedew warten vier „Momente der Wahrheit“. Das erste Moment betrifft die Übergangszeit nach seiner Wahl am 2. März bis zu seiner Vereidigung am 8. Mai. In dieser Zeit gibt es noch den alten Präsidenten Putin, der nicht politisch abtreten will

wie Jelzin 2000, sondern in der neuen Funktion als Premier weiter regieren möchte, und gleichzeitig den neu gewählten Präsidenten Medwedew. Das zweite Moment beinhaltet Medwedews ersten Bericht zur „Lage der Nation“ vor der Föderalversammlung im Mai, mit dem er vom „Plan Putins“ zum „Kurs Medwedews“ wechseln muss. Das dritte Moment betrifft den G 8-Gipfel Anfang Juli in Japan, auf dem die Führer von sieben großen Nationen Medwedew persönlich und politisch in Augenschein nehmen werden. Und beim vierten Moment im Oktober wird eine erste Zwischenbilanz der Tätigkeit von Präsident und Regierung während des ersten halben Jahres gezogen werden.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Impressum
Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Claudia Dressler
Steubstrasse 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448
cd@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service
Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,- inkl. MwSt.
12 Monate (48 Ausgaben) € 984,- inkl. MwSt.

Bei Bestellungen bis zum 31. März 2008 gewähren wir 10% Einführungsrabatt auf alle Ausgaben bis einschließlich 31.12.2008.

www.partners-for-public-affairs.com
Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 11.02.-17.02.2008

Die vergangene Woche war innenpolitisch geprägt durch die Rede von Dmitrij Medwedew vor dem Krasnojarsker Wirtschaftsforum und Putins letzter Pressekonferenz als Präsident. In beiden spielte die Nachfolgefrage eine Rolle. Putin betonte erneut sein Interesse am Amt des Premierministers unter einem Präsidenten Medwedew, dem er vertraue und mit dem er pragmatisch die Aufgaben aufteilen werde, ohne die Verfassung zu strapazieren. Putin kündigte nach der Präsidentenwahl Veränderungen in der Präsidentialadministration und in der Regierung an.

Putin möchte sein Kabinett so schnell wie möglich bilden, am besten noch vor der Vereidigung Medwedews am 8. Mai. Die neue Regierung soll nicht nur personell, sondern auch strukturell verändert werden. Sie wird sich laut Putin nicht mehr an den Prinzipien der administrativen Reform von 2004 orientieren, die hauptsächlich Dmitrij Kosak in seiner damaligen Funktion als Erster Stellvertretender Leiter der Präsidentialadministration ausgearbeitet hatte. In der neuen Regierung soll die Koordinierung der Tätigkeit der Ministerien, Staatskomitees, Föderalen Dienste und Agenturen nach neuen Grundsätzen erfolgen. Die Staffelung Premier – Minister wird in der neuen Regierung nicht mehr die zentrale Rolle spielen, sondern das Tandem Stellvertretender Premier – Staatskomiteevorsitzender. Während im Rahmen der Regierungsreform nach der letzten Präsidentenwahl im März 2004 die Position eines Stellvertretenden Regierungschef – bis auf einen – und die Staatskomitees abgeschafft wurden, soll es in der neuen Regierung wieder mehr Staatskomitees geben. Aufgabe der Ministerien sei nach Putin nur die normative Tätigkeit, und die Agenturen usw. hätten mehr administrative Aufgaben, die aber in den letzten Jahren wieder die Ministerien an sich gezogen haben.

Medwedew nahm zu Beginn seiner Forumsrede auf Putins Entwicklungsstrategie für Russland kurz Bezug und forderte die Entwicklung einer innovativen Wirtschaft, die radikale Erhöhung ihrer Effektivität sowie die Formierung einer breiten Mittelklasse. Er orientierte sich stärker an der ersten Amtsperiode Putins als an dessen zweiter. Medwedew legte im innenpolitischen Teil seiner Rede ein Bekenntnis zu Freiheit und Rechtsstaatlichkeit ab, das so ausführlich und so deutlich bei Putin nicht zu finden ist.

Am 12. Februar veröffentlichte das Moskauer Meinungsforschungsinstitut WZIOM eine Umfrage die es am 9. und 10. Februar durchgeführt hatte. Danach würden am 17. Februar 62 % Medwedew zum Präsidenten wählen, 8 % den Kommunistenchef Gennadij Sjuganow, 7 % den LDPR-Chef Wladimir Shirinowskij und 1 % den Vorsitzenden der „Demokratischen Partei Russlands“, Andrej Bogdanow.

Folgende personelle Veränderungen fanden in der vergangenen Woche statt: Der Leiter der „Föderalen Agentur für Eisenbahntransport (Rossheldor)“, Igor Romaschow, wurde entlassen. Er war vorher in Strukturen tätig, die von dem Ölhändler Gennadij Timtschenko kontrolliert wurden, der seine Interesse in der Regierung lobbyiert. Wahrscheinlich wird er in den Vorstand von „Rosneft“ eintreten und dadurch die strategische Allianz zwischen Rosneft und Timtschenko festigen. Gleichzeitig wird die Position des Vorstandsvorsitzenden der staatlichen „Russischen Eisenbahnen“, Wladimir Jakunin, gestärkt, der durch den Weggang von Romaschow von einem ernstzunehmenden Gegner befreit wurde, der die Balance im Eisenbahnmarkt zugunsten der privaten Operatoren ändern wollte.

Um im gesellschaftlichen Bereich die Rolle des Staates zu stärken, wurde der Vorsitzende von „Sozprof“, Sergej Chramow, durch den Abgeordneten Sergej Wostrezow, der „Einiges Russland“ angehört, abgelöst. „Sozprof“ ist – im Gegensatz zur „Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Russlands“ (FNPR) - eine wirklich unabhängige Gewerkschaft, die 1989 von Chramow gegründet und seither von ihm geleitet wurde. Die FNPR ging aus der kommunistischen Staatsgewerkschaft hervor und hat es nie gelernt, die Arbeiterinteressen wirklich zu vertreten. Sie scheut sich auch heute noch, sich mit dem Staat anzulegen, weil sie den umfangreichen Besitz an Immobilien (Sanatorien, Urlaubsheime usw.) nicht verlieren möchte, den sie zu Sowjetzeiten besaß und behalten durfte, denn sie war damals auch für die gesamte Urlaubsgestaltung der Arbeiter landesweit zuständig.

Boris Nemzow – unter Jelzin Erster Stellvertretender Regierungschef - lässt seine Mitgliedschaft in der wirtschaftsliberalen Oppositionspartei „Union rechter Kräfte“, deren Mitbegründer er war, ruhen. Das ist wohl der erste Schritt auf dem Weg der Vereinigung dieser Partei mit „Gerechtes Russland“ und der „Demokratischen Partei Russlands“.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Putin hält seine jährliche Pressekonferenz	Wladimir Putin		Putin hält an seinem Plan fest, nach dem Ablauf seiner Amtszeit als Präsident Premierminister zu werden
Medwedew hält eine Rede vor dem Wirtschaftsforum in Krasnojarsk	Dmitrij Medwedew		Medwedews nächste große Rede dürfte der Bericht zur Lage der Nation sein, den er als Präsident geben muss
Der Erste Stellvertretende Premier Sergej Iwanow und <u>nicht</u> Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow trägt den russischen Standpunkt auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor	Sergej Iwanow	Anatolij Serdjukow	Sergej Iwanow macht deutlich, dass er weiterhin einer der führenden Politiker Russlands ist
Der russische Postchef Andrej Kasmin betont die Notwendigkeit, die Post in eine Staatsgesellschaft zu verwandeln	Andrej Kasmin		Dieser Vorschlag dürfte keine Unterstützung finden
Entlassung von Igor Romaschow vom Posten des Chefs „Föderalen Agentur für Eisenbahntransport“ (Rossheldor)	Gennadij Timtschenko, Wladimir Jakunin	Igor Lewitin	Die mögliche Ernennung von Romaschow zum Vizepräsidenten von „Rosneft“ stärkt die Position von Timtschenko in dieser Ölgesellschaft
Entlassung des Vorsitzenden der unabhängigen Gewerkschaft „Sozprof“, Sergej Chramow	„Einiges Russland“		„Sozprof“ kann die Basis abgeben für die beginnende Expansion von „Einiges Russland“ in den Gewerkschaftsbereich
Boris Nemzow lässt seine Mitgliedschaft in der „Union rechter Kräfte“ ruhen	Anatolij Tschubajs	Boris Nemzow	In einigen Monaten wird die Vereinigung der „Union rechter Kräfte“ und von „Jabloko“ mit „Gerechtes Russland“ und der „Demokratischen Partei Russlands“ erwartet

Putins letzte Pressekonferenz als Präsident

Am 14. Februar gab Putin seine letzte Pressekonferenz als Präsident, die mit vier Stunden und vierzig Minuten die Längste war. Gekommen waren 1.364 Journalisten, darunter 200 ausländische Korrespondenten. Putin beantwortete 100 Fragen von 78 Journalisten.

Seine acht Präsidentenjahre empfand er als Galeerensklavenzeit. Er schufte von früh bis abends, sei aber mit dem Resultat zufrieden. Andererseits bezeichnete er diese Zeit als ein Glück, das ihm Gott gegeben habe, „zum Guten des Landes zu arbeiten“. Das sei schon Belohnung genug. Er habe nie die Abhängigkeit von der Macht empfunden und sei deshalb nie versucht gewesen, eine dritte Amtszeit anzuhängen.

Medwedew bezeichnete er als einen „ehrlichen und ordentlichen Menschen“ und als einen „reifen Politiker“. Er sei überzeugt, dass er ein „guter Präsident, ein würdiger Präsident und effektiver Leiter“ sein werde. Er vertraue Medwedew einfach. Deshalb sei es „nicht schrecklich“, wenn er ihm die „wesentlichen Vollmachten zur Lenkung des Landes“ übergebe. Das Vertrauen Putins in Medwedew war offensichtlich der Hauptgrund, warum er ihn als seinen Nachfolger ausgesucht hat. Wenn er Präsident werde, werde er seine Beziehungen zum Staatsoberhaupt nicht ändern. Er werde ihm gegenüber „nicht feindlich oder kontraproduktiv“ eingestellt sein. Als Premier habe er das Recht, dem Präsidenten gegenüber seine Meinung zu sagen. Das letzte Wort liege beim Präsidenten, und er trage für die Entscheidung dann die Verantwortung.

Putin will keine Vollmachten vom Amt des Präsidenten zum Amt des Regierungschefs verlagern. „Der Präsident ist der Garant der Verfassung, er bestimmt die Grundrichtungen der Innen- und Außenpolitik, (er ist) das Staatsoberhaupt. Aber das oberste Exekutivorgan im Lande ist die Regierung, an der Spitze mit dem Vorsitzenden der Regierung. Die Vollmachten reichen aus, und wir werden sie aufteilen mit Dmitrij Anatoljewitsch (Medwedew), wenn der Wähler uns gestattet, das zu tun, und uns erlaubt, die in einem praktischen Sinne zu tun, wie wir unsere persönlichen Beziehungen gestalten.“ Offensichtlich wollen sich ein Präsident Medwedew und ein Premier Putin ganz pragmatisch darüber abstimmen, was der jeweilige von beiden konkret tut, ohne die Verfassung zu strapazieren. Auf die Frage nach möglichen Differenzen zwischen ihm als zukünftigem Premier und einem Präsidenten Medwedew antwortete Putin, dass er Medwedew 15 Jahre lang aus gemeinsamer Arbeit kenne, und dass sie gewohnt seien, einander zuzuhören und zu verstehen. Wenn Medwedew Präsident und er Premier werde, werde es zu Veränderungen in der Präsidentialadministration und in der Regierung kommen. Außerdem verneinte Putin die Frage, ob er nach dem Ablauf seiner Amtszeit beabsichtige, die Machtpartei „Einiges Russland“ zu führen.

Russland soll ein demokratischer Staat und ein Rechtsstaat sein. Das bedeute, dass alle Bürger nach dem Gesetz leben sollten. Das gelte auch für die ersten Personen des Staates. Putin sprach sich für eine „reale Dezentralisierung der Macht“ aus bis hin zu den örtlichen Selbstverwaltungen. Er verteidigte die Sieben-Prozent-Hürde bei der Parlamentswahl, denn das Parteiensystem solle gestärkt und die Staatsduma nicht zu einem Basar werden.

Putin stimmte einem Frager zu, der kritisierte, dass die Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen fast nicht möglich sei, und der die Bildung eines entsprechenden Rats bei der Regierung oder beim Präsidenten vorschlug. Putin verlangte, dass die Qualität der Verwaltung hinsichtlich der Anhebung ihrer Arbeitsproduktivität, der Verbesserung des Bildungssystems und der Entbürokratisierung von allem, was mit den kleinen und mittleren Unternehmen zusammenhänge, prinzipiell verändert werden müsse.

Zur Bekämpfung der Korruption forderte Putin die Stärkung der Repressivmaßnahmen und die Festigung des Rechtssystems. Es sei nötig, die Konventionen Europas und der Vereinten Nationen gegen Korruption, denen Russland beigetreten ist, in die russische Gesetzgebung zu übernehmen. Außerdem müsse das Gehalt der Beamten erhöht werden. Aber das Wichtigste sei die Kontrolle von Seiten der Zivilgesellschaft und der Massenmedien an den Zuständen im Staatsapparat und in der staatlichen Verwaltung. Im Februar 2003 kritisierte Michail Chodorkowskij auf dem jährlichen Treffen der Oligarchen im Kreml mit Putin, dass der Staatsapparat korrupt ist. Diese Kritik, die im russischen Fernsehen übertragen wurde, ist dem damaligen Vorstandsvorsitzenden der größten russischen Ölgesellschaft Jukos nicht gut bekommen.

Prognose: Dadurch, dass sich Putin noch vor Ablauf seiner Präsidentenzeit als zukünftiger Premier ins Spiel brachte, verhinderte er zur „lahmen Ente“ zu werden. Damit gab er Grund zur Frage, ob tatsächlich zwei Bären in einer Höhle leben können. Der Indikator dafür, ob Medwedew die Chance hat, sich gegenüber Putin als eigenständige Führungsfigur durchzusetzen, ist folgender: Der politische Anführer der Silowiki im Kreml, Igor Setschin, der schon Putins Vorzimmer in St. Petersburg bewachte, scheidet aus der Präsidentialadministration aus und wechselt nicht in Putins Regierungssystem.

Medwedews Bekenntnis zu Freiheit und Rechtsstaatlichkeit

Am 15. Februar hielt Medwedew eine Rede vor dem V. Krasnojarsker Wirtschaftsforum, in der er sein Wahlprogramm weiter darlegte. Nach Rostow, Wolgograd, Jekaterinburg, Chabarowsk und Nowossibirsk war das Medwedews sechste regionale Station.

Am Beginn seiner Rede verkündete Medwedew den Grundsatz, dass Freiheit besser als keine Freiheit sei, als Quintessenz der menschlichen Erfahrung. Dabei gehe es um die Freiheit in all ihren Erscheinungsformen: um die persönliche Freiheit, um die wirtschaftliche Freiheit und schließlich um die Freiheit der Selbstentfaltung.

Er zitierte Katharina die Große „Freiheit ist die Seele von allem – ohne sie ist alles tot. Ich wünsche, dass den Gesetzen gehorcht wird, aber nicht als Sklaven der Gesetze.“ Die Freiheit sei untrennbar von der faktischen Anerkennung der Macht des Gesetzes durch die Bürger. Der „Vorrang des Gesetzes müsse einer unserer wichtigsten Werte“ sein. Der Rechtsnihilismus sei weiterhin einer der charakteristischen Züge unserer Gesellschaft und manchmal auch Folge der schlechten Qualität der Gesetze. „Wir müssen die Gesetzesverletzung aus der Anzahl unserer nationalen Gewohnheiten ausschließen.“

Medwedew forderte im innenpolitischen Teil seiner Rede die Verbesserung des Rechtssystems. Die Bürger sollen sich als die Herren ihres Landes fühlen, die immer ihre „Ehre und Würde, Freiheit und Sicherheit“ verteidigen können. In den kommenden vier Jahren sei die Schlüsselpriorität die Gewährleistung der wirklichen Unabhängigkeit des Rechtssystems von der Exekutive und der Legislative. Die Praxis der ungesetzlichen Entscheidungen „per Telefon“ oder „durch Geld“ müsse abgeschafft werden. Jeder müsse den gleichen und rechtmäßigen Zugang zur Justiz haben. Bürger und Organisationen müssen eine Kompensation für ungerechte Urteile und Prozessverschleppung erhalten. Ferner sei die Humanisierung der Rechtspflege nötig.

Medwedew sprach sich dagegen aus, dass Amtsträger den Aufsichtsräten von staatlichen Firmen angehören. An ihre Stelle sollten wirklich unabhängige Aufsichtsratsmitglieder treten, die vom Staat bestimmt werden, um dessen Interessen zu vertreten. Das ist eine Breitseite gegen Igor Setschin (Aufsichtsratsvorsitzender von Rosneft) und Wiktor Iwanow (Aufsichtsratsvorsitzender von Aeroflot und Alma-Antej).

Sie können wohl davon ausgehen, dass unter einem Präsidenten Medwedew ihre Posten in der Präsidentialadministration verlieren werden.

Putin sagte in seiner Pressekonferenz einen Tag zuvor, dass Medwedew in seiner Rede in Krasnojarsk seine 2020-Strategie ergänzen, konkretisieren und entwickeln werde - nicht für die nächsten zehn Jahre, aber für die nächsten vier Jahre. Tatsächlich finden wir bei Putin kein solches Bekenntnis zur Freiheit und Rechtstaatlichkeit wie bei Medwedew.

Prognose: Die Beseitigung des Rechtsnihilismus bedeutet eine wesentliche Änderung der russischen politischen Kultur. Diese wird nicht von heute auf morgen erfolgen. Um diesem langfristigen Ziel kontinuierlich näher kommen zu können, ist es erforderlich, dass es vom Präsidenten unermüdlich angemahnt wird, und dass die politische Klasse mit gutem Beispiel vorangeht.

Erfolgreicher Versuch der Kontrolle des Internets

Am 11. Februar teilte das Föderationsratsmitglied Wladimir Sluzker mit, dass das Oberhaus eine Änderung des Gesetzes über die Massenmedien zum Zwecke der Reglementierung von Internet-Zeitungen vorbereite. Am nächsten Tag erklärte der Staatsdumavorsitzende Boris Gryslow, dass keinerlei Beschränkungen in der Verbreitung von Informationen durch das Internet nötig seien, wenn das Web nicht zu einem Instrument der Destabilisierung der Lage werde und nicht von Terroristen genutzt werde.

Bereits früher waren verschiedene Versuche unternommen worden, das Internet besser zu kontrollieren. So schlugen Anfang 2000 Strukturen im Auftrag des Ministeriums für Fernmeldewesen vor, dass sich alle Internet-Medien und -Portale, die öfter als einmal in mehreren Monaten besucht werden, registrieren lassen müssen. Es zeigte sich dann, dass in Folge der Zunahme der im Bereich der „.ru“ registrierten Domänen die staatlichen Ressourcen nicht ausgereicht hätten, diese Registrierung durchführen zu können.

Fünf Jahre später wurde ein zweiter Versuch gestartet. Am 28. April 2005 fand auf Initiative des Komitees des Föderationsrats für die „Natürlichen Monopole“ ein runder Tisch zum Thema „Fragen der gesetzlichen Sicherung der Tätigkeit auf dem Gebiet der Telekommunikation und der Internet-Technologie“ im Föderationsrat statt. Hieran nahmen Mitglieder der zweiten Parlamentskammer, Vertreter des Ministeriums für Informationstechnologie und Fernmeldewesen, des FSB und anderer Behörden sowie von Business-Strukturen teil. Dmitrij Frowow vom FSB-Zentrum für Informationssicherheit machte damals auf die Bedrohung der russischen Staatsmacht durch das Internet aufmerksam. Er verwies auf die Revolutionen in Georgien und in der Ukraine und schlug vor, unbedingt die Kontrolle über Provider und Nutzer von Internetdienstleistungen zu verstärken. „Alle Provider müssen gesetzlich verpflichtet werden, die Internetaktivitäten der Nutzer zu erfassen“, betonte er. Die Provider sollen in Zukunft ihre Abonnenten registrieren und den Sicherheitsbehörden diese Informationen zur Verfügung stellen. Erfasst werden sollten auch die Kunden von Mobilfunk Anbietern, die ebenfalls Internetdienste offerieren. Der FSB-Vertreter erhielt allerdings Widerspruch aus den Reihen des Ministeriums für Informationstechnologie und Fernmeldewesen. Sein Pressesprecher, Aleksandr Parschukow, vertrat eine andere Position: „Wir sind der Auffassung, dass man das Internet nicht kontrollieren muss.“ Die im Mediengesetz vorgesehene Verantwortung der Provider für den Inhalt ihres Angebots sei durchaus ausreichend.

Nun wurde der dritte Versuch unternommen und mit dem schnellen Wachstum der Internetnutzung in Russland begründet (Anfang 2008 35 Mio. Personen, rund ein Viertel der Bevölkerung). Im vergangenen Herbst wandten sich das Innenministerium

und die Generalstaatsanwaltschaft unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Extremismus mit Vorschlägen an die Senatoren, per Gesetz die Domänechefs im russischen Segment des Internets für die bei ihnen eingestellten Informationen verantwortlich zu machen. Anfang Februar schlug der Leiter des Büros für spezielle technische Maßnahmen im Innenministerium, Boris Miroshnikow, vor, jeden, der sich in das Internet einschaltete, zu verpflichten, sein Personalausweisdaten zu überlassen.

Die Autoren des Plans zur rechtlichen Regulierung des Internets, der im Föderationsrat ausgearbeitet wird, schlugen vor, auf die populären Internet-Ressourcen das Massenmediengesetz auszudehnen, und zwar, wenn die Nutzerzahl nicht weniger als 1.000 Zugriffe täglich beträgt. Dann müssten sich diese Internetseiten wie eine gedruckte Publikation mit mehr als 1.000 gedruckten Exemplaren registrieren lassen.

Diese Versuche sind aussichtslos, weil es von der Natur des Internets her unmöglich ist, dieses vom Territorium Russlands aus zu regeln. In der ganzen Welt gibt es 13 Großserver (10 in den USA und je einer in Großbritannien, Schweden und Japan). Die „Internet Corporation For Assigned Names And Numbers“ (ICANN), die auch für Russland die Domäne „.ru“ vergibt, wird von der amerikanischen Regierung kontrolliert.

Im Jahr 2001 errichtete die chinesische Regierung eine elektronische Mauer um ihre nationale Internet-Domäne. Sie wird international „Great Wall of China“ oder „Great Firewall of China“ genannt und verhindert jeden nichtsanktionierten Internet-Zugriff. Diese Zensur gegen missliebige politische Informationen usw. funktioniert indem ein eigener, zwischengeschalteter, Server alle Daten filtert.

Prognose: Die Versuche, das Internet in Russland zu regeln und damit zu kontrollieren, werden fortgesetzt werden, dürften aber scheitern, nicht zuletzt aus technischen Gründen. Die Verfechter einer staatlichen Kontrolle des Internets werden sich dafür einsetzen, für das kyrillische Segment des Internets einen Großserver einzurichten, der sich dann in Russland befinden soll. Dies wird nicht funktionieren, weil nach der Zwischenschaltung eines Kyrillica-Großservers in Russland nicht mehr auf das internationale Internetmaterial zugegriffen werden kann, das nicht mit kyrillischen Buchstaben geschrieben ist.

Kurze Soziologie der Staatsduma-Abgeordneten

Der am 2. Dezember 2007 gewählten fünften Staatsduma gehören 86,2 % Männer (386) und 13,8 % (62) Frauen an, das sind genau 4 % mehr als ihrer Vorgängerin, der vierten Staatsduma. Den höchsten Frauenanteil weist mit 28,9 % die Fraktion der kleinen Machtpartei „Gerechtes Russland“ auf, gefolgt von der Fraktion der großen Machtpartei „Einiges Russland“ mit 13,7 %, der Fraktion der Schirinowskij-Partei LPPR mit 10 % und der Kommunisten-Fraktion mit 7 %.

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten der neuen Staatsduma beträgt 50 Jahre. Die zahlenmäßig größten Altersgruppen mit 177 Abgeordneten (39,5 %) bilden die 50 bis 59jährigen – unter der gesamten russischen Bevölkerung haben sie einen Anteil von 14 % -, gefolgt von der Gruppe der 40 bis 49jährigen mit 117 Abgeordneten (26,1 %). An dritter Stelle rangiert mit 72 Abgeordneten (16,1 %) die Gruppe der 30 bis 39jährigen. Den vierten Rang nimmt mit 60 Abgeordneten (13,4 %) die Gruppe der 60 bis 69jährigen ein. Die zahlenmäßig kleinsten Gruppen bilden mit jeweils 11 Personen (2,5 %) die Abgeordneten unter 30 Jahren sowie die Deputierten über 70 Jahre. (Zwei Abgeordnetenmandate sind noch offen.) Der jüngste Abgeordnete ist 23 Jahre alt, der älteste 77. Zahlenmäßig am stärksten sind die jungen Abgeordneten unter 30 Jahren mit neun in der Fraktion von „Einiges Russland“ zu finden, gefolgt von zwei in der LDPR-Fraktion. Die meisten Abgeordneten über 70 Jahren gehören mit sieben

Personen der Kommunisten-Fraktion an, gefolgt von der Fraktion „Einiges Russland“ mit vier Abgeordneten.

Die Erneuerungsquote der Staatsduma beträgt 48,2 %, denn fast die Hälfte aller Abgeordneten, genau 217, gehörte bereits der vierten Staatsduma an. Von den neuen Abgeordneten kommen 75 aus dem Business (darunter 47 Firmenchefs, 4 Aufsichtsratsmitglieder, 12 Stellvertretende Direktoren, 4 Abteilungsleiter, 2 Einzelunternehmer), 42 hatten regionale und lokale Exekutivfunktionen inne (darunter 1 Gouverneur, 5 stellvertretende regionale Exekutivchefs - davon drei Erste Stellvertreter -, 5 Bürgermeister), 33 gehörten regionalen Parlamenten an (4 als Vorsitzende), 19 waren Mitarbeiter von Parteiapparaten und –fraktionen, von Abgeordneten oder Senatoren (Föderationsratsmitgliedern), je drei sind ehemalige Senatoren und Sportler, je 2 Arbeiter, Militärs und Personen des Kulturlebens, ein ist Richter und einer Rechtsanwalt.

Einen Hochschulabschluss weisen 439 Abgeordnete (98 %) auf, 140 haben promoviert (darunter 54 in Wirtschaftswissenschaften, 20 in Jura, 14 in Technischen Wissenschaften sowie 13 in Politikwissenschaft) und 53 sind habilitiert (darunter 19 in Wirtschaftswissenschaften sowie je 6 in Jura und in Medizin). 136 Abgeordnete haben zwei Studien absolviert, 40 drei und 4 fünf. 158 Abgeordnete (35,8 %) haben Technische Wissenschaften studiert, 82 (18,3 %) Wirtschaft und 52 (11,6 %) Jura. Ein Militärdiplom haben 44 Abgeordnete (9,8 %), 33 Abgeordnete (7,4 %) besuchten eine Parteihochschule, 30 (6,7 %) studierten Landwirtschaft, 17 (3,8 %) Medizin, 14 (3,1 %) absolvierten ein Institut des Innenministeriums und 9 (2 %) eine KGB-Hochschule.

Rückblick

Vor dem Staatsrat legte Putin am 8. Februar die Strategie für die Entwicklung Russlands bis zum Jahr 2020 dar. Warum gerade bis zum Jahr 2020? Mit dieser Rede wollte er Medwedew Vorgaben machen, aber vielleicht auch sich selbst, denn die bevorstehenden 12 Jahre, über die er sprach, umfassen – wenn die Amtsdauer des Präsidenten nicht verlängert wird – drei präsidentiale Amtsperioden: Bis zum Jahr 2012 Medwedews und dann bis zum Jahr 2016 die erste neue Amtszeit Putins, der bis zum Jahr 2020 eine zweite Amtszeit folgen könnte.

Zweitens fällt auf, dass Putin – wahrscheinlich seine Redenschreiber – die Laufzeit für seinen Strategieplan bis zum Jahr 2020 gewählt hat, ebenso wie Michail Chodorkowskij in seinem langen Artikel „Lewyj poworot-2“ („Linke Wende-2“), der am 11. November 2005 in der Zeitung „Kommersant“ veröffentlicht worden war.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Impressum

Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse

Claudia Dressler
Steubstrasse 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448
cd@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service

Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.
12 Monate (48 Ausgaben) € 984,-- inkl. MwSt.

Bei Bestellungen bis zum 31. März 2008 gewähren wir 10% Einführungsrabatt auf alle Ausgaben bis einschließlich 31.12.2008.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 18.-24.02.2008

Der Präsidentenwahlkampf geht langsam zu Ende. In der vergangenen Woche gab Medwedew der Wochenzeitschrift „Itogi“ ein Interview, in dem er sich auch über sein Verhältnis zu Putin äußerte und sein Verständnis vom Präsidentenamt. Laut verschiedener Umfragen kann er am Sonntag mit einem Ergebnis rechnen, das dem letzten von Putin im März 2004 mit 71% sehr nahe kommt, oder es vielleicht sogar übertrifft. Dann wird keine Stichwahl zwischen den beiden am besten platzierten Kandidaten am 23. März erforderlich sein, die nur nötig wäre, wenn kein Kandidat beim ersten Wahlgang die absolute Mehrheit von 50 % erreicht hat.

Die Gouverneure „brennen“ darauf, Medwedew ihre Loyalität zu zeigen. Die regionalen Administrationen üben Druck auf Krankenhäuser, Universitäten und Staatsbetriebe aus, um eine hohe Wahlbeteiligung und ein gutes Ergebnis für Medwedew zu garantieren. Es wird auch darauf gedrungen, dass die Menschen im Falle ihrer Abwesenheit am Wahltag von ihrem Heimatort alle Formalitäten erledigen, damit ihre Stimme nicht verloren geht.

Das Netzwerk Medwedews umfasst zum einen ehemalige Schüler, die inzwischen Spitzenpositionen im Rechtswesen und auch im Gazprom-Konzern einnehmen. Außerdem formieren sich drei Gruppen, die versuchen, auf Medwedew Einfluss zu nehmen: die „alten Moskauer“, die Inhaber von Führungspositionen, die sie aber weiter ausbauen möchten, und die „liberalen Silowiki“. Ihr Kampf um Schlüsselpositionen kann dazu führen, dass es zu einer Fragmentierung des inneren Zirkels um Medwedew oder zu neuen Allianzen führt.

Die Ernennung von zwei neuen Stellvertretenden Wirtschaftsministern lässt vermuten, dass das Ministerium - entgegen bisherigen Erwartungen bzw. Befürchtungen - die Regierungsneubildung überleben wird. Ein neuer Stellvertretender Minister ist Protegé der Präsidentialadministration, die offensichtlich im Wirtschaftsministerium ein zum Finanzministerium alternatives Einflusszentrum aufbauen will.

Im Machtkampf zwischen Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka und dem Leiter des im vergangenen September gegründeten Ermittlungskomitees, Alexander Bastrykin, besteht das Patt fort. Putin vermeidet es, Partei zu ergreifen, was in solchen Streitfällen seiner Art entspricht. Möglicherweise wird durch die Schaffung einer Art russischem FBI im Rahmen der Regierungsneubildung nach der Präsidentenwahl, in das die Generalstaatsanwaltschaft, das Ermittlungskomitee, der FSB, das Innenministerium und die Antidrogenbehörde aufgehen würden, das Problem gelöst.

Mitte Februar wurde - wie erst jetzt bekannt wurde - der Staatsanwalt des Gebiets Saratow, Jewgenij Grigorjew, erschossen. In den letzten Monaten kontrollierte er 20 Unternehmen, die vom früheren Bürgermeister von Saratow, Jurij Aksenenko, illegal privatisiert worden waren. Der spektakulärste Fall, den Grigorjew zuletzt untersuchte, waren die Korruptionsvorwürfe gegen den früheren Gouverneur von Saratow, Dmitrij Ajazkow.

Am 18. Februar wurde die renommierte Europäische Universität in St. Petersburg wegen angeblicher Verletzung der feuerpolizeilichen Vorschriften geschlossen. Es ist in Russland bekannt, dass die staatlichen Kontrolleure der feuerpolizeilichen Sicherheit auch dann etwas beanstanden, wenn es nichts zu beanstanden gibt. Sie sind bei Zahlung einer entsprechenden Summe bereit, von der Beanstandung Abstand zu

nehmen. Diese Praktiken wenden sie auch gegenüber staatlichen Stellen an. Hier geht es offensichtlich um eine Revanche an der durch amerikanische und europäische Fördergelder unterstützten Universität, weil sie Wahlbeobachter ausgebildet hat.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

Ereignis	Vorteilhaft für	Nachteilig für	Erwartung
Veröffentlichung des Interviews von Medwedew in „Itogi“	Dmitrij Medwedew		Weitere Veröffentlichungen von Interviews während Medwedew Wahlkampagne sind nicht zu erwarten
Premierminister Wiktor Subkow spricht vor dem erweiterten Kollegium der Generalstaatsanwaltschaft	Jurij Tschajka	Alexander Bastrykin	Die Kompetenzverteilung zwischen den beiden Behörden bleibt mindestens bis Mitte 2008 bestehen
Mitteilung des Vorstandsvorsitzenden der staatlichen Pipelinegesellschaft „Transneft“, Nikolaj Tokarew, dass die Ostpipeline 2008 nicht in Betrieb genommen werden kann	Dmitrij Medwedew	Nikolaj Tokarew, „Rosneft“-Führung	Aufgrund dieser Erklärung wird Medwedew später Tokarew entlassen
Der Stellvertretende Premier und Finanzminister Alexej Kudrin wird Leiter der Anti-Inflations-Arbeitsgruppe		Alexej Kudrin	Die Gegner Kudrins können ihn nicht als Schuldigen für die Inflationsprozesse hinstellen
Ernennung von Andrej Klepatsch und Stanislav Woskressenskij zu Stellvertretenden Wirtschaftsministern	Arkadij Dworkowitsch, Elwira Nabiullina		Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel wird ihm Rahmen der Regierungsbildung nicht aufgelöst
Leiter des Wohnungsdienstes des Verteidigungsministeriums, Wiktor Wlassow, begeht Selbstmord		Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow	Dieser Selbstmord kann Anlass für eine Säuberung unter der Generalität des Ministeriums sein
Durchsuchungen bei „Slawneft“	Wadim Moschkowitsch		Die Durchsuchungen haben eine negative Wirkung für den Wert der Ölgesellschaft

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Vorschlag des Chefs von „Rosttechnologij“, Sergej Tschemesow, seiner staatliche Gesellschaft die Produktion von Raketenabwehrsystemen zu übertragen	Sergej Tschemesow		Tschemesow wird weiterhin versuchen, immer mehr Technologien in seinen Konzern einzubauen, auch wenn diese direkt nichts mit dem militärisch-industriellen Komplex zu tun haben

Der Präsidentenwahlkampf geht zu Ende

Der Präsidentenwahlkampf neigt sich seinem Ende zu. Er zeigte sich noch langweiliger als der letzte Wahlkampf. Hierfür gibt es zwei Gründe: Erstens waren die Wahlkämpfe zur Staatsdumawahl am 2. Dezember 2007, der am 1. Oktober 2007 begann, und zur Präsidentenwahl am 2. März 2008 keine separaten Kampagnen, sondern gingen ineinander über. Der Grund hierfür: Putin war bei der Parlamentswahl zugleich der Spitzenkandidat der Machtpartei „Einiges Russland“. Zweitens führte die „Putinsche Stabilität“ zu einem inoffiziellen Pakt zwischen den Eliten und der Gesellschaft, dessen einziger Garant Putin ist. Inhalt dieses Pakts ist, dass der Lebensstandard des größten Teils der Bevölkerung ständig wächst im Austausch dafür, dass die Menschen Putin aktiv und passiv unterstützen und sich nicht in die Politik einmischen.

In einem Interview in Nummer 8 der Zeitschrift „Itogi“ vom 18. Februar 2008 betonte Medwedew, dass der föderative Staat Russland nur durch eine starke Präsidialmacht regiert werden könne. Russland werde ein präsidiales System behalten. Wenn Russland eine parlamentarische Republik werden würde, werde es zerfallen. In Russland gebe es laut Verfassung nur ein Machtzentrum, der Präsident. Die Entscheidungen würden mit dem Premier Putin einvernehmlich gefällt. Putin und er verstünden sich ausgezeichnet. Diese „Union“ (er und Putin) könne „nur in einer Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens und partnerschaftlicher Beziehungen arbeiten“. Mit diesen Äußerungen erteilte Medwedew eine klare Absage jeglichen Überlegungen, Russland allmählich in eine parlamentarische Republik zu verwandeln, indem – z.B. ähnlich wie in der Ukraine – dem Parlament größere Rechte bei der Regierungsbildung eingeräumt werden. Dazu wären starke, gewachsene Parteien nötig, die unterschiedliche politische, ökonomische und soziale Interessen repräsentieren, was in Russland größtenteils noch nicht der Fall ist. Aber auf der anderen Seite würde das Parteiensystem sich weiterentwickeln, wenn die Parteien tatsächlich im Parlament weitergehende Vollmachten hätten. Dann könnten sie und auch ihre Wähler spüren, dass sie tatsächlich eine wichtige politische Rolle spielen und nicht nur Kopfgeburten des Kreml und Sammelbecken von Karriereristen sind. Die Interviewäußerung Medwedews ist auch ein Hinweis an Putin, dass er – Medwedew – das Präsidentenamt als das verfassungsmäßig alleinige Entscheidungszentrum im russischen politischen System versteht.

Um den Wahlausgang der Präsidentenwahl muss sich Medwedew keine Sorgen machen. Er bekommt den hohen Stimmenanteil nicht, weil die Wähler ihn alle kennen und wollen, sondern weil Putin ihn empfohlen hat und wohl auch deshalb, weil angekündigt hat, nicht aus dem Machtzentrum auszuschneiden, sondern in neuer

Funktion unter einem Präsidenten Medwedew als Premier darin zu verbleiben. Laut der am 22. Februar veröffentlichten Ergebnisse Moskauer Meinungsforschungsinstitute ergäbe sich bei der Präsidentenwahl folgendes Bild:

Kandidat	WZIOM	„Lewada-Zentr“	Stiftung „Öffentliche Meinung“
Dmitrij Medwedew	72,9 %	80 %	67,8 %
Vorsitzender der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“ Gennadij Sjuganow	15,0 %	11 %	16,3 %
Vorsitzender der „Liberal-demokratischen Partei Russlands“ Wladimir Shirinowskij	10,9 %	9 %	13,7 %
Vorsitzender der „Demokratischen Partei Russlands“ Andrej Bogdanow	1,1 %	1 %	1,3 %
Wahlbeteiligung	69,7 %	80 %	69,0 %

Die Wähler erhoffen laut Umfrage des WZIOM („Allrussisches Zentrum zur Erforschung der öffentlichen Meinung“), dass der neue Präsident Medwedew in erster Linie den Wohlstand der Bevölkerung anhebt und die Armut bekämpft (19 %), die Inflation senkt (18 %) sowie die Situation im Gesundheitswesen, im Bildungswesen und im sozialen Bereich verbessert (14 %). Ferner erwarten die Menschen die Entwicklung der Wirtschaft, der Hochtechnologie und der Energiewirtschaft (10 %), die Bekämpfung der Korruption (10 %), die Festigung der internationalen Stellung Russlands (7 %) und die Erhöhung der Pensionen (7 %).

Prognose: Das Wahlergebnis am 2. März dürfte nahe den obigen Umfrageergebnissen liegen. Das hohe Stimmergebnis beim ersten Wahlgang, was wahrscheinlich noch über dem Putins vom März 2004 mit 71 % liegen könnte, macht eine Stichwahl am 23. März zwischen den beiden am besten platzierten Kandidaten überflüssig. Eine solche Stichwahl wäre nur notwendig gewesen, wenn kein Kandidat beim ersten Wahlgang über 50 % der Stimmen gekommen wäre.

Erste Konflikte bei der Formierung von Medwedews Team

Das Team Medwedews besteht aus verschiedenen Gruppen. Ihr einzig verbindendes Element ist es, die Position der Silowiki im Kreml zu schwächen. Doch wenn nur der gemeinsame Gegner von außen das Verbindende ist, ist ihre Homogenität auf Dauer fraglich.

Die *erste* Gruppe bilden die „alten Moskauer“, die in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres für manche schon keine Rolle mehr spielten. Die Interessen dieser Gruppe repräsentiert der ehemalige Chef der Präsidentialadministration und in dieser Funktion bis zu seinem Rücktritt im Oktober 2003 (wegen der Verhaftung von Michail Chodorkowskij, gegen die er war) der Vorgesetzte von Medwedew, Aleksandr Woloschin, der jetzt Aufsichtsratsvorsitzender von „JeES Rossii“ ist, sowie der Vorstandsvorsitzende dieses Strommonopolisten Anatolij Tschubajts. Zu dieser Gruppe gehört auch der Milliardär und reichste Mann Russlands Oleg Deripaska, der – im Unterschied zu den oben beiden Genannten – während Putins Herrschaft niemals im politischen Schatten blieb.

Bis zum April 2007 leitete Woloschin den inoffiziellen PR-Stab Medwedews. Seit der Bekanntgabe der Kandidatur Medwedews wurde ein langes Interview veröffentlicht, in dem sich Woloschin zu den laufenden Entwicklungen und politischen Vorgängen in Russland äußerte. Ferner sprach er vor dem Französischen Institut für internationale Beziehungen und wiederholte dabei verschiedene Thesen Medwedews, die er kürzlich geäußert hatte, z.B. dass es nicht ziel führend sei, wenn Politiker Vorsitzende von Aufsichtsräten staatlicher Firmen sind.

Ein *zweites* Einflusszentrum in der Umgebung Medwedews bilden diejenigen in führenden Positionen, die ihre Stellung macht mäßig ausbauen wollen. Zu diesen gehören der Leiter der Präsidentialadministration, Sergej Sobjanin, der jetzt Medwedews Wahlkampfstab leitet, und der Unternehmer Alischer Usmanow. Der Mitbesitzer von „Gazmetall“ hat großen Einfluss und möchte der „Personalchef“ Medwedews werden. In letzter Zeit kam es zum Konflikt zwischen beiden Gruppen, weil Usmanow Aktiva von der Holding „Interros“ erwerben wollte, in die Deripaksa involviert ist.

Die *dritte* Gruppe bilden die „liberalen Silowiki“, an deren Spitze der Chef der Antidrogenbehörde, Wiktor Tscherkessow, und der Chef des Sicherheitsdienstes des Präsidenten, Wiktor Solotow, stehen. (Medwedew wird jetzt schon vom Sicherheitsdienst des Präsidenten geschützt, der mit seinem Schutz einen größeren Aufwand betreibt als mit dem Schutz Putins.) Das Ziel dieser Gruppe ist die Kontrolle aller Sicherheitsstrukturen des Landes. Sie wollen die Rechtsschutzorgane modernisieren und am Aufbau einer modernen Gesellschaft mitwirken, die auf einer pluralistischen Demokratie und Marktwirtschaft in bestimmten Bahnen beruht. Diese Gruppe ist von allen drei in der Umgebung Medwedews am meisten autonom. Medwedew betrachten sie nicht als ihren Patron, sondern als einen situationsbedingten Alliierten.

Verschiedene ehemalige Schüler des St. Petersburger Rechtsdozenten Medwedew haben inzwischen einflussreiche Positionen bezogen. Da sind zuerst diejenigen zu nennen, die in juristische Spitzenpositionen aufgestiegen sind wie der Vorsitzende des Obersten Arbitragegerichts, Anton Iwanow, und die Verfassungsrichter Sergej Kasanzew und Seregj Mawrin. Ferner ist der Vertreter des Präsidenten beim Verfassungsgericht, Michail Krotow, zu nennen.

Eine zweite Gruppe von ehemaligen Medwedew-Schülern ist bei Gazprom zu finden mit dem Gazprom-Vorstandsmitglied Konstantin Tschujtschenko, der den russischen Teil von RosUkrEnergob betreut, und dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Gazprombank Ilja Jelisejew.

Eine dritte Gruppe nimmt verschiedene politische Funktionen wahr. Zu nennen sind der Vorsitzende des Rechtsausschusses der Staatsduma, Pawel Krascheninnikow, der Leiter des Föderalen Dienstes der Gerichtsvollzieher, Nikolaj Winnitschenko, der Stellvertretende Generalstaatsanwalt Alexander Guzan, der Präsidentenvertreter im Föderalen Bezirk Wolga, Alexander Konowalow, und der Chef des Föderalen Agentur für russisches Eigentum, Jurij Petrow. Zwischen beiden gibt es aber auch Konflikte, in erster Linie beim Kampf um Ressourcen. So versucht der Gerichtsvollzieherchef Winnitschenko der Föderalen Eigentumsagentur Petrows das Recht abzunehmen, konfisziertes Eigentum verkaufen zu dürfen.

Prognose: Die drei Einflusszentren um Medwedew werden bis zur Umbildung von Regierung und Präsidentialadministration bestehen bleiben. Von ihren strukturellen und kadermäßigen Besonderheiten wird die weitere Umgruppierung der Kräfte um Medwedew abhängen. Es ist durchaus möglich, dass sich der Kampf um Schlüsselpositionen zuspitzt und zur Fragmentierung des inneren Zirkels um Medwedew oder zu neuen Allianzen führt.

Aufwertung des Wirtschaftsministeriums

Das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel konnte im Rahmen der administrativen Reform nach der Wiederwahl Putins als Präsident im März 2004 sein Image als eine Art Superministerium bewahren, das es im Jahr 2000 erhalten hatte. Im Sommer 2006 begann seine Erosion, die 2007 anhielt. Es verlor den Föderalen Zolldienst, welcher der Regierung direkt unterstellt wurde. Außerdem verlor der damalige Wirtschaftsminister German Gref den Kampf um die Bank für Entwicklung. Diese staatliche Bank war im Frühjahr 2007 gegründet worden und Fradkows Sohn wurde Vorstandsmitglied und sein Vater Aufsichtsratsvorsitzender.

Nach der Entlassung des Chefs der Föderalen Agentur zur Verwaltung der Wirtschaftszonen (RosOES), Jurij Shdanow, dauerte der Kampf um die Nachbesetzung dieser Position drei Monate. Diese Agentur wird eine größere Bedeutung bekommen, weil geplant ist, dass sie die Mittel des Stabilisierungsfonds umsetzen soll und so zu einem Zentrum für die Forcierung staatlicher Investitionen werden würde. Gref konnte erreichen, dass zum neuen Chef der Wirtschaftszonenagentur der bisherige Leiter der Föderalen Agentur für Immobilienkataster, Michail Mischustin, ernannt wurde. Die Immobilienkatasteragentur untersteht seinem Ministerium.

Die negativen Entwicklungen setzten sich im vergangenen Sommer fort, als eine Säule des Liberalismus im Ministerium, der Stellvertretende Minister Andrej Scharonow, das Ministerium verließ. Seine Nachfolgerin wurde Anna Popowa, ein Protegé Grefs. Aber sie ist keine so gute Administratorin wie ihr Vorgänger. Im Rahmen der Regierungsumbildung im vergangenen Herbst verlor das Ministerium weiter an politischem Gewicht, weil Gref das Ministerium verließ und als Vorstandsvorsitzender zur Sberbank (Sparkasse) wechselte, die von allen russischen Banken die meisten Filialen hat. Seine Nachfolgerin wurde Elwira Nabiullina, die wegen ihrer liberalen Ansichten im Ministerium den Spitzennamen „Margaret Thatcher“ hat.

Trotzdem verlor das Ministerium eine Reihe wichtiger Funktionen an andere Behörden. Es verblieben nur Rosreserw, die Föderalen Agentur zur Verwaltung des föderalen Eigentums (FAUFI) und die Föderalen Agentur zur Verwaltung der Wirtschaftszonen (RosOES). Da Rosreserw von Putins Protegé Alexander Grigorjew geleitet wird, kann davon ausgegangen werden, dass das Ministerium diese Behörde nicht wirklich kontrolliert.

Nach der Regierungsumbildung im vergangenen Herbst vermittelt das Ministerium den Eindruck nur eines „Zentrums für strategische Entwicklungen“ im Range eines Ministeriums. Nach dem Weggang Grefs folgten ihm weitere Schlüsselfiguren des Ministeriums zur Sberbank. Es wurde auch erwartet, dass der Leiter der Abteilung für territoriale Entwicklung, Remir Mukumow geht, der ein Protegé des Leiters der Präsidialadministration, Sergej Sobjanin, ist.

Ende vergangenen Jahres erhielt das Ministerium einige Funktionen zurück, z.B. die Kontrolle des russischen Auslandseigentums von der Geschäftsführenden Verwaltung des Präsidenten. Da Elwira Nabiullina als schwache Administratorin gilt, ist nicht anzunehmen, dass diese Rückverlagerung das Ergebnis ihrer Lobbyarbeit ist.

In diesem Zusammenhang sind die Ernennungen von Andrej Klepatsch und Stanislaw Woskressenskij zu Stellvertretenden Wirtschaftsministern zu sehen. Klepatsch war vorher Abteilungsdirektor und gehört zu den Oldtimern des Ministeriums. Woskressenskij ist mit dem Leiter der Verwaltung für die Experten des Präsidenten, dem Ökonom Arkadij Dworkowitsch, verbunden. Wokressenskij wirkte mit an der Ausarbeitung des ökonomischen Teils der Reden Putins und Medwedews.

In seiner neuen Funktion ist Woskressneskij zuständig für die Investitions- und Steuerpolitik und damit für den Einfluss der Steuer auf die übrigen Wirtschaftszweige. Diese Aufgabe ist besonders wichtig vor dem Hintergrund der Initiative zur Senkung

der Mehrwertsteuer, die von Putin und Medwedew ausgeht und gegen die das Finanzministerium ist. In der letzten Woche teilte der Stellvertretende Finanzminister Sergej Schatalow mit, dass das Finanzministerium im März der Regierung die Grundlinien der Steuerpolitik für die Jahre 2009 bis 2011 vorlegen werde, die endgültigen Zahlen aber erst im Sommer. Die Ernennung der beiden neuen Stellvertretenden Wirtschaftsminister verdeutlicht, dass der Wirtschaftsblock in der Präsidentialadministration vertrauenswürdige Leute in das Wirtschaftsministerium delegiert, um so ein alternatives Einflusszentrum zum Finanzministerium zu bilden.

Prognose: Es ist möglich, dass auf Woskressenskij noch weitere Vertreter der Präsidentialadministration folgen, die dann im Wirtschaftsministerium ein Team bilden. Es gibt keine Garantie dafür, dass in der neuen Regierung das Wirtschaftsministerium in seiner bisherigen Form erhalten bleibt. Es ist aber möglich, dass das Wirtschaftsministerium in einer neuen Form überleben wird, denn es ist schwer vorstellbar, dass Dworkowitsch für nur wenige Monate einen Protegé in das Ministerium bis zur Bildung einer neuen Regierung entsendet.

Status quo im Machtkampf Generalstaatsanwaltschaft vs. Ermittlungskomitee

An der Sitzung des Kollegiums der Generalstaatsanwaltschaft am 19. Februar nahm nicht Putin teil, obwohl sie zum Bereich der Silowiki gehört, die direkt dem Präsidenten unterstehen, sondern Regierungschef Wiktor Subkow. Putin wollte vermeiden, danach befragt zu werden, auf wessen Seite er im Machtkampf zwischen Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka und dem Leiter des relativ neuen Ermittlungskomitees Alexander Bastrykin steht. (In Nr. 2 wurde ausführlich darüber berichtet.)

Es ist in solchen Streitfällen Putins Art, die Neutralität zu wahren, obwohl das Ermittlungskomitee von seinem Studienfreund geleitet wird. Andere behaupten, dass Putin gelegentlich derartige Streitfälle provoziert, um sich dann als Schlichter erweisen zu können, den beide Seiten brauchen.

Putin unterstützt den Plan zur Reform der Ermittlungsbehörden, der von der Generalstaatsanwaltschaft ausgeht. Danach wird die Generalstaatsanwaltschaft 60 % der Fälle erhalten, an denen gearbeitet wird. Zudem würde die Generalstaatsanwaltschaft fast alle Instrumente zur Kontrolle der Ermittlungen behalten.

Bastrykin brachte als Antwort eine Gesetzesvorlage in die Staatsduma ein, die den Ermittlungsorganen bei der Staatsanwaltschaft, beim Innenministerium und beim FSB sowie anderen Diensten das Recht gibt, ein Strafverfahren einzuleiten, was bisher nur die Generalstaatsanwaltschaft durfte. Außerdem sollen die Leiter der Ermittlungsbehörden - ebenso wie die Abgeordneten - auf allen Ebenen Immunität bekommen.

Prognose: Die Pattsituation wird bis zur Bildung einer neuen Regierung andauern. Möglicherweise wird durch die Bildung einer Art russischem FBI das Problem gelöst werden. Chancen für die Leitung hat nicht der durch den Silowiki-Flügel der Präsidentialadministration kompromittierte Bastrykin, sondern ein anderer Protegé Putins, der Leiter des Ermittlungskomitees beim Innenministerium, Aleksej Anitschin.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Impressum

Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse

Claudia Dressler
Steubstrasse 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448
cd@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service

Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.

Erhältlich vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.

3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.

6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.

12 Monate (48 Ausgaben) € 984,-- inkl. MwSt.

Bei Bestellungen bis zum 31. März 2008 gewähren wir 10% Einführungsrabatt auf alle Ausgaben bis einschließlich 31.12.2008.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 25.02.-02.03.2008

Die ganze vergangene Woche stand im Zeichen der Präsidentenwahl am Sonntag. Das von Putin gesetzte Ziel, Medwedew soll so viel Stimmen bekommen wie er bei seiner letzten Wahl im März 2004, wurde erreicht. Nach dem Wegfall der Abstimmungsmöglichkeit „Gegen alle Kandidaten“ hatten die Wähler nur noch die Möglichkeit, wenn sie ihren Protest ausdrücken wollten, der Wahl fern zu bleiben. Deshalb sollte eine möglichst hohe Wahlbeteiligung erreicht werden. Zu diesem Zweck wurde von den Administrationen entsprechender Druck zumindest auf alle diejenigen Personen ausgeübt, die vom Staat arbeitsmäßig abhängen: Beamte, Lehrer, Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Beschäftigte öffentlicher Verkehrsmittel, Arbeiter und Angestellte in Staatsbetrieben usw. Manche Einrichtungen und Behörden ließen sich eine Zusammenstellung der Namen derjenigen geben, die nicht an der Wahl teilnahmen.

Im Verteidigungsministerium nahm sich der hohe Offizier, der für den Wohnungsdienst zuständig ist, sozusagen der oberste Quartiermeister, das Leben. Die Wohnungssituation bei den Offizieren – nicht nur bei ihnen – ist katastrophal. Man kann sich vorstellen, welcher Druck von denjenigen auf ihn ausgeübt wurde, die für sich und ihre Familien jahre- bis jahrzehntelang auf eine menschenwürdige Wohnung warten müssen und welche Versuchungen bzw. Möglichkeiten für korruptes Verhalten sich da auftun. Nachfolger wurde ein Protegé Verteidigungsminister Anatolij Serdjukows aus der Zahl der professionellen Unternehmer.

Ferner fällt auf, dass vor der Bildung einer neuen Regierung, wozu jeder neugewählte Präsident laut Verfassung verpflichtet ist, viele Beamte die Regierung jetzt schon verlassen und sich gut bezahlte Posten in der Wirtschaft suchen. Zu diesen gehörten in der vergangenen Woche der Leiter der „Föderalen Agentur für die Verwaltung der besonderen Wirtschaftszonen“ und der Stellvertretende Kulturminister.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Vierte Ordentliche Präsidentenwahl	Dmitrij Medwedew		Wenige Wochen nach Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses dürfte die Regierungsbildung beginnen
Sitzung des Rats beim Präsidenten über die Realisierung der nationalen Projekte und die der Demographiepolitik	Dmitrij Medwedew		Die nationalen Projekte werden in Regierungsprogramme umgewandelt

Ereignis	Vorteilhaft für	Nachteilig für	Erwartung
Erklärung Dmitrij Medwedews über die Notwendigkeit, in Russland ein Mehrparteiensystem zu bilden	Gennadij Sjuganow	Sergej Mironow	Es ist möglich, dass der Plan des Kreml, in Russland eine einzige linke Partei zu bilden aus der KPRF und der Partei „Gerechtes Russland“ neu überdacht wird.
Erhöhung der Zahl der Verwaltungen und der Stellvertretenden Leiter des „Föderalen Dienstes für Finanzmonitoring“	Oleg Markow		Der Föderale Finanzmonitoringdienst verbleibt wahrscheinlich unter der Unterstellung des Premierministers
Rücktritt des Stellvertretenden Ministers für Kultur und Massenkommunikation Pawel Poshigajlo	Pawel Poshigajlo		Das Ausscheiden ist ein indirektes Anzeichen dafür, dass Alexander Sokolow der neuen Regierung nicht mehr angehören wird
Wechsel in der Führung der „Föderalen Agentur für die Verwaltung der besonderen Wirtschaftszonen“			Die Maßnahme hat technischen Charakter und führt nicht zu einer Umverteilung der Eliten um diese Behörde
Erklärung des Ermittlungskomitees über die Beendigung der Ermittlungen über die Korruption in der „Föderalen Stiftung für medizinische Pflichtversicherung“	Aleksandr Bastrykin, Michail Surabow		Die Bestrafung der verdächtigen Personen dürfte milde ausfallen
Erklärung der Führer der „Demokratischen Partei Russlands“ und der „Bürgerlichen Kräfte“ über die Notwendigkeit der Vereinigung der „Rechten“ (in Russland nicht die Nationalisten, sondern die demokratisch orientierten Kräfte)	Andrej Bogdanow, Michail Barschstchewskij	Grigorij Jawlinskij, Boris Nemzow, Nikita Belych	Die Ambitionen dieser Prokremlparteien können den Konsolidierungsprozess der alternativen Opposition erschweren

Wahl von Dmitrij Medwedew zum neuen russischen Präsidenten

Nach Auszählung von mehr als 99 % aller Wahllokale hat Dmitrij Medwedew die Präsidentenwahl am 2. März 2008 mit 70,23 % gewonnen, gefolgt vom KPRF-Chef Gennadij Sjuganow mit 17,76 %, dem LDPR-Chef Wladimir Shirinowskij mit 9,73 % und von dem Vorsitzenden der „Demokratischen Partei Russlands“ mit 1,29 %. Das Wahlergebnis für Medwedew bleibt zwar prozentual rund 1 % unter dem von Putin im März 2004, lag aber in den absoluten Werten wegen der zugenommenen Zahl der Wahlberechtigten über der von Putin (Medwedew 51.938.974 Stimmen, Putin 49.565.238). Das Wahlziel wurde bezüglich der Zustimmung also erreicht. Bei der Wahlbeteiligung von 67 % übertraf es sogar mit 3 % die von 2004, was sicher auf den administrativen Druck der Behörden und der staatlichen Firmen in den Regionen zurückzuführen ist.

Das kommunistische Mitglied der Zentralen Wahlkommission, Andrej Klytschkow, registrierte bereits 110 Beschwerden über Wahlgesetzverletzungen am Wahltag. Die Praktiken, die dazu führen, dass die Wahl zwar frei, aber nicht fair ist, bestehen nicht darin, dass am Wahltag in den Wahllokalen bei der Stimmabgabe oder bei der Auszählung gefälscht wird, sondern diese spielen sich im Vorfeld in Form des bereits oben genannten Drucks der administrativen Behörden und der wochenlangen quantitativ einseitigen Medienberichterstattung zugunsten des Kremlkandidaten ab. Ein weiteres Moment der Wahlmanipulation bestand darin, dass der demokratische Kandidat Michail Kassjanow nicht registriert wurde, wohl aber der Vorsitzende der „Demokratischen Partei Russlands“, Alexander Bogdanow. Da beide von keiner Partei aufgestellt wurden, die in der Staatsduma vertreten ist, musste jeder von ihnen für seine Registrierung zwei Millionen Unterschriften in verschiedenen Regionen sammeln. Bei keinem von beiden dürften die Unterschriften hundertprozentig korrekt gewesen sein (vollständiger Namen, Adresse usw.), was in so kurzer Zeit nicht zu schaffen ist. Bei Kassjanow wurden die Unterschriften von der Zentralen Wahlkommission sehr genau geprüft, weil Fälschungen gefunden werden sollten. Bei Bogdanow wurden sie nur stichprobenweise geprüft, weil keine Fälschungen gefunden werden sollten.

Wenn theoretisch ein maximales Fälschungspotential von 15 % angenommen wird – nach Auskunft von Experten kann in einem höhern Ausmaß nicht gefälscht werden – hätte Medwedew immer noch die absolute Mehrheit bereits im ersten Wahlgang erreicht und wäre gewählt. Die Menschen haben mehrheitlich nicht Medwedew gewählt, weil sie ihn kannten, sondern weil sie Putin nicht mehr wählen durften, was sie bis zu 80 % getan hätten.

Wie werden die beiden miteinander auskommen? Genau wissen sie es wahrscheinlich selbst noch nicht. Nach einer kurzen Interview-Äußerung am Wahlabend wies Medwedew darauf hin, dass der Präsident die Außenpolitik bestimme. In seiner langen Pressekonferenz am 14. Februar betonte Putin, dass er sich mit der Budgetplanung, der Finanz- und Sozialpolitik, dem Gesundheitswesen, der Bildung, mit Umweltfragen und der Sicherstellung der Wehrfähigkeit befassen werde. Allerdings hatte sich Medwedew während seines Wahlkampfes als Sozialpolitiker präsentiert und Gesundheit und Bildung waren zwei der vier nationalen Projekte, mit deren Bearbeitung Putin Medwedew beauftragte hatte und über deren Umsetzung Medwedew am 29. Februar vor dem Rat beim Präsidenten für die Realisierung dieser vier Projekte Rechenschaft ablegte. Dies sieht ganz nach Arbeitsteilung aus!

Werden die Aussagen Putins und Medwedews der letzten Tage zu dem Regierungs- bzw. zum Präsidentenamt einander gegenübergestellt, so ergibt sich folgendes Bild: Putin am 14. Februar in seiner letzten Pressekonferenz als Präsident: „Aber das oberste Exekutivorgan im Lande ist die Regierung, an der Spitze mit dem Vorsitzenden der Regierung.“ Medwedew vier Tage später in seinem Interview mit der Zeitschrift

„Itogi“: „In Russland gib es laut Verfassung nur *ein* Machtzentrum, den Präsidenten.“ Diese beiden Formulierungen und das dahinter stehende Amtsverständnis können einen möglichen Konflikt zwischen Medwedew und Putin nicht ausschließen.

Russland hat keine Erfahrung in der Diarchie und keine Tradition darin, dass sich der Premier direkt an das Volk wendet, um im Fall eines Konflikts mit dem Präsidenten um Unterstützung zu werben. Ein russisches Sprichwort sagt, dass nicht zwei Bären in einer Höhle leben können. Vielleicht doch?

Putin versprach Jelzin, als dieser ihn am 31. Dezember 1999 zum amtierenden Präsidenten ernannte, die von ihm eingesetzten Inhaber von Schlüsselpositionen nicht auszuwechseln. Putin hielt sich an diese Zusage ein Jahr lang und begann dann mit der Ernennung neuer Machtminister. So kann es auch geschehen, wenn Medwedew erst einmal im Amt ist und dessen Machtfülle spürt. Er könnte versucht sein zu verlangen, dass seine vom „Kurs Putins“ abweichenden Ansichten, die heute schon feststellbar sind, in die Tat umgesetzt werden. Z.B. finden wir bei Putin kein solches Bekenntnis zu Freiheit und Rechtstaatlichkeit wie bei Medwedew in einer Rede am 15. Februar auf dem V. Krasnojarsker Wirtschaftsforum.

Die Frage ist aber, ob sich Medwedew mit seinen Ansichten durchsetzen könnte, wenn er es denn wollte. Der Indikator dafür, ob Medwedew eine Chance dafür hat, ist folgender: Der politische Anführer der Silowiki im Kreml, Igor Setschin, der schon Putins Vorzimmer in St. Petersburg bewachte, scheidet aus der Präsidentialadministration aus und wechselt nicht in Putins Regierungsapparat. Wenn die jetzige Entourage im Grunde im Kreml verbleibt, wenn auch in anderer personeller Besetzung, werden weiterhin die Silowiki dominieren, die sich an Putin ausrichten. Er würde dann über sie den Präsidenten steuern können.

Zwei mögliche Gefährdungen der Stabilität in Russland sind jetzt vorstellbar: erstens der Widerstand der Silowiki gegen Medwedew und zweitens der Umstand, dass zwischen Politikern – auch wenn sie heute noch einer Meinung sind – doch Konflikte entstehen können, wenn sie verschiedene Ämter innehaben. Zur ersten möglichen Gefahr: Die Silowiki sind sehr heterogen, auch im Grad ihrer Sympathie bzw. Antipathie Medwedew gegenüber. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass sich die Silowiki nicht zu gemeinsamem Widerstand gegen einen Präsidenten Medwedew zusammenschließen dürften, zumal Putin Premier sein wird, dem sie alle ihre Ämter verdanken.

Beide, Medwedew und Putin, verfügen über gewisse Machtinstrumente: Der Präsident hat *verfassungsmäßig* das Recht, bei Kabinettsitzungen den Vorsitz zu führen. Außerdem bestimmt er die grundlegenden Richtungen der Innen- und Außenpolitik und leitet letztere auch. Schließlich kann der Präsident den Premier entlassen ohne Angabe von Gründen. Jelzin machte von diesem Recht viermal Gebrauch.

Als *politisches* Machtinstrument gegen den Präsidenten dürfte Putin im Konfliktfall das Impeachment einsetzen. Über die entsprechende Zwei-Drittel-Mehrheit zur Einleitung des Absetzungsverfahrens verfügt „Einiges Russland“ in der Staatsduma. Putin antwortete während der Pressekonferenz am 14. Februar zwar verneinend auf die Frage, ob er Vorsitzender dieser Machtpartei werden wolle. Aber er kann in dieser Frage seine Meinung ändern, zumal sich beide Funktionen auch in Russland nicht ausschließen, wenn sie von ein und derselben Person wahrgenommen werden. Bei der Parlamentswahl im vergangenen Dezember war Putin schon der Spitzenkandidat von „Einiges Russland“.

Ein Impeachmentverfahren gegen den Präsidenten darf laut Verfassung nur in den beiden Fällen des Hochverrats oder eines anderen schweren Verbrechens eingeleitet werden. Doch die Parteiführung ist der Meinung, dass sie – wenn sie ein solches Verfahren einleiten wolle -, dafür die erforderlichen Gründe schon finden werde. Die im Föderationsrat nötigen zwei Drittel der Stimmen für die Absetzung des Präsidenten

wären zu bekommen. Zu den notwendigen Gutachten zur Bestätigung des verbrecherischen Verhaltens des Präsidenten und über die Einhaltung des vorgeschriebenen Amtsenthebungsverfahrens wären das Obersten Gericht bzw. das Verfassungsgericht dann auch bereit, wenn auch vielleicht etwas widerwillig.

Prognose: Auch wenn die Wahl Medwedews die Stabilität an der russischen Führungsspitze nicht unmittelbar gefährdet, so ist doch vorstellbar, dass die unterschiedlichen Elitengruppen, die zu Medwedew bzw. zu Putin gehören, beide drängen, die Möglichkeiten ihrer Ämter voll auszureizen. Insofern könnte es zu Machtkämpfen rivalisierender Elitegruppen unterhalb der Spitzenetage kommen, wodurch verhindert würde, dass mutige Reformschritte unternommen werden.

Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow kann wohl im Amt bleiben

Seit März vergangenen Jahres wurde im Verteidigungsministerium fast jeden Monat ein hoher Beamter ausgewechselt. Der erste war der „Außenminister“ des Verteidigungsministeriums, der Leiter der Hauptverwaltung für internationale militärische Zusammenarbeit, Generaloberst Anatolij Masurkewitsch. Der andere, der gehen musste, war der Stellvertretende Verteidigungsminister und Rüstungschef der Streitkräfte, Armeegeneral Alexej Moskoskij. Beide gehörten zum Kommando des früheren Verteidigungsministers Sergej Iwanow.

Serdjukows radikale Art des Kaderwechsels unterscheidet sich von der seines Vorgängers Iwanow, der das viel leiser und vorsichtiger machte. Inzwischen wurden fast alle Führungsfiguren des Ministeriums entlassen, meistens „auf eigenen Wunsch“. Armeegeneral Moskoskij hatte sein 60. Lebensjahr erreicht und musste deshalb aus formalen Gründen ausscheiden, aber Putin hätte ihm, wie bei manchen anderen, eine Ausnahmegenehmigung für einen längeren Dienst erteilen können. Entlassen wurden später der Oberbefehlshaber der Luftstreitkräfte, Wladimir Michajlow, der Oberbefehlshaber der Kriegsmarine, Wladimir Massorin, der Leiter der Hauptverwaltung Panzer, Generaloberst Wladimir Polonskij, und der Erste Stellvertretende Verteidigungsminister Alexander Beloussow. Einige von ihnen erhielten eine Sinecura. So wurde Massorin zum Berater des Verteidigungsministeriums ernannt, und Beloussow wurde Chef der Generalstabsakademie.

Die Nachfolger kamen meist aus den Stellvertreterpositionen ihrer bisherigen Chefs. So wurde zum Nachfolger von Masurkewitsch sein bisheriger Stellvertreter Wladimir Fedorow ernannt, zum neuen Oberkommandierenden der Luftstreitkräfte Alexander Selin, der bisher Wladimir Michajlow vertreten hatte.

Der Selbstmord von Wiktor Wlassow, der im Verteidigungsministerium den Dienst für die Wohnungszuteilung und den Wohnungsbau leitete, stellt in gewisser Weise eine Bedrohung für die Position des Verteidigungsministers dar. Vor seinem Selbstmord hatte der Beamte ein sehr ernstes Gespräch mit seinem Minister, bei dem es auch um Straftatbestände gegangen sein soll. Nachfolger Wlassows wurde der Freund Serdjukows, Leonid Sorokow, der bis vor kurzem Generaldirektor der St. Petersburger Baufirma „Petr Welikij“ („Peter der Große“) (Offene Aktiengesellschaft) war, die zum Generalauftragsnehmer der militärischen Bauorganisation „Sewernaja stoliza“ („Nördliche Hauptstadt“) gehört.

Prognose: Medwedew billigt die Idee der Privatisierung liquider Objekte des Verteidigungsministeriums, z.B. die Freigabe von einem Teil der Flächen des Ministeriums für den Wohnungsbau. Doch wenn die Generalität geschlossen Front macht, werden dieser Privatisierungsprozess und andere Strukturreformen eingefroren.

Ausblick

Die ersten Personalmaßnahmen Medwedews dürften die Präsidialadministration betreffen. Zu den Profiteuren von Medwedew als Präsident dürften der Wirtschaftsberater des Präsidenten Igor Schuwalow gehören, der als die rechte Hand Medwedews die vier nationalen Projekte (Gesundheit, Bildung, Wohnung, Landwirtschaft) betreute, die Putin Medwedew zur Bearbeitung übertragen hatte. Ferner kann der außenpolitische Berater des Präsidenten Sergej Prichodko genannt werden. Ein Protegé Medwedews ist der Leiter der Verwaltung für den Staatsdienst in der Präsidialadministration, Sergej Dubik.

Wenn schon nicht aufsteigen, so wird er seine Position wohl wenigstens halten können: Wladislaw Surkow. Als Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration ist er für die russische Innenpolitik zuständig. Er steuert z.B. die Arbeit der Parteien, vor allem der Machtpartei „Einiges Russland“. Er hätte zwar lieber Sergej Iwanow als Putins Nachfolger gesehen, aber er kann sich mit Medwedew arrangieren.

Vor zwei Jahren versuchte sich Surkow als neuer Chefideologe und kreierte, um die westliche Russlandkritik abzuwehren, den Begriff der „souveränen Demokratie“. Dieser wurde von Medwedew als ein keineswegs idealer Begriff kritisiert. Wenn dem Begriff „Demokratie“ eine besondere Charakterisierung hinzugefügt werden müsse – so Medwedew –, dann habe das einen „seltsamen Beigeschmack“, denn sie lege den Verdacht nahe, „dass die Rede dann doch von irgendeiner anderen als der herkömmlichen Demokratie ist“.

Seine Position als Leiter der Präsidialadministration dürfte Sergej Sobjanin behalten, zumal er den Wahlkampfstab Medwedews leitete, was 2004 Medwedews Aufgabe bei Putin war.

Ihre Positionen in der Präsidialadministration müssen höchstwahrscheinlich räumen: der Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration und Kanzleichef Putins, Igor Setchin, der im Kreml auch die Geheimdienste zu beaufsichtigen hat und als Anführer der Silowiki gilt. Die zweite Person ist der Kaderchef des Kreml, FSB-Generalleutnant Wiktor Iwanow.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt.

Impressum
Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse

Claudia Dressler
Steubstraße 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448
cd@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service

Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.
12 Monate (48 Ausgaben) € 984,-- inkl. MwSt.

Bei Bestellungen bis zum 31. März 2008 gewähren wir 10% Einführungsrabatt auf alle Ausgaben bis einschließlich 31.12.2008.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 03.-09.03.2008

Die Tendenz zum „Gefrieren“ des politischen Lebens angesichts der unmittelbar bevorstehenden „großen Umverteilung“ setzte sich in der vergangenen Woche fort. Die Haupttätigkeit bestand praktisch in der Analyse des Wahlergebnisses der Präsidentenwahl. Die Gouverneure konnten unterschiedliche Ergebnisse nach Moskau melden. Sie reichten von 59,26 % für das Gebiet Smolensk bis zu 91,92 % für die kaukasische Republik Dagestan. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 52,85 % für das Gebiet Iwanowo und 92,83 % für die Republik Mordwinien. Auffällig ist, dass laut Mitteilung der Zentralen Wahlkommission bei der Präsidentenwahl am 2. März 2008 107 Mio. Wahlberechtigte im Wählerverzeichnis standen, bei der Staatsdumawahl am 2. Dezember 2007 aber 109 Mio. Innerhalb von drei Monaten sind über 2 Mio. Menschen aus dem Wählerverzeichnis verschwunden. Standen bei der Parlamentswahl so viele „tote Seelen“ im Wählerverzeichnis oder wollte man eine möglichst hohe Wahlbeteiligung bei der Präsidentenwahl vorweisen?

Am 3. März fanden zwei Protestversammlungen gegen die Präsidentenwahl statt, die als „beschämend“ und „illegitim“ bezeichnet wurde. In Moskau demonstrierten einige hundert Menschen auf einer nicht angemeldeten genehmigten Kundgebung, die mit massiver Polizeigewalt aufgelöst wurde. In St. Petersburg waren es 1.000 Menschen auf einer angemeldeten Kundgebung, bei der die Polizei nicht eingriff. In St. Petersburg wurde allerdings am 3. März der führende Jabloko-Politiker der Stadt, Maxim Resnik, der zu den Organisatoren des Marsches der Nichteinverstandenen gehört, verhaftet. Er wurde beschuldigt einen Polizisten angegriffen zu haben, was Resnik bestreitet und er hat Zeugen dafür. Am 4. März wurde er zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Am 5. März trat er in den Hungerstreik, um gegen die ungerechtfertigte Beschuldigung zu protestieren. Resnik ist eine der Schlüsselfiguren bei der für den 22. März geplanten Organisation der Konferenz zur Schaffung einer vereinigten Front der Liberalen aus der „Union rechter Kräfte“, Jabloko und der „Vereinten Bürgerfront“.

Der Menschenrechtsbeauftragte des Präsidenten für Russland, der ehemalige Botschafter in den USA, Mitbegründer von „Jabloko“ und frühere Stellvertretende Staatsdumavorsitzende Wladimir Lukin legte seinen Bericht über die bei ihm eingegangenen Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen in Russland im vergangenen Jahr vor. Die Menschenrechtssituation in Russland bezeichnete er als „unbefriedigend“. Mit 30.000 Fällen, die bei ihm 2007 eingingen, waren es zehn Prozent mehr als 2006. Die Mehrheit der Eingaben betrafen Beschwerden über Amtsmissbrauch durch Staatsbedienstete, teilweise von Richtern und Justizvollzugspersonal. Dabei ging es um Untersuchungsgefängnisse, Folter, Gewalt gegen Gefangene und unnötige Prozessverschleppung.

In diesem Zusammenhang ist die Zunahme von rechtsextremistischen Straftaten in Russland festzustellen. Das Moskauer Menschenrechtsbüro berichtete von mehr als 60 registrierten Verbrechen Radikaler in den ersten zwei Monaten dieses Jahres in Moskau und St. Petersburg sowie in den Gebieten von Swerdlowsk, Nishnyj Nowgorod und Wolgograd. Nach Auskunft der Direktorin der NGO „Sova“, Galina Koshewnikowa, bleibt die Mehrzahl dieser Straftaten unaufgeklärt.

Durch neue Regelungen will die Staatsduma den Boden für die Rotation der Eliten vorbereiten. In zweiter und dritter Lesung billigte das Parlament die Regelung, wonach der Präsident in jedem einzelnen Fall das Verbot der Wahrnehmung verschiedener Ämter in Personalunion für Staatsbedienstete aufheben kann.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Analyse der Ergebnisse der Präsidentenwahl	Dmitrij Medwedew, Gennadij Sjuganow, Wladimir Shirinowskij, Andrej Bogdanow		Der Kampf um die Interpretation der Wahlergebnisse wird härter werden bei Zuspitzung der Spannungen um die personelle Zusammensetzung der künftigen Regierung und Präsidialadministration
Auftreten Putins bei einem Treffen mit Regierungsmitgliedern	Wladimir Putin		Der amtierende Präsident gibt Erklärungen ab, die als Bestätigung dafür interpretiert werden, daß er die zukünftige Regierung leiten wird
Wladimir Putin beauftragt Dmitrij Medwedew, die Sitzung des Präsidiums des Staatsrats vorzubereiten und zu leiten	Dmitrij Medwedew		Wladimir Putin wird in nächster Zeit das Szenario der „fließenden“ Übertragung von Vollmachten an den Erben realisieren
Putin unterschreibt das Dekret „Über den Status des neu gewählten, aber noch nicht ins Amt eingeführter Präsident der Russischen Föderation“	Wladimir Putin, Dmitrij Medwedew		Medwedew bekommt unbedeutende ergänzende Ressourcen für die Formierung seines eigenen Kommandos
Auftreten von Wiktor Subkow auf der Kabinettsitzung	Wiktor Subkow	Anatolij Tschubajs	Das Auftreten Subkows ist nicht Ausdruck einer Stärkung seiner Position, sondern dient der Wahrung seines Gesichts
Aktionen der „Nichteinverstandenen“ in Moskau und St. Petersburg		Garry Kasparow, Eduard Limonow	In nächster Zeit werden die „Nichteinverstandenen“ keine Massenprotestaktionen durchführen
Konflikt zwischen Sergej Tschemesow und der „Militärindustriellen Kommission“ über die Zusammensetzung des Grundkapitals von „Rostechologij“	Sergej Owanow, Wladimir Putilin	Sergej Tschemesow	Tschemesow wird Zugeständnisse machen müssen
Veröffentlichung der Information über die Entlassung des früheren Leiters der Rechtsabteilung des „Föderalen Steuerdienstes“ Anton Ustinow	Michail Mokrezow (Leiter des „Föderalen Steuerdienstes“)	Silowiki-Flügel in der Präsidial-administration	Die Entlassung odioser Figuren aus dem „Föderalen Steuerdienst“ im Interesse des Silowiki-Flügels der Präsidial-administration wird andauern
Nächste Etappe im Streit der Generalstaatsanwaltschaft mit dem Ermittlungskomitee	Jurij Tschajka	Alexander Bastrykin	Überprüfung der Generalstaatsanwaltschaft, die Ergebnisse werden der Öffentlichkeit mitgeteilt
Das Ministerium für Informationstechnologie sowie das Post- und Fernmeldewesen hat alle Mobilfunkunternehmen und alle Internetprovider angewiesen, dem FSB ungehinderten Zugang für das Monitoring der Telefon- und Internetkommunikation einzuräumen	Inlandsgeheim-dienst FSB		Diese Kontrollmöglichkeiten dürften vom FSB auch in seinem Kampf gegen andere Geheimdienste und im Machtkampf eingesetzt werden

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Ernennung von Walerij Gajewskij zum Stellvertretenden Regionalminister	Dmitrij Kosak		Gajewskij trat schon früher dem Kommando Kosaks bei, so dass seine Ernennung nicht zu einer Änderung der Apparateverteilung im Ministerium führt
Veröffentlichung der Information über die Absicht des Verteidigungsministeriums, die Verlängerung der Dienstzeit der Offiziere zu unterstützen	Anatolij Serdjukow		Die Versuche, die Unterstützung der Generalität zu erhalten, werden andauern
Mitteilung des Vorsitzenden von „Einiges Russland“ über die Absicht, im Rahmen des „Zentrums für sozial-konservative Politik“ bei „Einiges Russland“ den „Klub 2020“ zu gründen	Boris Gryslow		Boris Gryslow und „Einiges Russland“ behaupten ihr Monopol auf den „Plan Putins“
Billigung der Änderungen einer Reihe von Vorschriften für Staatsbedienstete bezüglich des Verbots der Ausübung von Funktionen in Personalunion durch die Staatsduma			Diese Vorschrift ist ein Schlüsselinstrument bei der Neuverteilung der Apparateressourcen im Machtwechselprozeß

Nachklänge zur Wahl von Dmitrij Medwedew zum neuen russischen Präsidenten

Nach dem von der Zentralen Wahlkommission verkündeten offiziellen Wahlergebnis bekamen Dmitrij Medwedew 70,28 % (52.530.712 Stimmen), Gennadij Sjuganow 17,72 % (13.530.712 Stimmen), Wladimir Shirinowskij 9,35 % (6.988.510 Stimmen) und Andrej Bogdanow 1,29 % (968.344 Stimmen). Medwedew ist mit 42 Jahren das jüngste Staatsoberhaupt in Russland seit dem Sturz des Zaren. Bogdanow ist mit 38 Jahren der jüngste Kandidat, der sich bisher um das russische Präsidentenamt beworben hat.

Eine der bekannten administrativen Möglichkeiten, Medwedew zu favorisieren, waren die landesweit zu sehenden Fernsehprogramme, die unter der Kontrolle des Kreml stehen. In Russland ist das Fernsehen das einzige wirkliche Massenmedium, denn die überregionale Presse erscheint nur in kleinen Auflagen und ist landesweit nicht zu beziehen. Die Regionalpresse kann sich im Allgemeinen nicht selbst finanzieren und ist auf die Bezuschussung durch den Gouverneur angewiesen, weswegen sie nicht mehr unabhängig ist.

Die Analyse des russischen „Zentrums für Journalismus in Extremsituationen“ über die Präsenz der Präsidentschaftskandidaten während des Wahlkampfs ergab, dass Medwedew im „Ersten Kanal“, der auch in der gesamten GUS empfangen werden kann, zu 32 % präsent war, im Kanal „Russland“ zu 26 %, bei „TV-Zentr“ zu 35 % und bei NTV, der zur Gazprom-Media gehört, zu 43 %. Die anderen Kandidaten lagen zwischen 6,8 % und 0,1 %. Putin, der gar nicht kandidierte, erreichte zwischen 50 % und 60 %. Bei Putin und Medwedew trugen zu ihrer hohen Quote die Berichte über die Ausübung ihrer Ämter bei, wobei möglichst viele Bilder über die Tätigkeit des Ersten Stellvertretenden Premier Medwedew mit Blick auf seine Präsidentschaftskandidatur gezeigt wurden.

Bei dem privaten Fernsehsender REN-TV, bei dem die Bertelsmann-Gruppe RTL 30 % seiner Aktien hält und der auch GUS-weit sowie in den baltischen Ländern gesehen werden kann, betragen die Werte 31 % für Putin, 21 % für Medwedew, 22 % für Shirinowskij, 21 % für Sjuganow und 6,3 % für Bogdanow.

Am 2. März wurden zudem die Gesetzgebenden Versammlungen in folgenden elf Regionen gewählt: in den Republiken Jakutien (Sacha), Baschkortostan, Inguschetien und Kalmykien, in der Region Altaj sowie in den Gebieten Rostow, Uljanowsk, Amur, Jaroslawl, Iwanowo und Swerdlowsk. Erstens: Die Machtpartei „Einiges Russland“ konnte ihre Position in den Regionen deutlich verbessern gegenüber den Regionalwahlen im vorigen Herbst, weil der Kreml die von ihm geschaffene neue kleine Machtpartei „Gerechtes Russland“ fallen ließ. Sie konnte in vielen Regionen gar nicht erst zur Wahl antreten. „Einiges Russland“ erreichte zwischen 51,60 % (Jaroslawl) und 93,91 % (Baschkortostan) und stellt somit in den neuen Regionalparlamenten die absolute Mehrheit, was im Falle einer Verfassungsänderung notwendig wäre, denn diese bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln aller regionalen Gesetzgebungsorgane. Zweitens ging die Zahl der Parteien, die zu den Wahlen antraten, zurück. Von den 15 registrierten Parteien nahmen nur vier aktiv an den Wahlen teil. Drittens haben es systemoppositionelle Parteien immer schwerer, sich auch an regionalen Wahlen zu beteiligen. Dabei ist nicht nur „Gerechtes Russland“ gemeint, sondern auch die „Kommunistische Partei der Russischen Föderation“, der man z.B. im Gebiet Amur die Registrierung zur Wahlteilnahme verweigern wollte. Viertens zeigten die jüngsten Regionalwahlen die Schwäche der liberalen Opposition. So nahm die „Union rechter Kräfte“ nur im Gebiet Iwanowo an der Regionalwahl teil. Und „Jabloko“ führte überhaupt keine Wahlkampagne durch.

Am 3. März unterschrieb Putin ein Dekret, nach dem für Medwedew der neue Status des gewählten Präsidenten eingeführt wurde mit dem offiziellen Titel „neu gewählter, aber noch nicht ins Amt eingeführter Präsident der Russischen Föderation“.

In der einzigen Pressekonferenz, die Medwedew nach der Wahl am 3. März in seinem Wahlkampfstab gab, erklärte er, dass seine Haupttätigkeit bis zu seiner Vereidigung die Bildung der neuen exekutiven Macht sein werde. Damit meinte er außer der Regierung auch die Präsidialadministration, die er effektiver machen wolle. Diese Aufgabe sei „schwierig“ – wahrscheinlich wegen des Austarierens der verschiedenen Machtgruppen – und „kräftezehrend“. Zweitens werde er bis dahin die unvollendeten Arbeiten weiterführen. Damit meint er wohl die vier nationalen Programme, die Putin ihm übertragen hatte. Er betonte, dass er das *höchste staatliche Amt* ausüben werde. Die Beziehungen zu Putin würden „freundschaftlich, partnerschaftlich“ sein. Sie vertrauen sich gegenseitig. Jeder habe seine Vollmachten, die sich aus der Verfassung und aus den Gesetzen ergäben und keiner von ihnen wolle sie ändern.

Prognose: In allernächster Zeit wird es darum gehen, in welchem Maße sich Medwedew aus dem Schatten Putins lösen will und kann. Das Hauptfeld, auf das Medwedew unter Berufung auf die Verfassung verweist, ist die Außenpolitik. In welchem Maße Medwedew die außenpolitische Profilgewinnung gelingt, hängt nicht zuletzt vom Verhalten des Westens ab.

Premier Putin

Am 4. März erklärte der Vorsitzende der Staatsduma und von „Einiges Russland“, Boris Gyslow, dass „Einiges Russland“ die „Partei Wladimir Putins“ bleiben werde, ungeachtet dessen, dass Dmitrij Medwedew zum neuen Präsidenten gewählt worden sei. Putin war ja schon der Spitzenkandidat der Partei bei der Staatsdumawahl am 2. Dezember. Auf seiner Pressekonferenz am 14. Februar verneinte Putin zwar die Möglichkeit, Vorsitzender von „Einiges Russland“ zu werden. Aber dies muss nicht für immer gelten. Gyslow erklärte weiter, dass Putin „der nationale Führer“ bleibe und die Ideologie der Partei der „Plan Putins“ sei. Dieser Plan war kurz vor der Staatsdumawahl aus dem Boden gestampft worden. Er existiert nicht als durchgängig ausgearbeitetes Dokument, sondern ist nur eine Zusammenstellung von programmatischen Zitaten aus Putins Reden.

In den Regionen bestehen praktisch zwei Machtvertikalen: die exekutive der Gouverneure und die Parteivertikale von „Einiges Russland“, die oft gegeneinander konkurrieren. Während bei der Parlamentswahl beide Vertikalen zusammenarbeiteten, war es bei der Präsidentenwahl die Aufgabe lediglich der exekutiven Vertikal, die Wahlbeteiligung und die Zustimmung zu besorgen. „Einiges Russland“ beschränkte sich darauf, Medwedew als ihren Präsidentschaftskandidaten aufgestellt zu haben.

Das Amt des Regierungschefs ist für einen russischen Politiker, der eine hohe öffentliche Zustimmung genießt, in der gegenwärtigen Zeit gefährlich. Denn Russland hat schwierige Wirtschafts- und Sozialprobleme zu lösen wie z.B. die Bekämpfung der Inflation und der Korruption, den Umbau des Rentensystems in Richtung Erhöhung der niedrigen Renten und deren Sicherung, die Durchführung der aufgeschobenen Kommunalreform, die Modernisierung der fast in vielen Bereichen durchgängig maroden Infrastruktur usw. Putin ist kein Ökonom, Medwedew auch nicht. Putin braucht eine exzellente personelle Besetzung der Wirtschafts- und Finanzressorts.

Folgende Szenaria für die vierjährige Amtszeit Medwedews sind vorstellbar:

1. Putin-Szenario: Putin schöpft die Möglichkeiten seines Amtes voll aus. Schon bei der Regierungsbildung nutzt er seine verfassungsmäßigen Rechte, was seine Amtsvorgänger im Regierungsamt kaum getan haben dürften, und schlägt dem Präsidenten für die Positionen der Stellvertretenden Regierungschefs und der föderalen Minister die Kandidaten vor, die dann vom Präsidenten ernannt werden. Auch sonst nutzt er die dem Premier von der Verfassung eingeräumte Macht voll aus. Er erstellt den föderalen Haushalt und gewährleistet seinen Vollzug, trifft Maßnahmen zur Landesverteidigung und setzt die Außenpolitik um, um nur einige wichtige Rechte zu nennen. Putin verständigt sich mit den großen politischen und ökonomischen Playern und kann sich voll auf die Zweidrittelmehrheit von „Einiges Russland“ in der Staatsduma verlassen, die er bei der Einleitung eines Impeachments gegen Medwedew brauchen würde. Medwedew spielt praktisch nur eine repräsentative Rolle und kandidiert 2012 nicht für das Präsidentenamt, sondern Putin.

2. Medwedew-Szenario: Medwedew löst sich allmählich aus dem Schatten Putins und gewinnt neue machtpolitische Ressourcen, die ihm helfen, die Ankündigungen in seinen Wahlkampfreden umzusetzen. Medwedews Kurs wird vom Westen unterstützt. Zudem wird er mit seinen politischen Gegnern fertig, die aus einigen Silowiki-Kreisen kommen. Deshalb wird Putin nicht während der gesamten Amtszeit des Präsidenten Premier bleiben. Er tritt nach einiger Zeit als Premier zurück. Dann könnte er seinen Traumjob als Oligarch antreten. Aber nicht als echter Oligarch, denn dafür ist es zu spät, sondern als bürokratischer Oligarch, vielleicht an der Spitze des Gasmonopolisten Gazprom, den er ohnehin schon immer gelenkt hat. Medwedew steuert auf eine zweite Amtszeit zu.

Prognose: Mit der Umbildung der Regierung wird nicht früher als Mitte April begonnen. Sie dürfte Ende Mai abgeschlossen sein.

Die Intrigen der beiden Sergejs: Iwanow vs. Tschemesow

In Nr. 4 von „Russland intern aktuell“ von Anfang Februar wurde von den ehrgeizigen Plänen Sergej Tschemesows berichtet, einen riesigen Technologiekonzern mit dem Namen „Rostekhnologij“ zu schaffen, der nach Gazprom das zweitgrößte Unternehmen Russlands werden soll. Seine expansionistischen Bestrebungen treffen immer auf den aktiven Widerstand anderer Spieler, die alle – wie auch Tschemesow – Anhänger einer dirigistischen Wirtschaft sind. Ende vergangenen Dezember machte er der Regierung den Vorschlag, durch ein Dekret des Präsidenten das Grundkapital von „Rostekhnologij“ zu schaffen. Die Liste der dafür erforderlichen Betriebe umfasst 250

Firmen, von denen 169 im Verzeichnis der strategisch wichtigen Unternehmen stehen. Diese Initiative stieß auf dem Widerstand der „Militärisch-industriellen Kommission“ bei der Regierung, die vom Ersten Stellvertretenden Premier Sergej Iwanow geleitet wird.

Entsprechend dem Dekret des Präsidenten, das Putin im vergangenen September unterschrieben, hat die „Militärisch-industrielle Kommission“ u.a. die Funktion der Zusammenstellung der staatlichen Rüstungsbestellungen.

Die Initiative Sergej Tschemesows ist der Versuch der Umverteilung derjenigen Bereiche, die Sergej Iwanow kontrolliert und sein Stellvertreter in der „Militärisch-industriellen Kommission“ Wladislaw Putilin. Tschemesow möchte, dass mindestens zwei Drittel aller Betriebe zu „Rosttechnologij“ kommen, die staatliche Rüstungsbestellungen erhalten. Durch die Blockade der Formierung des Grundkapitals von „Rosttechnologij“ durch die „Militärisch-industrielle Kommission“ soll Zeit gewonnen werden. Die Realisierung der alternativen Variante, welche die Kommission vorschlägt, braucht anderthalb bis zwei Jahre. Dagegen möchte Tschemesow bis zum Sommer dieses Jahres die Übertragung von Aktiva in das Eigentum von „Rosttechnologij“ forcieren. Das Hinauszögern dieses Projektes wäre für Tschemesow nicht vorteilhaft, zumal sein Großunterstützer Putin nicht mehr Präsident ist und Medwedew das Projekt vielleicht nivelliert.

Das Ziel der Intrige Sergej Iwanows gegen Sergej Tschemesow verfolgt nicht nur das Ziel, die Formierung des Grundkapitals der Staatsfirma zu blockieren, sondern ist auch von dem Streben nach einem Kompromiss getragen, in dieser neuen Firma eine Funktion zu bekommen. Dies ist besonders aktuell, da die Chancen Iwanows als einziger verbliebener Erster Stellvertretender Premier auch der neuen Regierung anzugehören, abnehmen. Außerdem hörten die Attacken von Premier Wiktor Subkow gegen Tschemesow auf, als dessen Schwiegersohn, Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow, Vorsitzender des Aufsichtsrats von „Rosttechnologij“ wurde.

Prognose: Der Machtkampf um die Formierung des Technologiekonzerns „Rosttechnologij“ wird andauern. Es ist allerdings nur schwer vorstellbar, dass Tschemesow erreichen wird, dass seine Vorschläge in Reinkultur realisiert werden. Unter einem Premier Putin ist die Kontrolle der Rüstungsunternehmen durch die „Militärisch-industrielle Kommission“ eine wesentliche Machtressource. Nach dem Ausscheiden Putins aus dem Präsidentenamt verringern sich die Lobbyierungsmöglichkeiten Tschemesows. Aber in einer Regierung Putin wird Tschemesow immer noch genügend Möglichkeiten aufgrund seiner Apparatereserven haben, das bisher Erreichte zu schützen, aber nicht mehr zu expandieren.

Rückblick

Michail Kassjanow wurde mittels der genauen Prüfung der eingereichten Unterschriftenlisten auf Fehler von der Zentralen Wahlkommission nicht als Präsidentschaftskandidat registriert auf persönlichen Wunsch Putins.

Putin hatte am 24. Februar 2004 seinen damaligen Premier Kassjanow überraschend entlassen, obwohl nach der Präsidentenwahl am 14. März 2004 die Regierung ohnehin ihre Vollmachten hätte niederlegen müssen. Kassjanow hatte im Oktober 2003 die Verhaftung von Michail Chodorkowskij öffentlich kritisiert, weswegen er von der Stellvertretenden Generalstaatsanwältin zurechtgewiesen worden war. Im November 2003 hatte Kassjanow Putin seinen Rücktritt angeboten, den Putin aber nicht annahm. Das damalige Präsidentenwahlgesetz schrieb eine Mindestwahlbeteiligung von 50 % vor. Diese Vorschrift wurde später gestrichen. Kassjanow bemühte sich Anfang 2004 darum zu erreichen, dass die Wahlbeteiligung bei der Präsidentenwahl unter 50 % bleibt, damit die Wahl dann rechtlich nicht gültig sei. Wäre das der Fall gewesen,

hätten die bisherigen Kandidaten bei der Wiederholung der Präsidentenwahl nicht mehr antreten dürfen. Das wäre das politische Aus für Putin gewesen.

Ausblick

Im Weißen Haus, dem Sitz der Regierung, musste der noch amtierende Premier Wiktor Subkow sein Büro räumen. Es wird für den Einzug Putins als zukünftigem Regierungschef renoviert.

Der Leiter der Präsidentialadministration, Sergej Sobjanin, der Medwedews Wahlkampfstab leitete, soll nach der Vereidigung Medwedews am 7. März seine Funktion behalten, wie auch Sobjanins Stellvertreter Wladislaw Surkow, der für Innenpolitik und Zivilgesellschaft zuständig ist. Außerdem soll ein neuer Stellvertreterposten für rechtliche Fragen und die Bekämpfung der Korruption geschaffen werden. Der andere Stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration und Kanzleichef Putins, Igor Setschin, der auch die Geheimdienste beaufsichtigt, und Putins Pressesprecher Alexej Gromow sollen nicht mehr der neuen Administration angehören.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Ausgewählte Bezieher: Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Impressum

Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse

Claudia Dressler
Steubstrasse 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448
cd@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service

Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.
12 Monate (48 Ausgaben) € 984,-- inkl. MwSt.

Bei Bestellungen bis zum 31. März 2008 gewähren wir 10% Einführungsrabatt auf alle Ausgaben bis einschließlich 31.12.2008.

www.partners-for-public-affairs.com

Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394

RUSSLAND INTERN AKTUELL

Die wichtigsten innenpolitischen Trends der Woche 10.-16.03.2008

Die vergangene Woche zeigte, dass in den nächsten sechs Wochen in der politischen Elite und in der Regierung keine Veränderungen stattfinden werden, sondern erst nach der Vereidigung von Dmitrij Medwedew als neuer russischer Präsident am 7. März. Das ermutigt einige Player im Staatsapparat, ihre Anstrengungen und Kämpfe gegeneinander zu verstärken, aber nicht unbedingt auf dem Niveau von Oktober/November 2007. Die verschiedenen Player beobachten genau, wie sich die Beziehungen innerhalb des Tandems Putin-Medwedew entwickeln.

In der vergangenen Woche war dazu ein Probelauf zu beobachten. Man konnte sehen, dass die führende Rolle in diesem „Duumvirat“ eindeutig Putin innehat, was aber nicht ausschließt, dass er in vielen Schlüsselfragen Medwedews Meinung in Rechnung stellt. Putin versucht, Medwedew durch die Beibehaltung mancher präsidentieller Regalia und Vollmachten „einzufassen“. So behält Putin ein Büro im Kreml. Alles deutet darauf hin, dass die beiden Politiker einen Kompromiss finden werden und sich die Hoffnungen verschiedener politischer Kräfte auf einen großen Konflikt zwischen „beiden Präsidenten“ nicht erfüllen.

Die sechswöchige Atempause bezüglich der Regierungsbildung provoziert die Zuspitzung des Kampfes der verschiedenen Apparate um die Ausweitung ihres Einflusses. Das zeigte sich in der Frage des Verkaufs von wertvollen Grundstücken des Verteidigungsministeriums, der mehrere Interessenten auf den Plan rief. Zu diesen gehört die „Russische Stiftung für Staatseigentum“ mit ihrem Leiter Jurij Petrow. Wenn die lobbyistischen Möglichkeiten des Tandems Wiktor Subkow (Premier)-Anatolij Serdjukow (Verteidigungsminister) so groß sein sollten, dass sie Petrow und seine Stiftung an der Auktion im April nicht teilnehmen lassen, können die Stiftung und Petrow eine bestimmte Kompensation erwarten. So wurde Petrow, der ein Protegé Medwedews ist, auf die Liste der Kandidaten für einen Aufsichtsratsposten bei „Rosneft“ gesetzt.

Neben diesen Regierungsaktivitäten spielten auch Aktionen der Machtpartei eine Rolle. Die Führung von „Einiges Russland“ unternahm eine Reihe von Maßnahmen, um den Status der Partei als die wichtigste Kaderreserve und Bollwerk des Präsidenten Wladimir Putin zu wahren. So wurde Oleg Kowalew nur deshalb von Putin für den Posten des Gouverneurs des Gebietes Rjasan vorgeschlagen und vom Regionalparlament gewählt, weil er zur Kaderreserve von „Einiges Russland“ gehört. Ihre Position als Machtpartei will „Einiges Russland“ durch die Einberufung ihres Parteitags Mitte April stärken. Die Parteimitglieder werden sich zum wiederholten Mal auf die Treue zu Wladimir Putin einschwören und als die Partei der Parlamentsmehrheit, von der die Bestätigung des vom Präsidenten vorgeschlagenen Kandidaten für das Amt des Regierungschefs abhängt, Putin für dieses Amt vorschlagen.

Putin und Medwedew sprachen am 10. März mit der Staatsdumaführung über die Entwicklung Russlands bis zum Jahr 2020, die Laufzeit der Entwicklungsstrategie, die Putin am 8. Februar dem Staatsrat vorgetragen hatte. Medwedew kündigte an, dass er solche Gespräche in Zukunft regelmäßig führen wolle. An dem Gespräch nahmen der Leiter der Präsidentialadministration, Sergej Sobjanin, und sein für die Innenpolitik zuständiger Stellvertreter, Wladislaw Surkow, teil. Putin betonte erneut die Notwendigkeit einer Kampagne gegen die Korruption. Es sei erforderlich, die Steuerlast zu senken und eine „innovative Wirtschaft“ zu fördern. Der Staatsdumavorsitzende Boris Gryslow beklagte das Anwachsen der Bürokratie in den letzten Jahren.

Die Exekutive sei inzwischen so groß wie 1982 in der Sowjetunion und hat um 50 % gegenüber 1995 zugenommen.

Aus Interviewäußerungen Putins am Rande des Besuchs der Bundeskanzlerin Angela Merkel am vergangenen Wochenende in Moskau zum Fall Michail Chodorkowskij, dessen Namen Putin nicht über seine Lippen brachte, sondern von dem er nur in der dritten Person sprach, was zeigt, in welcher persönlichen Feindschaft er zu Chodorkowskij steht, kann entnommen werden, dass für eine Begnadigung der Präsident zuständig ist. Das setzt voraus, dass Chodorkowskij erstens seine Schuld eingesteht und dann zweitens den Präsidenten um Begnadigung bittet. Diese kann der Präsident nach dem Verbüßen der Hälfte der Strafe aussprechen, was bei Chodorkowskij im vergangenen Oktober schon möglich gewesen wäre. Doch Chodorkowskij wird wohl kaum ein solches Schuldeingeständnis abgeben, weil dann alle seine bisherigen Leiden umsonst gewesen wären. Und er dürfte kaum um Begnadigung bitten. Wenige Wochen vor seiner Verhaftung im Oktober 2003 hatte ihm der Kreml angeboten, ins Ausland gehen zu können, wenn er 1 Mrd. \$ an den Staat zahlt und schriftlich auf jegliches politisches Amt in Russland verzichtet. Chodorkowskij lehnte ab.

Übersicht über die wichtigsten innenpolitischen Ereignisse

<i>Ereignis</i>	<i>Vorteilhaft für</i>	<i>Nachteilig für</i>	<i>Erwartung</i>
Treffen von Wladimir Putin und Dmitrij Medwedew mit der Führung der Staatsduma.	Wladimir Putin		Der amtierende Präsident betont weiter seine Führungsrolle im „Duumvirat“.
Wladimir Putin beauftragt Igor Schuwalow mit der Ausarbeitung von Vorschlägen bezüglich der neuen Struktur der Exekutive.	Wladimir Putin, Dmitrij Medwedew		Diese Beauftragung verschleierte, dass Putin die grundsätzlichen Entscheidungen fällt.
Treffen von Wladimir Putin und Dmitrij Medwedew mit dem Führer von „Jabloko“, Grigorij Jawlinskij.	Grigorij Jawlinskij	Maxim Resnik, Ilja Jaschin	Grigorij Jawlinskij wird nicht an der für Anfang April geplanten Konferenz über die Vereinigung der oppositionellen Parteien teilnehmen.
Vorschlag des Leiters der „Russischen Stiftung für Staatseigentum“, Jurij Petrow, seine Behörde aus der Unterstellung unter das Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel herauszulösen und der Regierung zu unterstellen.	Jurij Petrow		Wenn dieser Vorschlag umgesetzt wird, erhält die Staatseigentumsstiftung das Recht zum Verkauf von Staatseigentum zurück.
Verhaftung des Waffenhändlers Wiktor But in Thailand.		Sergej Tschemesow (?)	Möglicherweise wollen die USA vom Unternehmer Kompromate über hochgestellte russische Beamte. Daher stellen sie an Thailand einen Auslieferungsantrag.
Auf einer geschlossenen Kabinettsitzung wurde die Schaffung der Staatsholdung „Rostechologij“ beschlossen.	Sergej Tschemesow, Wiktor Subkow, Anatolij Serdjukow (Aufsichtsratsvorsitzender von „Rostechologij“)	Sergej Iwanow	Wenn der Präsident das entsprechende Dekret unterschreibt, wird bis zum Herbst „Rostechologij“ formiert sein.

Ereignis	Vorteilhaft für	Nachteilig für	Erwartung
Beschluss des Präsidiums des Generalrats von „Einiges Russland“, am 14./15. April einen Parteitag abzuhalten.	„Einiges Russland“		Dieser Parteitag dient der Imagebildung und verfolgt das Ziel der Unterstützung der Reputation von „Einiges Russland“ als Hauptstütze des Regimes, besonders nach dem Ausscheiden Putins aus dem Präsidentenamt.
Verlängerung der Inhaftierung des Stellvertreters Wiktor Tscherkessows, des Generals Aleksandr Bulbow, bis Juni 2008.	Silowiki-Flügel in der Präsidentialadministration	Wiktor Tscherkessow	Die Erwartungen bezüglich einer bevorstehende Schwächung der Position des Silowiki-Flügels in der Präsidentialadministration werden dadurch nicht bestätigt.
Mögliche Nominierung von Otari Arschba zum Vorsitzenden des Staatsdumakomitees für die Geschäftsordnung	Erster Stellvertretender Fraktionsvorsitzender von „Einiges Russland“ Wladimir Pechtin, Boris Gryslow		Die Nominierung von Arschba setzt die Stärkung der Positionen Gryslows und des Staatsdumaapparats fort.
Das zuständige Komitee der Staatsduma bestätigte den Änderungsantrag, der dem Föderalen Dienst für Finanzmonitoring das Recht gibt, Banken die Lizenz zu entziehen.	Leiter des Föderalen Dienstes Oleg Markow	Zentralbankchef Sergej Ignatjew, Finanzminister Alexej Kudrin	Der Änderungsantrag wird mit großer Wahrscheinlichkeit angenommen.
Entlassung des Stellvertretenden Ministers für Gesundheitswesen und Sozialentwicklung, Wladimir Starodubow.	Ministerin Tatjana Golikowa		Der Weggang von Starodubow stärkt die Position der Ministerin, deren Ministerium im Mai wahrscheinlich aufgeteilt wird.
Auswechseln der Leitung des „Petersburg – 5 Fernsehkanal“	Bankgruppe „Rossija“		Die Bank „Rossija“ verstärkt ihre Aktivitäten im Medienbereich.

Zu erwartende personelle Veränderungen in Moskau

Der Wirtschaftsberater Putins, Igor Schuwalow, hat von Putin die Aufgabe erhalten, Vorschläge für die Struktur der Exekutive auszuarbeiten, wobei nicht nur die Regierung, sondern auch die Präsidentialadministration gemeint ist. Bis zur Vereidigung Medwedews am 7. Mai soll der Umorganisationsplan fertig und vom Präsidenten gebilligt sein. Das Hauptproblem besteht darin, sicherzustellen, dass die beiden exekutiven Strukturen Medwedews und Putins gut zusammenarbeiten können.

Der jetzige Chef der Präsidentialadministration und Leiter von Medwedews Wahlkampfstab, Sergej Sobjanin, wechselt möglicherweise in die Regierung unter Premier Putin als einer seiner Stellvertreter oder er wird den Moskauer Oberbürgermeister Jurij Lushkow ersetzen. Sein Nachfolger als Leiter der Präsidentialadministration könnte Schuwalow werden. Er war bei der Leitung der vier nationalen Projekte (Gesundheit, Bildung, Wohnung, Landwirtschaft), die Putin Medwedew übertragen hatte, Medwedews rechte Hand. Schuwalow wird als der Anführer des liberalen Flügels im Kreml betrachtet. Hinter ihm steht der ehemalige Leiter der Präsidentialadministration, Alexander Woloschin, der gegen die Verhaftung von Michail Chodorkowskijs war und deshalb Ende Oktober 2003 zurücktrat.

Der Kanzleichef Putins und Stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration, Igor Setschin, wird sein Amt verlassen. Er beaufsichtigt im Kreml die Geheimdienste und gilt als Anführer der Fraktion der Silowiki. Er wird den Regierungsapparat Putins im

Rang eines Stellvertretenden Premiers leiten. Dem Sekretariat des Premiers Putin stand er schon einmal von November bis Dezember 1999 vor, nur nicht in dem hohen Regierungsrang. Setschin bewacht seit 1991 ununterbrochen Putins Arbeitszimmer, als dieser in St. Petersburg Erster Stellvertretender Oberbürgermeister der Newa-Stadt war. Die andere Variante ist, dass Setschin als Minister ohne Ressort der Regierung angehört. In diesem Falle würde ihn das Amt des Aufsichtsratsvorsitzenden der staatlichen Ölgesellschaft „Rosneft“ voll ausfüllen, und er könnte es so ausbauen, dass er zum „König des russischen Öls“ wird. Nach Wladimir Milow, dem Präsidenten des „Instituts für Energiepolitik“, ist „Rosneft“ zu 106 % verschuldet.

Die Regierung Putin könnte acht bis neun Stellvertretende Premiers haben, die höchste Zahl seit der Regierung Tschernomyrdin 1996. Damit hätte Putin endgültig die administrative Reform vom März 2004 aufgegeben, die damals von Dmitrij Kosak in seiner damaligen Funktion als Erster Stellvertretender Leiter der Präsidialadministration ausgearbeitet worden war und durch welche die Zahl der Stellvertretenden Premiers auf drei reduziert wurde.

Premier Wiktor Subkow, der sein Amt an Putin abgibt, könnte Medwedew als Aufsichtsratsvorsitzender von Gazprom nachfolgen. Er könnte aber auch als Putins Erster Stellvertreter in der Regierung verbleiben. Ihre Funktionen als Stellvertretende Regierungschefs dürften Alexej Kudrin und Alexander Shukow behalten, Kudrin gleichzeitig als Finanzminister. Kudrin ist der Wirtschaftsstar der russischen Regierung und stark von den Silowiki angefeindet, die ihn gern loswerden würden. Da sie das nicht können, müssen sie sich mit der Inhaftierung seines Stellvertreters Sergej Stortschak im vergangenen November begnügen. Am 14. März traf sich mit Medwedew mit Kudrin, um die Feinjustierung der neuen Regierung zu besprechen. Shukows Aufgabe in der neuen Regierung wäre die Organisation der Olympischen Winterspiele in Sotschi 2014.

Der Erste Stellvertretende Premier Sergej Iwanow könnte als Sekretär des Sicherheitsrats wieder in eine Funktion zurückkehren, die er schon einmal von November 1999 bis März 2001 innehatte und starke außenpolitische Aktivitäten entfaltete, die bis dahin bei einem Sicherheitsratssekretär nicht üblich waren. Der erst im Februar 2007 ernannte Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow, der von 2004 bis 2007 Leiter des Föderalen Steuerdienstes war, dürfte sein Amt behalten, um den Kampf gegen die Korruption in der Armee fortzuführen.

Die beiden Geheimdienstclans von Setschin, in dem der FSB dominiert, und von Wiktor Tscherkessow, in dem das „Staatskomitee zur Kontrolle der Drogenverwendung und der Psychopharmaka“ bestimmend ist, dürften sich weiter bekämpfen und gegenseitig zu schwächen versuchen. Deshalb begrüßen manche, wenn sie im Rahmen der Kreml-rochade ihre Posten verlieren, statt in das Kreuzfeuer zwischen den beiden Clans zu geraten.

Prognose: Wenn Setschin die Leitung von Putins Regierungsapparat übernimmt, wird er weiterhin der Anführer der Silowiki-Fraktion bleiben und seine bisherige Politik fortsetzen.

Wechsel in regionalen Spitzenpositionen

In nächster Zeit ist der Rücktritt des Moskauer Oberbürgermeisters Jurij Lushkow, der den Rang eines Gouverneurs hat, weil Moskau ein Föderationssubjekt ist, nicht auszuschließen. Der 71jährige war 1992 von Jelzin ernannt und immer wieder in seinem Amt bestätigt worden (1996, 1999, 2003 und 2007). Sein Nachfolger könnte der oben erwähnte Sobjanin werden, aber auch Schuwalow oder der Stellvertretende Premier und Leiter des Regierungsapparats, Sergej Naryschkin, oder der Leiter der

Verwaltung für die Eigentumsangelegenheiten des Kreml, Wladimir Koshin, oder der Regionalminister Dmitrij Kosak.

Das Regionalparlament des Gebietes Rjasan wählte den von Putin vorgeschlagenen Kandidaten, Oleg Kowalew, zum Gouverneur. Zwei Kandidaten, die Putin empfohlen hatte, hatte es vorher abgelehnt: der Stellvertretende Gouverneur des Gebiets Iwanowo (jetzt Mitglied des Regionalparlaments des Gebiets Wladimir), Michail Babitsch, und das Mitglied des Rechnungshofs, Michail Odinzow. Ein drittes Mal hätte das regionale Parlament den vom Kreml vorgeschlagenen Kandidaten – es kann immer derselbe sein – nicht ablehnen dürfen, denn dann wäre es nach dem Gesetz vom Dezember 2004 vom Präsidenten aufgelöst worden, und dieser hätte Neuwahlen ausgeschrieben. Nach zweimaliger Ablehnung nimmt der Präsident innerhalb eines Monats mit dem regionalen Parlament Konsultationen auf, die der Vertreter des Präsidenten des Zentralen Föderalen Bezirks, Georgij Poltawtschenko, führte. Bemerkenswert ist, dass sich das regionale Parlament traute, zweimal Putins Kandidaten abzulehnen. Kowalew wurde 1948 in der Region Krasnodar geboren und absolvierte in Rostow das Bauingenieur-Institut. Seit 1999 ist er Staatsduma-abgeordneter, zuletzt für „Einiges Russland“.

Die Vertreter der Regionen auf der zentralen Ebene im Föderationsrat – pro Föderationssubjekt (Republik/Gebiet) ein Vertreter der regionalen Exekutive und ein Vertreter der regionalen Legislative - sollen nach dem Vorschlag des Föderationsratsvorsitzenden, Sergej Mironow, der Öffentlichkeit „näher“ gebracht werden. Nach dem Gesetz über die Bildung des Föderationsrats vom August 2000 werden die Föderationssubjekte nicht mehr durch die Republikpräsidenten/Gouverneure und die Vorsitzenden der regionalen Parlamente im Föderationsrat vertreten, sondern nur noch durch deren Vertreter repräsentiert. Der Vertreter der Exekutive eines Föderationssubjekts im Föderationsrat wird durch Erlass des Republikpräsidenten/Gouverneurs ernannt. Innerhalb von drei Tagen muss der Chef der Exekutive (Republikpräsident/Gouverneur) das regionale Parlament über die Ernennung informieren. Der Vertreter der Exekutive im Föderationsrat gilt dann als bestätigt, wenn im Regionalparlament nicht binnen drei Wochen mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit gegen seine Ernennung votiert wurde. Eine ausdrückliche Zustimmung des Parlaments zur Ernennung des Vertreters der Exekutive ist nicht erforderlich.

Der Vertreter der Legislative der Region im Föderationsrat wird vom Vorsitzenden des regionalen Parlaments vorgeschlagen. Eine Gruppe von mindestens einem Drittel der Abgeordneten des regionalen Parlaments kann jedoch einen alternativen Kandidaten aufstellen. Der Vertreter der Legislative der Region, der dann vom regionalen Parlament gewählt wird, ist für die Dauer der Legislaturperiode des regionalen Parlaments im Föderationsrat. In Föderationssubjekten mit einem Zweikammerparlament werden die Vertreter der Reihe nach von jeder Kammer für die Hälfte der Zeit gewählt. Das Gesetz sieht unter bestimmten Umständen eine vorzeitige Entlassung der beiden Vertreter der regionalen Exekutive und Legislative vor, die auf die gleiche Weise erfolgt wie deren oben beschriebene Ernennung.

Mironow schlug nun vor, dass die Gouverneure zwei und die Vorsitzenden der regionalen Parlamente mindestens drei oder vier Kandidaten für die Vertretung im Föderationsrat vorschlagen. Aus diesen Kandidaten könne dann das Volk auswählen.

Prognose: Medwedew denkt über eine Reform des Föderationsrats nach, so dass es gewisse Hoffnungen dafür gibt, dass die vertikale Demokratie etwas in dem Sinne gestärkt wird, dass die Bevölkerung in den Föderationssubjekten wenigstens eine bescheidene Möglichkeit bekommt, bei der Bestimmung ihrer Vertreter auf der zentralen Ebene mitzuwirken.

Wachsende Rolle des Islam in Russland

Einige radikale Äußerungen islamischer Autoren in den letzten Tagen lassen die Frage stellen nach der Rolle des Islam in Russland. Die Muslime leben hauptsächlich in der Wolga-Region und im Kaukasus. Es gibt keine genauen Angaben über ihre zahlenmäßige Stärke. Die einen meinen, es sind 20 Mio., andere sind der Auffassung, dass es nur 10 Mio. sind. Jeweils die Hälfte von ihnen besucht regelmäßig die Moscheen. Zum Vergleich: Von den Gläubigen der Russisch-orthodoxen Kirche nehmen nur 10 % regelmäßig an der Liturgie teil.

Ab dem Jahr 2000 nahm die Zahl der Muslime aus verschiedenen Gründen in Russland zu. Zum einen fehlte eine Staatsidee, die alle Bewohner Russlands einigen könnte. Die Russisch-orthodoxe Kirche versucht, dieses nach dem Wegfall der marxistisch-leninistischen Staatsideologie infolge des Zerfalls der Sowjetunion entstandene Vakuum zu füllen, bedenkt aber nicht, dass sie damit die Muslime ausgrenzt. Zweitens: Während in den späten 80er und den frühen 90er Jahren die nationalen Bewegungen im Wolga-Gebiet und im Kaukasus nur lokale Natur waren, wurden später panislamistische Parolen erhoben wie z.B. die Erklärung des „Präsidenten von Itschkeria“ (Tschetschenien) Doku Umarow, alle Muslime in einem „Kaukasischen Emirat“ zu vereinigen.

Der islamische Faktor spielt in der modernen russischen Politik eine wichtige Rolle. Das hat zum einen die Ursache in der Radikalisierung des Islam in der Welt und im Erfolg secessionistischer Projekte mit einer starken religiösen Komponente wie jüngst in Kosovo. Zweitens fehlte es an muslimischen Predigern als Folge des vom sowjetischen Staat verordneten Atheismus im nun die Religionsfreiheit genießenden Russland. Diese mussten aus arabischen Ländern und aus der Türkei importiert werden. Und diese vertreten meist nicht die gemäßigte und staatstragende Variante des Islam der Sowjetzeit, sondern predigen radikaler. Ihren Predigten verschaffen sie dadurch größeren Nachdruck, indem sie oft mit Hilfsprogrammen die soziale Not vieler Muslime lindern. Sie errichten auch nicht selten Schulen. So bieten die Tatar-türkischen Schulen in Tatarstan eine bessere Bildungsqualität als die staatlichen Schulen.

Der Islamismus in Russland ist in drei große Zentren gespalten: in die „Zentrale geistliche Verwaltung der Muslime Russlands“, in den „Rat der Muftis Russlands“ und in das „Koordinationszentrum der Muslime des Nord-Kaukasus“. Die ersten beiden Organisationen bekämpfen sich gegenseitig. Ihre Führer Talgat Tadshuddin und Ravil Gainutdin streiten um die Führerschaft im russischen Islam. Das „Koordinationszentrum der Muslime des Nord-Kaukasus“ laviert zwischen beiden. Es ist praktisch unmöglich festzustellen, wie viele Muslime zu jedem der drei Zentren gehören, weil es für die Zugehörigkeit keine Kriterien gibt. Viele islamische Gemeinden fühlen sich gleichzeitig verschiedenen spirituellen Zentren zugehörig.

Gainutdin („Rat der Muftis Russlands“) ist gemäßigter und wird von den Radikalen kritisiert, er habe eine strenge sowjetische Mentalität. Der radikale Tadshuddin („Zentrale geistliche Verwaltung der Muslime Russlands“) rief nach dem Einmarsch der US-Truppen in den Irak 2003 alle russischen Muslime zum „heiligen Krieg“ gegen die USA auf. Der russische Staat versucht, die muslimischen Gemeinden um Gainutdin zu konsolidieren.

Aber auch innerhalb des gemäßigten Flügels des russischen Islam beginnt die Radikalisierung. Der Anführer dieser Gruppe ist der Ko-Vorsitzende des „Rats der Muftis Russlands“, Nafigulla Aschirov. Abgesehen von den offiziellen Moslemführern gewinnt die informelle islamische Bewegung der Wahhabiten in der Wolga-Region und im Nord-Kaukasus immer mehr an Einfluss, vor denen die offiziellen islamischen Führer warnen.

Prognose: Die Radikalisierung des russischen Islam wird entsprechend dem Ansteigen muslimischer Aktivitäten in der Welt zunehmen. Die Passivität des russischen Staates erleichtert diesen Prozess. Seine Bildungszentren bilden Prediger aus, die unfähig sind, auf die wachsende soziale Ungerechtigkeit eine adäquate Antwort zu geben. Sie ziehen es vor, Probleme nicht in Angriff zu nehmen, wenn das bedeuten würde, mit den lokalen Amtsträgern in Konflikt zu geraten.

Umfragen

Laut einer am 14. März veröffentlichten Umfrage der unabhängigen Moskauer Forschungseinrichtung „Baschkirowa und Partner“ steht Medwedew vor fünf Problemen bzw. Aufgaben: An erster Stelle steht das Problem des Preisanstiegs und der Inflation. Auf Platz 2 folgt die Arbeitslosigkeit. An dritter Stelle rangiert die Korruption. Dann folgen viertens allgemeine Wirtschaftsprobleme und fünftens die Kriminalität.

Für die Wahl Medwedews zum Präsidenten waren bei den Wählern folgende drei Punkte entscheidend: Er führt den Kurs Putins weiter, er stärkt die wirtschaftliche Stabilisierung, und die Hoffnung auf die Zunahme der Freiheiten.

Laut der Befragung eines anderen Moskauer Instituts, des „Allrussischen Zentrums für die Erforschung der öffentlichen Meinung“ (WZIOM), von 1.600 Personen am 8. und 9. März sind 54 % der Meinung, dass Medwedew einen Kurs der demokratischen Entwicklung Russlands steuern werde.

Ausblick

Putin und Medwedew planen Gespräche mit den Gesetzgebern zur Schaffung eines gesetzlichen Rahmenwerks zur Schaffung einer „konstruktiven politischen Opposition“. Der Vorsitzende des Komitees für Verfassungsgesetzgebung und Staatsaufbau der Staatsduma, Wladimir Pligin, erklärte, dass seine Partei „Einiges Russland“ den politischen Wettbewerb brauche. Russland müsse schneller tätig werden bezüglich der Entwicklung eines genuinen Parteiensystems.

Verantwortlich für den Inhalt: Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zitation nur mit Quellenangabe erlaubt

Ausgewählte Bezieher: Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin

Impressum
Chefredaktion
Prof. Dr. Eberhard Schneider

Redaktionskontakt/Redaktionsadresse
Claudia Dressler
Steubstrasse 8
81925 München
F: +49.89.98 109.446
T: +49.89.98 109.448
cd@partners-for-public-affairs.com

Abo-Service
Bestellungen unter: abo@partners-for-public-affairs.com
Russland Intern Aktuell erscheint 48-mal pro Jahr.
Versand via e-mail.
Erhältlich vierteljährlich, halbjährlich und jährlich.
3 Monate (12 Ausgaben) € 246,-- inkl. MwSt.
6 Monate (24 Ausgaben) € 492,-- inkl. MwSt.
12 Monate (48 Ausgaben) € 984,-- inkl. MwSt.

Bei Bestellungen bis zum 31. März 2008 gewähren wir 10% Einführungsrabatt auf alle Ausgaben bis einschließlich 31.12.2008.

www.partners-for-public-affairs.com
Herausgeber
Drooghmans Int. LTD
Dambachtal 50
65193 Wiesbaden
+49.0611.5290545
+49.0611.5290544
Bankverbindung
Commerzbank Wiesbaden
Konto-Nr. 7107600 00 BLZ 510 400 38
HRB 22925 – Wiesbaden
Ust-IdNr. DE253901394